# hochschule

politischakademisches journal aus ostdeutschland ost

Leipzig Juli 1997 ISSN 0944-7989 6. Jahrgang



Edelbert Richter (Hrsg.)



Ostdeutsche
SozialwissenschaftlerInnen
melden sich zu Wort
Chancen und Aufgaben der So

Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß



## hochschule

politischakademisches journal aus ost

Juli '97

Edelbert Richter (Hrsg.)

Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß

### INHALT

Editorial	7
Edelbert Richter:	9
Sich beteiligen am öffentlichen Vernunftgebrauch!	9
I. Zum Verhältnis von Sozialwissenschaften und Politik	
Dieter Strützel:	
Wissenschaft und Politik. Ein produktiver Widerspruch	15
Hansgünter Meyer:	
Ansichten zur Politikwirksamkeit sozialwissenschaft-	
licher Forschung. Splitter aus dem Erfahrungsschatz	2.0
eines ostdeutschen Sozialwissenschaftlers	23
II. Zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik	
Ingeborg Siggelkow:	
Arbeitslosigkeit und Zeiterleben	37
Peter Beyer, Elke Schreiber & Dietrich Unangst:	
Wettbewerbsfähigkeit — Wachstum — Beschäftigung.	
Teufelskreis oder Lebenszyklus?!	45
Erika Grimm, Klaus Jacob & Brigitte Stieler-Lorenz.	
Mit sozialwissenschaftlicher Begleitung zu erfolgreicher	
Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	53

III. Trotz Arbeitslosigkeit als Wissenschaftler kreativ	
Frank-Lothar Herbert:	
Wir arbeiten trotzdem	63
Ralph-Elmar Lungwitz:	
WISOC. Das Institut für	
Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz e.V.	68
IV. Beispiel Industriesoziologie	
Robert Hinke & Michael Behr:	
Industriesoziologie im Transformationsprozeß	73
Peter Glotz:	
Vom Dilemma mit den Ost-Managern	82
Anhang	
Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen	
melden sich zu Wort. Öffentliche Erklärung	89
Entwurf Antrag an den Deutschen Bundestag: Einrichtung	
einer regelmäßigen umfassenden Sozialherichterstattung	0

Entwurf Antrag an den Deutschen Bundestag: Fortführung der Transformationsforschung

Editorial

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack Redaktion: Sonja Brentjes, Falk Bretschneider, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig. Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig. Tel. (0341) 3027 855, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso@server1.rz.uni-leipzig.de. hso im

Internet: http://www.uni-leipzig.de/host/ hochschule ost erscheint quartalsweise.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Aus-DENT NNEN gaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,- Versandkosten)

Konto: 45 37 343, Baverische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben. ISSN 0944-7989

Das vorliegende Sonderheft dokumentiert die unmittelbaren und mittelbaren Ergebnisse einer Tagung ostdeutscher Sozialwissenschaftler, die am 15./16. März 1996 in Weimar stattfand unter dem Titel "SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort - Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß".

Ich habe als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestages zu dieser Tagung eingeladen, um von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Anregungen für die Politik mit nach Bonn zu nehmen. Es war dies meines Wissens die erste Zusammenkunft dieser Art von ostdeutschen Sozialwissenschaftlern überhaupt. Ermöglicht wurde sie durch die finanzielle Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung. Bei der Vorbereitung wurde ich unterstützt von Privatdozent Dr. H. Salzwedel (Potsdam). Beiden sei hier noch einmal herzlich gedankt! Bei der Herausgabe dieses Heftes hat Maritta Strasser mitgewirkt, auch ihr möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Ein konkreter Anlaß war das bevorstehende Ende der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Prof. Dr. Hans Bertram (Berlin) gab bei der Tagung einen Überblick über die Ergebnisse der Forschungsarbeit der Kommission. Hansvolker Ziegler vom Bundesforschungsministerium versuchte anschließend, die verbleibenden Fördermöglichkeiten für die Transformationsforschung nach dem Ende der KSPW zu erläutern. Ein Schwerpunkt der Zusammenkunft lag jedoch bei der inhaltlichen Arbeit in Arbeitsgruppen, an deren Ende eine öffentliche Erklärung stand, die im Anhang dokumentiert ist. Dokumentiert sind dort auch meine Entwürfe für zwei Entschließungen des Bundestages, die jedoch in Bonn leider keine Mehrheit fanden.

Eine Veröffentlichung der Tagungsergebnisse war von Anfang an geplant, um auf die Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Reflexion der Umwälzungen seit 1989 aufmerksam zu machen. Obwohl die Fertigstellung dieses Bandes sich aus technischen Gründen verzögert hat, besteht dieses Anliegen auch heute noch.

Edelbert Richter

## Sich beteiligen am öffentlichen Vernunftgebrauch!

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem Kongreß ostdeutscher Sozialwissenschaftler und freue mich, daß Sie so zahlreich gekommen sind!

Erwarten Sie nun bitte nicht eines der üblichen höflichen, aber eigentlich belanglosen Grußworte! Dazu ist es mir mit diesem Kongreß zu ernst.

Der äußere Grund, weshalb ich Sie eingeladen habe, ist zunächst, daß ich als Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion für Ihr Gebiet zuständig bin: Ich möchte auf diese Weise möglichst authentisch und umfassend erfahren, wie Sie Ihre eigene Lage und die Ihrer Wissenschaft einschätzen und was Sie von der Politik erwarten. Das würde ich dann gern in den Bundestag einbringen. Darüberhinaus würde ich gern eine geeignete Form finden, zu einer Zusammenarbeit mit Ihnen zu kommen!

Seit ich im Bundestag bin, ist nämlich dort, wenn ich mich nicht täusche, von den Sozialwissenschaften in Ostdeutschland nur einmal explizit die Rede gewesen: als es im letzten Jahr um die Verlängerung der Arbeit der KSPW ging. Und damit bin ich bei einem weiteren, sehr aktuellen Grund für meine Einladung: In diesem Jahr läuft nicht nur die Arbeit der KSPW aus, sondern auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm, und viele kleine Institute, die nach der Wende entstanden sind, sind akut gefährdet. Was ist angesichts dessen zu tun? Brauchen wir etwa all diese Bemühungen nicht mehr? Können die Universitäten und die westdeutschen Institute einfach diese Arbeit mit übernehmen? Herr Prof. Bertram hat schon im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß es in Ostdeutschland spezifische und durchaus neue Fragestellungen gibt, die vor Ort weiter bearbeitet werden sollten.

Damit komme ich zu dem eigentlichen, tieferen Grund für meine Einladung: Wir haben seit 1989 eine Veränderung der Gesellschaft erlebt, deren Tragweite nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Aber die sozialwissenschaftliche Reflexion dieses Prozesses ist nach meinem Eindruck hinter ihm zurückgeblieben – wie übrigens auch die politischgestaltende Einflußnahme auf ihn. Daher der blinde, oft quasi-naturhafte Charakter des Prozesses.

Mich interessieren die Ursachen für diesen Mangel an bewußter Begleitung. Eine unmittelbare Ursache ist sicher die pauschale Abwicklung der sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR. Mag im Einzelfall die Abwicklung wegen der allzu engen Bindung ans alte System oder der geringen Qualität der Forschung gerechfertigt gewesen sein, in ihrer Pauschalität war sie es meines Erachtens nicht; und zwar gar nicht zuerst aus moralisch-rechtlichen, sondern aus wissenschaftsökonomischen Gründen: Denn so wurden gerade diejenigen, die sich nicht von heute auf morgen anpassen konnten und die durch die Ereignisse zu tieferer Reflexion genötigt waren, aus der wissenschaftlichen Diskussion ausgeschlossen. Ich weiß nicht, ob es gut ist, wenn die Demokratie auf ein solches Potential an kritischer Distanz verzichtet.

Freilich ist dies gewiß nicht die entscheidende Ursache für das Zurückbleiben der Sozialwissenschaften hinter dem realen Geschehen. Das zeigt sich schon daran, daß auch die westliche Sozialwissenschaft auf die Ereignisse seit 1989 schlecht vorbereitet war, z.T. sogar von ihnen überrumpelt wurde. Wie hoch mag der Berg von Literatur über die DDR und das sozialistische Lager gewesen sein, der daraufhin eingestampft werden mußte?

Angesichts dieser Katastrophe für das Ansehen der Sozialwisssenschaftler kann man weitergehen und fragen, ob ihre große Zeit nicht womöglich überhaupt vorbei sei? (Vgl. Warnfried Dettling in der Zeit vom 5.1.96) Ist der Glaube an die Erkennbarkeit und Gestaltbarkeit von Gesellschaft, der ihr zugrundelag, nicht unwiederbringlich verloren? Brauchen wir überhaupt noch Soziologen, da es doch eine "Gesellschaft" im überlieferten Sinne gar nicht mehr gibt, nur noch Individuen?

Natürlich teile ich diese Auffassung nicht, finde aber, daß sie eine Tendenz sehr klar zum Ausdruck bringt, die in der Tat in den 80er Jahren herrschend geworden ist und die ernstgenommen werden muß. Ich vermute die Ursache für die Schwäche der Sozialwissenschaften in der weltweiten und alle Dimensionen des Lebens erfassenden neoliberalkonservativen Wende Ende der 70er Jahre.

Nach 1989 wurde dann in den Sozialwissenschaften sozusagen ad hoc die Disziplin "Transformationsforschung" etabliert. Aber die Paradoxie ist wieder, daß der Begriff "Transformation" von Autoren stammt, die mit ihm in wesentlicher Hinsicht gerade das Gegenteil von dem bezeichneten, was wir jetzt damit meinen: eine Bewegung nicht hin, sondern weg von der Marktwirtschaft! (Bucharin, Polanyi)

Und auch bei den Späteren, die den Begriff in unserem Sinne verwendet haben, sind die Abweichungen von der Praxis der letzten Jahre so stark, daß der Begriff kaum noch hilfreich erscheint. Oder war die Praxis der letzten Jahre wenig hilfreich für die gemeinte Transformation? W. Eucken (1952): "Wenn man versuchen würde, die Geschichte auszustreichen, so würde man an den Tatsachen selbst scheitern…" P. D. Propp (1964): "Neben der Transformation der Wirtschaftsordnung steht als gleichberechtigtes Ziel die Sicherung der Kontinuität des Wirtschaftsprozesses."

Halten wir also an dem Begriff fest, so liegen die Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften meines Erachtens z.B. darin:

- in bezug auf die Ausgangsbedingungen des Prozesses gegen deren pauschale Vergleichgültigung oder Verteufelung stärker zu differenzieren;
- in bezug auf den Prozeβ selber gegen die Behauptung, er sei grundsätzlich abgeschlossen (zumal in Ostdeutschland), seine Offenheit herauszuarbeiten;
- in bezug auf sein Ziel gegen die Annahme, der Westen könne von ihm unberührt weitermachen wie bisher (weil er eben das Ziel sei), die Rückwirkung des Prozesses auf ihn deutlich zu machen.

Aber damit will ich Ihnen beileibe keine ideologischen Vorgaben machen! Wiewohl ich andererseits auch nicht verleugnen will, daß ich Sozialdemokrat bin.

Es kann aber schon deshalb nicht vordergründig um Parteipolitik gehen, weil wir als Partei nur zu genau wissen, wie wenig wir es selber in der Hand haben, daß es zu Reformen in Deutschland kommt, und wieviel davon abhängt, daß sich das gesamte geistige Klima im Land verändert.

Dazu können aber Sie einiges beitragen! Und vielleicht gelingt es Ihnen damit zugleich, etwas von der klassischen Rolle der Sozialwissenschaften zurückzuerobern. Ich darf Dirk Käsler in der Antwort auf Dettling zitieren: "Sich wieder stärker zu beteiligen am öffentlichen Vernunftgebrauch, das sollte die alt-neue Aufforderung an unser Fach sein. Nur wenn wir Soziologen uns wieder einmischen, werden wir nicht ans Katheder verbannt oder auf die Talkmaster-Rolle in der Reha-Klinik beschränkt." (Die Zeit, 19.1.96)

Edelbert Richter (Weimar/Bonn)

Edelbert Richter, Dr. theol., ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD many that plant of the part of

Subjection of the state of the

there is a stranguage of the last to the second of the sec

the company of the contract of

manage of manifold high security alleged and the first manage of the security and the security of the security

A straight of the product of the straight of t

Committee of the Commit

The state of the s

1

Zum Verhältnis von – Sozialwissenschaften und Politik-

#### Wissenschaft und Politik Ein produktiver Widerspruch

Dieter Strützel Gera-Lusan

Vor 37 Jahren veröffentlichte Johannes R. Becher in seinem letzten Gedichtband Schritt der Jahrhundertmitte ein Gedicht Staatsmann und Dichter: Wären ihre Rollen / Miteinander vertauscht, / Würde der Staatsmann als

Dichter / Die Dichtung zugrunde richten, / Und er, der Dichter, als Staatsmann, / Würde den Staat vernichten. Der Kulturminister der DDR wußte, wovon er sprach.

Auch der Schritt des Jahrhundertendes, der das politische System zu Grabe trug, dem sich Becher trotz dieser und anderer schlimmer Erfahrung verbunden fühlte, hat den Konflikt nicht beseitigt. Und er ist auf alle geistigen Produktionen, die auf Wahrheit aus sind, zu verallgemeinern.

Politik ist auf Interessen und auf das Management von Interessenkonflikten abgestellt. Gleich, ob sie nun, wie im Falle des sowjetischen Systems, diese Interessen selbst definiert und unter Einsatz aller erdenklichen Macht verfolgt, ohne sich um wiederholte demokratische Legitimation und Kontrolle zu bemühen, oder ob sie für bestimmte, außerhalb von ihr, in der Zivilgesellschaft, umstrittene Interessen Partei nimmt und diese unter dem Zwang verfolgt, ihr Tun und Lassen zu legitimieren und ihr Gewaltmonopol parlamentarischer und gesetzlicher Kontrolle zu unterwerfen. Wahrheit und Wahrhaftigkeit sind Politik zwar in beiden Fällen nicht fremd. Aber sie sind ihr aber immer nur Mittel zum Zweck, und sie verzichtet auch auf sie, wenn sie mit den verfolgten Interessen in Konflikt geraten. Gern oder ungern, gewissenlos oder mit Skrupeln, in der Regel oder von Fall zu Fall - das macht schon wichtige Unterschiede. Aber niemals sind Wahrheit und Wahrhaftigkeit unerläßliche Voraussetzungen für Politik. Wohl aber für Wissenschaft, Kunst, Ethik.

Doch der Konflikt von Wissenschaft und Politik erwächst nicht nur aus ihrem unterschiedlichen Verhältnis zu Wahrheit und Wahrhaftigkeit, diesen so schwer zu erreichenden und nachprüfbaren Güter (wer behauptet nicht, über die Wahrheit zu verfügen, wer gibt schon zu, unwahrhaftig zu sein?).

Wissenschaft beruht auf Transparenz und Nachprüfbarkeit, sie beansprucht den Beweis, die Auseinandersetzung mit widersprechenden Fakten und Meinungen.

Politik dagegen hat immer tabuisierte Zonen (begründet mit dem Schutz "höherer", "allgemeiner" Interessen). Ihre Behauptungen müssen vor allem plausibel sein. Widerspruch kann sie ignorieren, solange er in der parlamentarischen Minderheit, ohne reale Macht oder vom Gesetz nicht gedeckt ist. Eine solche Ignoranz gereicht ihr sogar als Pluralismus und Meinungsfreiheit zur Zierde oder wird ihr zumindest als Handlungsfähigkeit, als Stärke honoriert. Erst als nackte Ignoranz der Macht wird sie fragwürdig.

Politik ist auf Entscheidungen aus. Das Ganze kann sie nur als Teil verfolgen. Über den Rest setzt sie sich hinweg. Zusammenhänge muß sie trennen. In Gesellschaften mit starken Ungleichheiten und Verwerfungen ein gefährliches Unterfangen, zumal wenn die Gesellschaften im-mer komplexer werden, wenn die einzelnen Elemente der Gesellschaft immer verschlungener voneinander abhängen, wenn die einzelne Gesellschaft in immer globalere Zusammenhänge verwickelt wird.

Natürlich muß auch die Wissenschaft trennen, bleibt Komplexität für sie nur ein anzustrebendes Ziel. Besonders Spezialisierung und Arbeitsteilung setzen ihr immer enger werdende Grenzen. Zumal Vernetzung, Methoden- und Erkenntnistransfer, Interdisziplinarität, Projekt- und Teamwork immer noch mehr proklamiert als gelebt werden.

Aber doch reibt sich Wissenschaft ständig an diesen ihren Grenzen, thematisiert sie selbst als Problem und durchbricht sie immer wieder. Wenn auch häufig erst mit dem Durchbruch neuer Paradigmen, auf revolutionärem Wege, wie der jüngst verstorbene amerikanische Wissenschaftshistoriker Kuhn es nannte.

Auch die Zeit ist in Politik und Wissenschaft jeweils eine andere. Immer mehr wird Politik in jenem engen Horizont deformiert, den einerseits Wahlperioden und der andererseits die allen politischen Umbrüchen und Wandlungen gegenüber erstaunlich stabilen Eliten mit ihrer öffentlich unkontrollierten sozialen Vererbung ziehen. (Über das Primat innerhalb beider Pole hat Gerhard Schröder erst unlängst Auskunft gegeben, als er darauf hinwies, daß man gegen die Eliten in Deutschland wohl Kanzler werden, nicht aber sein könne.)

Demgegenüber wird es immer mehr ein Anliegen moderner Wis-

senschaft, der "natürlichen" Zeit in Natur und Gesellschaft zu folgen, ihren unterschiedlichen Zeitmaßen gerecht zu werden.

Andererseits pressen die veralteten Strukturen des Wissenschaftssystems der Bundesrepublik mit ihrer Polarisierung von Beamtentum und Kurzfristigkeit auch die Wissenschaft in ein Korsett, das der Wissenschaft die Innovation wie den langen Atem gleichermaßen abschnürt.

Dieser grundlegenden, in der Natur von Wissenschaft und Politik liegenden Schwierigkeiten sollte sich bewußt sein, wer nach einem anderen Verhältnis von Wissenschaft und Politik ruft.

Die Vorstellung von der Verschmelzung von Wissenschaft und Politik ist offenbar fast so alt wie diese selbst, ein Beweis für die realen Differenzen zwischen beiden. Die alten Griechen wagten einen gewaltigen Schritt voran, als sie an die Stelle der Identität in Gestalt der "weisen Könige" von Hamurabi bis Salomo mit dem Leitbild von Plato und Alexander ein Schüler-Lehrer-Verhältnis setzten, bei dem sich der Gelehrte wohlweislich von der Macht fernhielt, die sein Schüler blieb. Das Gespräch, der Dialog, die Tafelrunde und der Briefwechsel waren nicht zufällig die Formen, in denen sich im Zeitalter des Absolutismus und der aufbrechenden Wissenschaften Geister wie Leibniz, Voltaire oder Lomonossow die Autonomie wahrten, ohne sich weltfern abzuscheiden. Sie alle wußten gut, warum sie, wenn sie in die Politik intervenierten, sich wohl am allgemeinen Wohl orientierten, sich aber nicht in den Dienst des Staates stellen ließen. Erwies sich doch immer als Prüfstein für ein solches Bündnis von Wissenschaft und Politik die Fähigkeit von Politik, Kritik wenigstens zu ertragen.

Nun haben wir zwar keine Könige oder absoluten Fürsten mehr. Die Schwierigkeiten aber sind nicht geringer geworden. Zumal in unserem wissenschaftlichen Zeitalter, in dem Politik nur allzu gern Wissenschaft als Legitimation gebraucht. Auch dann, wenn sie sich dazu nicht auf eine "wissenschaftliche Weltanschauung" beruft oder sich gar für diese selbst ausgibt.

Wissenschaftliche Kritik wird daher sogleich als Versuch der Delegitimierung von Politik verstanden. Gibt ihr doch die allgemeine Wissenschaftsgläubigkeit der Öffentlichkeit immer ein besonderes Gewicht.

Autoritäre Politik antwortet daher wissenschaftlicher Kritik mit Staatsschutz. Parlamentarisch und gesetzlich kontrollierte Politik hat dafür das probate Mittel der strikten Unterscheidung von Politik und Wissenschaft. Anders als die US-amerikanische Demokratie mit ihrem breiten System der Anhörungen, beschränkt sich deutsche Demokratie auf Gutachten, die sie mit Steuermitteln teuer bezahlt. Wobei sie die Gutachter selbst bestellt und selbst entscheidet, was sie von den Ergebnissen in die Politik einfließen läßt. In der Folge bekommen selbst gewählte ParlamentarierInnen nur sehr schwer Zugang zu den Gutachten selbst, während sich die Exekutive je nach Bedarf und eigenem Ermessen der ihr willkommenen Ergebnisse bedient. Die vierte Macht, die veröffentlichende Meinung, verfährt da nicht viel anders.

Einer solchen Abwehr von Wissenschaft auf Seiten der Politik kommt auf Seiten der Wissenschaft ein Mechanismus entgegen, der entsteht, wo sich die Wissenschaft Produzierenden als Teil der Intelligenz zu den drei staatsbildenden Kräften der modernen bürgerlichen Gesellschaft - Elite, Intelligenz, Bürokratie - schlagen. Der wegen wissenschaftlicher Kritik aus Halle vertriebene, in der alten Bundesrepublik lange zwischen allen Stühlen sitzende Leo Kofler hat ihn treffend faktische a priori-Übereinstimmung mit den Tendenzen der staatlichen Herrschaft genannt. Der neudeutsche Ausdruck Mainstream fetischisiert das, was Kofler vor 36 Jahren noch präzise sozial und kulturell bezeichnet hat, zu einem elementaren Naturprozeß, gegen den zu schwimmen nur Narren versuchen. So wird kritische Wissenschaft zum Merkmal einer Gruppe, wo für die Aufklärung doch Kritik Wesensmerkmal aller Wissenschaft war. Dissidenten werden beim jeweiligen politischen Gegner geehrt, in den eigenen Reihen gelten sie als "Pinscher", "ewige Nörgler" oder gar "notorische Gegner".

Solche wissenschaftstheoretischen und -politischen Überlegungen wurzeln in eigener Erfahrung als Sozialwissenschaftler in zwei deutschen Staaten.

Als ich 1970 nach dem ersten Berufsverbot im Mitteldeutschen Verlag ein neues Tätigkeitsfeld suchte und in der neu entstehenden Kulturwissenschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig den autodidaktischen Einstieg in die Industriesoziologie fand, umfaßte der erste Auftrag die Ausarbeitung eines "Leitungsmodells für geistig-kulturelle Prozesse" im Kombinatsbetrieb Böhlen des Petrolchemischen Kombinats Schwedt. Der praktische Kern, auf den das Modell angewendet werden sollte, waren Auswahl und Vorbereitung der Mannschaft, die den damals in Bau befindlichen Olefin-Komplex anfahren und bedienen sollte, sowie für die kulturelle Infrastruktur einer solchen Großinvestition. Immerhin war es eins der wenigen geglückten Großvorhaben

des RGW, heute ein gerettetes Filetstück der ostdeutschen Chemieindustrie und deshalb nicht in ostdeutschem Besitz.

Für mich persönlich war es der Anfang einer Forschungsrichtung, die ich 1987 mehr aus Verlegenheit "soziale Investitionen" nannte, nicht Investitionen im Sozialbereich, sondern soziale Strukturen und Tätigkeitsfelder, die da sein müssen, um ökonomische Investitionen hochproduktiv nutzen zu können. Die Verlegenheit entstand gegenüber Gert von Korzfleisch, der in kleinem Kreis wissen wollte, was denn seine Jenaer Partner so trieben. Der Mannheimer Professor, deutsches Mitglied des Club of Rome, Vorsitzender der Initiativgruppe Kreativität im Verband Deutscher Ingenieure, hatte auf Einladung der damaligen Direktorin der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität eine Woche Seminar gehalten zu den von seinem Institut durchgeführten großen Systemanalysen und -projekten. Sein Plan, an seinem Institut Jenaer Spezialisten an den dortigen Verfahren und Rechnern bei der Lösung ihrer DDR-Probleme zu trainieren und so den Weg zu bahnen zu einem Forschungsverbund zwischen Mannheim und Jena als deutschem Standbein im RGW-Raum, fand zwar noch Unterstützung der damaligen Universitätsspitzen, blieb dann aber hoffnungslos im Vorzimmer des Geraer SED-Bezirksfürsten hängen. Als die Jenaer GastgeberInnen mit ihm die Teilnehmerliste durchgingen, hatte er gefragt, ob sie denn keine Kultur-Soziologen in Jena hätten. Die erstaunte Frage, was die denn da sollten, beantwortete er mit einer Gegenfrage, wie sie denn ohne solche Leute Kreativität und Innovation entwickeln wollten.

Und so war es auch nicht verwunderlich, daß er auf meine Auskunft zu den sozialen Investitionen sagte: Das ist ganz wichtig. Da lassen Sie sich auf keinen Fall von abbringen!

Bis zur Wende sind wir in Jena seinem Rat gefolgt. Die "Erneuerer" der zweiten Welle (im Oktober 1989 war im "Jenaer Reformhaus" von ihnen nichts zu sehen) und das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kultur wickelten Ende 1990 den ganzen Bereich ab, wegen "fehlenden Bedarfs".

Damals, 1970-1973, tasteten wir uns noch vor in eine solche Richtung. Unsere Vorschläge für das sozio-kulturelle Projekt wurden zwar mit viel Anerkennung bedacht, gingen dann aber sang- und klanglos in den Wirren eines solchen Investitionsvorhabens unter. Vier Jahre später gab der Ideologie-Sekretär der SED-Industriekreisleitung Böhlen auf dem I. Jenaer Kulturtheoretischen Kolloquium Ökonomische und kulturelle Effektivität (seine Materialien konnten nirgends in der DDR

publiziert werden) das "Resultat" bekannt: Die durch menschliches Versagen entstandenen Schäden hatten einen Rohölverlust zur Folge, aus dem der Verbrauch von 100.000 PKW für zwei Jahre zu produzieren gewesen wäre.

Unsere zweite Lehrstelle war das Leipziger GISAG-Kombinat, wo wir uns an der Erarbeitung eines sozialen Projekts für die Rekonstruktion der Leipziger Stahl- und Kugelgraphiteisengießereien sowie des Gießereimaschinenbaus beteiligten. Nach einem von einem Doktoranden entwickelten Verfahren zur Analyse des sozialen Potentials von Arbeitskollektiven hatten wir eine Analyse aller dortigen Produktionsund Instandsetzungsbereiche vorgenommen und entsprechende Vorschläge für eine "Sozialplanung von unten" ausgearbeitet.

Diese Bezeichnung wählte auf dem III. Soziologiekongreß der DDR der Stellvertretende Direktor des Zentralinstituts für Sozialistische Wirtschaftsführung zur Kennzeichnung unseres Verfahrens, von der "sozialen Grundsituation" der Arbeiterinnen und Arbeiter auszugehen und ihnen eine reale Verfügungsgewalt im Produktionsprozeß zu geben, im Unterschied zu dem von seinem Institut verfolgten Weg einer Sozialplanung "von oben", d.h. von den Plan- und Betriebszielen auszugehen. Kurz darauf fielen beide Verfahren der Mittagschen Wirtschaftsführung zum Opfer. Als ich 1990 auf einem Betriebsräteseminar das erste mal Genaueres von lean production erfuhr, war ich überrascht, wie sehr unsere Vorschläge dem ähnelten.

1977/78 aber glaubten wir noch, auf diesem Weg dem abstrakten Volkseigentum so eine praktische Realität zu geben. Deshalb nahmen wir auch unser Analyseergebnis in der Stahlgießerei, dem Renommierbetrieb des Kombinats, sehr ernst, wo wir bei Fortführung der bestehenden Verhältnisse eine ernsthafte Krise in vier bis fünf Jahren voraussahen.

Natürlich erhöhte das nicht die Chancen, daß wissenschaftliche Ergebnisse in die Praxis eingreifen konnten. Trotz großer Unterstützung unseres Projekts durch die Brigadiere und Meister bis zu einzelnen Betriebsleitern wurde es mit Lob und Dank für die Autoren in den Panzerschränken der Kombinatsleitung begraben. Dort fand es die Staatssicherheit, als die vorausgesagte Krise schon nach zwei Jahren eintrat. (Der Betrieb fertigte Panzerketten.) Ein Schuldiger, der "nicht rechtzeitig auf wissenschaftliche Warnungen" gehört hatte, war bald gefunden und bestraft. Das Projekt blieb bei den Akten.

Die Kette solcherart Erfahrungen ließe sich fortsetzen. Über den Konflikt unserer Untersuchung Zur Entwicklung kultureller Bedürfnisse der Jenaer Bevölkerung (1986) mit dem Wohnungsbauprogramm bis zur Kollision unserer Studie Kulturelle Voraussetzungen für Jena als Zentrum der Hochtechnologie mit den gesellschaftlichen Führungskräften in der Stadt, dem Bezirk und dem ganzen Land. Wobei für die 80er Jahre charakteristisch war, daß es auf allen drei Ebenen einzelne PolitikerInnen gab, die sich anfänglich auf solche sozialwissenschaftlichen Ergebnisse und Überlegungen stützen wollten, um eine politische Wirkung zu erreichen, die aber immer wieder dem damit unvermeidbaren politischen Konflikt auswichen.

Nach der Wende trat solcherart Sozialwissenschaft aus den DDR-Nischen, auch dort, wo sie von den ostdeutschen Universitäten fast ausnahmslos verbannt wurde. Über das breit gefächerte System von Projektförderung, das allerdings mit seinen eng bemessenen Zeiträumen für einzelne Projekte eine kontinuierliche Sozialforschung oder gar die Entwicklung von wissenschaftlichen Strömungen kaum zuläßt, ist ein gewaltiger Berg sozialwissenschaftlicher Studien und Fakten entstanden, die sich z.T. auch noch um Politikberatung bemühen. Obwohl in diese Ergebnisse Millionen öffentlicher Gelder gesteckt worden sind, kenne ich keinen Fall, wo sich Politik der Ergebnisse bedient oder sie wenigstens ernsthaft reflektiert.

Allerdings bestätigen die Erfahrungen nach 1990 auch immer wieder ein Grunderlebnis aus jenem Graduierten-Seminar, das der Gründungsdekan der Jenaer Sozialwissenschaftlichen Fakultät für die wenigen in der Region nicht abgewickelten SoziologInnen hielt: Lassen Sie doch Ihre Angewohnheit, immer nach dem Nutzen, der Anwendbarkeit zu fragen. Wir sind Wissenschaftler, und wir haben unser schweres Teil geleistet, wenn wir die Wahrheit finden.

Die Rückgewinnung der eigenen Autonomie, des eigenen Selbstbewußtseins scheint mir daher ebenso Voraussetzung zu sein für ein produktives, d.i. kritisches Verhältnis von Politik von Wissenschaft wie die Überwindung der Ignoranz der Macht auf Seiten der Politik. Die Wechselwirkung in dieser Henne-Ei-Beziehung hat der alte Johann Gottfried August Bürger vor mehr als 200 Jahren ebenso genau wie drastisch zugespitzt erfaßt: Der Großen Hochmut wird sich geben, wenn unsre Kriecherei sich gibt.

Ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen kann einem solchen Verhältnis entgegenarbeiten: Eine öffentlich installierte und finanzierte wissenschaftliche Einrichtung, deren Standpunkte die Exekutive einzufordern hat und zu denen sie sich in ihren gesetzgeberischen Initiativen und administrativen Entscheidungen vor Parlament und Öffentlichkeit zu verhalten hat. Eine Akademie, deren Ergebnisse, da öffentlich finanziert, allen zugänglich zu machen sind. Ihr Gründungssenat wäre vom Parlament zu berufen, das auch ihr Statut beschließt. Ansonsten rekrutiert, verfaßt und regelt sie sich selbst im Rahmen eines pauschalen Stiftungs-Haushalts, in den jährlich jene Mittel gehen, die im Durchschnitt der letzten 5 Jahre von Parlament und Regierung für Gutachten verausgabt wurden.

So der Vorschlag der in Weimar versammelten Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Pate stand dabei die Akademie für Technikfolgenabschätzung des Landtags von Baden-Württemberg.

Das Echo aus Erfurt ist zunächst einmal Schweigen. Doch auch Rom wurde nicht an einem Tage erbaut.

Dieter Strützel, Dr. phil, Kultursoziologe, war nach Lektor/Cheflektortätigkeit im Mitteldeutschen Verlag Halle Oberassistent an der Leipziger Universität und 1975-90 Dozent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

## Ansichten zur Politikwirksamkeit sozialwissenschaftlicher Forschung

Splitter aus dem Erfahrungsschatz eines ostdeutschen Sozialwissenschaftlers

Hansgünter Meyer Berlin Vom Nutzen der Analogie

Es gibt manche Gründe, das Ganze einer Gesellschaft mit einem menschlichen Körper zu vergleichen: Es existieren Millionen Zellen, die Gewebe und Organe bilden, mit welchen ar-

beitsteilig eine Unzahl von Aufgaben erledigt werden. Die kleinsten Einheiten einer Gesellschaft sind menschliche Individuen, die, wie der Name sagt, nicht weiter teilbar sind (in-dividere), ohne ihre Existenz aufzugeben. Sie sind durch verschiedene Informationssysteme miteinander verbunden: Im Körper durch Gene, Nerven, Hormone, Immunwirkstoffe usw. Den Funktionseinheiten und Organen müssen Energieträger und Nährstoffe zugeführt werden, in der richtigen Zusammensetzung und zur richtigen Zeit. Die Kompliziertheit der Vernetzungen sowie das Eindringen von Fremdkörpern macht sie angreifbar: sie können erkranken oder gar zerstört werden. Wenn man zur Heilung in die Zusammenhänge eingreift, erzielt man gewollte und ungewollte (soziologischer Jargon: nichtintendierte) Wirkungen. Manchmal genügt es, die Selbstheilungskräfte des Körpers anzuregen, denn alle komplizierten Systeme haben innere Stabilisatoren, die gefährliche Abweichungen vom Gleichgewicht ausregulieren. Aber manchmal bedarf es kräftiger äußerer Eingriffe. Friedrich Schiller stellte seinem Schauspiel Die Räuber die Grundregel des Hippocrates voran (Vorrede 1781): Quae medicamenta non sanant, ferrum sanant, quae ferrum non sanant, ignis sanant: Was Medizinen nicht heilen, heilt das Messer, was das Messer nicht heilt, heilt das Feuer. "Schillers Räuber", ebenfalls von der Strukturähnlichkeit des menschlichen Körpers und der Gesellschaft beeindruckt, formulierten so ihr Programm der Ausheilung gesellschaftlicher Gebrechen: des Unrechts, der Unfreiheit, der Unterdrückung, der Mißwirtschaft, welche die Armut und das Verbrechen hervorbringen. Leider fanden sie keine *Medizinen* und so hielten sie sich an die Wir-kungen des Messers und des Feuers. Da sie nicht zu heilen verstanden, wurden sie Mordbrenner, Terroristen, die nur zerstörten.

Am menschlichen Körper versuchen sich Ärzte und Heilpraktiker. Die Ärzte sind nüchternem wissenschaftlichem Denken verpflichtet. Unter den Heilpraktikern befinden sich immer einige Weise und eine Menge Scharlatane. Dazu andere mit eher schlichten Gesundheitsregeln. Diese wissen von den Weisen etwas über die Selbstheilungskräfte des Körpers und verstehen es, sie zu aktivieren. Das fängt beim Willen des Patienten und bei seinem Selbstvertrauen an und reicht bis zur Anwendung von Massagen, Einrenkungen, Umschlägen und Teekuren. Die Scharlatane predigen Wunder, führen affige Szenen auf, beschwören das Transzendente und Absurde. Manchmal, z.B. bei Menschen, die glauben, was viel Geld gekostet hat, oder, besser, was sich aus dem Übersinnlichen herleitet, muß helfen, erzielen auch sie Erfolge. Jedoch, wenn sie den Kranken noch kränker machen, etwa gar seinen Tod verursachen, haben sie die uralte Entschuldigung zur Hand: ja, wessen Glaube an das Wunder, an die Absurdität nicht stark genug ist, dem ist nicht zu helfen. Die Ärzte sind die Gefolgschaft der Wissenschaft, die Heilpraktiker der Ideologie.

Man kann sehr leicht einen Gedankensprung machen und Ärzte und Heilpraktiker mit Sozialwissenschaftlern und Politikern vergleichen. Eine solche Analogie herzustellen, muß nicht auf Banalitäten hinauslaufen, sondern kann das erreichen, was Analogien, Vergleiche, Parabeln, Bilder, Metaphern, Tierfabeln usw. gemeinhin zu erreichen suchen: Am Bekannten und Naheliegenden das Kompliziertere und Fernere zu deuten. So steht etwa der Löwe für den Herrscher im Staat, der Hase für den mittellosen Durchschnittsbürger. Haben nicht im Osten Generationen von Kindern und Erwachsenen sich für die russischen "Hase- und Wolf-Filme" begeistert und ganz leicht gelernt; Der Wolf ist die Verkörperung all des Heimtückischen und Gefährlichen, das aus der Gesellschaft kommt, in welcher überall der Starke dem Schwachen nachstellt: Pogodi! pogodi! Warte! Aber der Schwache ist nicht so schwach, wenn er klug, flink, witzig ist. Und gab es nicht die wunderbare Fabel vom Löwen und vom Hasen, von Eberhard Esche tausendmal rezitiert, auf 100.000 Platten verbreitet, Millionen DDR-Bürger begeisternd, der Hase, betrunken durch den Wald schwankend: den Löwen her, ich fordere ihn vor die Klinge! Und dann, vom Löwen zur Rede gestellt, zitternd und plötzlich nüchtern: wir tranken nur auf Euer Gnaden Wohl! ...

#### Politiker und Sozialwissenschaftler, wie sie argumentieren

Politiker mit Heilpraktikern zu vergleichen, ist dagegen riskant, denn da wenig Weise unter ihnen sind, ist zu vermuten, daß wir die Rate der Scharlatane sehr hoch ansetzen. Das wollen wir aber ausdrücklich nicht tun, obgleich sie gar kein Hehl daraus machen, daß ihr Feld das der Ideologien ist, während sie sich schnell als nicht von wissenschaftlicher Profession outen. Das Selbstverständnis des Politikers ist es ja primär nicht, an den gesellschaftlichen Gebrechen herumzudoktern, sondern die gemeinschaftlichen, korporativen d.h. politischen Interessen derjenigen zu vertreten, die ihn gewählt, berufen, eingesetzt haben. Karl Marx sprach gelegentlich von der Furie des Privatinteresses, die hier umgeht. Dieses will im Staat angemessen vertreten sein, Funktion von Ideologien. Das sind für die Politiker die Selbstheilungskräfte, mit denen die Heilpraktiker ihre Erfolge erzielen.

Jedoch kann man trotzdem nicht einfach drauflos vergleichen. Es gibt Politiker, die regieren, umgeben von Politikern, die ihnen dabei helfen, indem sie Mehrheiten darstellen. Ein Sommernachtstraum: Laßt mich den Löwen auch noch spielen! Nicht nur spielen: Auch Macht ist vorzuführen. Da ist dann so mancher Sozialwissenschaftler mit seinen Metaphern hasen-nüchtern geworden... auf Euer Gnaden Wohl!

Und dann gibt es Politiker in der Opposition. Das sind ganz andere Leute. Sie setzen sich nicht selten mit Sozialwissenschaftlern an einen Konferenztisch, man ist ja nicht gerade aus einer engeren Familie, aber doch irgendwie miteinander verwandt, sie hören geduldig zu, mahnen aber ständig, sich extrem kurzzufassen. Und - redet nicht in solchen langen Sätzen! Von diesen Politikern wird im folgenden weniger die Rede sein.

Aber jeder Politiker ist eine Synthese aus Geschäftsführer, Rechts-

25

anwalt und Notar, beflissen, eine Klientel zu vertreten, weshalb ja auch das Jurastudium unter ihnen die meist vorkommende akademische Fachrichtung ist, allerdings haben es auch schon Hauptschullehrer und kaufmännische Angestellte zu Wissenschafts- und Bildungsministern gebracht. Das mit der Klientel ist freilich so zwangsläufig nicht, denn der Politiker muß ja auch einem Parteiinteresse dienen, das von dem seiner Wähler durchaus verschieden sein kann. Er muß deshalb auch einen gehobenen Ton anschlagen können, der ihn über die Niederungen des Egoismus oder auch bloß über den flachen Horizont seiner Klientel heraushebt. So konnte man Frau Vera Lengsfeld nicht länger zumuten, den kleinkarierten Interessen grünen Thüringer Wahlvolkes nachzugehen. Mitsamt deren Stimmen ging sie diebisch in ein anderes Lager, wo grö-Bere Brote gebacken werden. Wo nicht herumgenörgelt, sondern Macht zelebriert wird, wo man sie willkommen hieß, denn Kleinvieh macht auch Mist. Damit solches möglich wird, bestimmt das Grundgesetz (Art. 38, Abs. 1): "Die Abgeordneten... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge (!H.M.) und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich." Damit entpflichtet sie das GG von vornherein, sich an irgendwelche Wahlversprechen zu halten. Wie sagte doch Brecht: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, aber wo geht sie hin? Sich mit diesen Politikern anzulegen, das ist nicht, wie gemütlich um den Tisch sitzen.

Wissenschaftliche Bildung, sprich, eine bestimmte Art von Fachqualifikation, ist überhaupt nicht das Charakteristikum der Politiker, da ihnen, ein angeborener Intelligenzquotient leicht oberhalb der Mittellage und erfolgreiche Intelligenzschulung im Interessenkampf vorausgesetzt, die man sich am besten durch einige Semester Jurastudium beschafft, zwei Sorten Wissen vollauf genügen: Herrschafts- und Orientierungswissen. Diese Kenntnisse kann man sich ausgezeichnet im Learning-by-doing-Verfahren aneignen, das wiederum in reichem Maße in den Stadt- und Kreisbüros der Parteien und der unteren Administrationen vermittelt wird, wo der künftige Politiker seine Lehrjahre absolviert. Man wird hier jedoch auf Fälle von erfolgreichen Wissenschaftlern, mindestens einer Anzahl Träger von Doktor-Graduierungen unter den Politikern verwiesen werden. Gewiß, diese gibt es. Alles gibt es. In den Fachministerien und Fachausschüssen agieren jede Menge Fachleute. Aber es gibt eben kaum Sozialwissenschaftler von Profession. Und wenn es auch diese hin und wieder gibt, dann haben sie unter all den Parteileuten nur eine schwache Stimme. Hat sich in der Berliner Hochschullandschaft etwa die wissenschaftliche Einsicht der vormlg. Präsidentin Frau Professor Dürkop behauptet und nicht vielmehr die auf ruinösen Sparkurs driftende Politikerklasse von Senatoren und Adiministratoren?

Etwas grob ins Bild gesetzt, wäre es so, als würde man vom Personal einer großen Klinik sagen, es gibt dort zwar nur zwei, drei Ärzte, aber eine große Menge Fachleute anderer Art: Ingenieure, Informatiker, Chemiker, Juristen, Statistiker, Literatur- und Kulturwissenschaftler, dazu Selfe-made-men aller Art. Ein respektables Personal, es ist intelligent und gebildet, liest aber keine medizinische Fachliteratur; was diese Leute über Medizin wissen, haben sie aus dem zweibändigen Volkslexikon "Deine Gesundheit". Grobheiten? Nun, mein Kollege Erwin K. Scheuch ist da viel grober. Für ihn ist die politische Klasse (Ausnahmen wird er zulassen) eine Versammlung von inkompetenten Wirrköpfen. Das macht sein rheinisches Temperament und sein Kölner Standort, von welchem er besser in die Bonner Politszene blicken kann als ich von meinem peripheren Ausblick in Ostberlin.

Nun, mein Bild ist so grob auch wieder nicht, denn bei allem professionellen Politikverständnis (was interessieren uns Krankheiten und Gebrechen - wir vertreten die Interessen unserer Klientel!) bleibt es den Politikern nicht erspart, immer öfter in den Kittel des Heilpraktikers zu schlüpfen, die große Trommel der Ideologien zu rühren. Denn zum Interessenverständnis jeder beliebigen Klientel gehört es, daß die Politiker für einen solchen gesellschaftlichen Gesamtzustand Sorge zu tragen haben, den man als aufstrebend, vital, prosperierend, blühend, kraftvoll, fruchtbar, geordnet, rechtlich usw., kurz als gesund zu bezeichnen pflegt. Die Belastung der Gesellschaft durch egoistische Politikinteressen muß zumutbar bleiben, das entspricht auch durchaus dem GG-Grundsatz: dem eigenen Gewissen verpflichtet zu sein.

So sehr es vielleicht die Atomlobby befriedigt, wenn sie die Bilder sieht, wie Tausende von Polizisten Tausenden von Demonstranten Polizeiknüppel über den Kopf schlagen, weil diese gesetzwidrig den Transport von harten, tödlichen, aber wirtschaftlich effizienten Strahlungsquellen mit einer Halbwertzeit von 20.000 Jahren durch ihre Wohnsiedlungen hindurch aufhalten wollen (und sich damit eines Anwachsens linken Terrors schuldig machen) – nun, die große Mehrheit politischer Interessenträger hält das trotzdem für unerfreulich, für eine Anomalie. Es war schon von Bürgerkriegsszenen die Rede.

Höchst unerfreulich die wiederholten Havarien in der chemischen Großindustrie und deren Wirkung auf die Bevölkerung, oder andere Umweltkatastrophen, die eine in ihren Aufwendungen maßvolle Indu-

strie anrichtet. Ebenso zehntausend Verkehrstote pro Jahr, Masseninfektionen durch unsaubere Blutkonserven, durch importierte bzw. vermarktete Tierkrankheiten, das Waldsterben und überhaupt die Vergiftung und Verwüstung der Natur, wachsende Kriminalität und Gewaltneigung, der allgemeine Niedergang moralischer Werte, die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte mit ihrem Abbau von Kultur, Bildung, Wissenschaft, der Verfall der Familienstruktur, die Masse der überschuldeten privaten Haushalte, der massenhafte sexuelle Mißbrauch von Kindern, der Menschenhandel mit Frauen und Mädchen, zunehmende Armut und Bedürftigkeit, Wohnungsmangel und Wohnungsnot, wachsende Langzeitarbeitslosigkeit, unaufhaltsamer Verfall des Bestandes an sicheren Arbeitsplätzen allerorten. Das alles sind, in den Augen welcher Klientel auch immer, pathogene, Sorgen bereitende Zustände, Krisen, Krankheiten, Symptome von Morbidität, die das "normale Funktionieren" der Gesellschaft gefährden, quae medicamenta non sanant... das heißt, das eben nicht wiederherstellen, was man umstrittenerweise für "normal" hält. Was heißt normal, was heißt morbid, wo es doch der Preis für die Freiheit ist!

Auch das ist in Politik und Medizin analog: Man weiß nicht genau zu sagen, was ist denn das nun wirklich: gesund? Gibt es das überhaupt? Gesundsein - ist das nicht vielleicht der kennzeichnende Zustand eines Hochleistungsmenschen? Mit wachem Bewußtsein, daß es je Sekunde um Bestleistungen geht, rast er durch die 7-Tage-Woche. Verkürzt seine Lebenserwartung um Jahre. Und nun der Staat als Ganzes: Exportweltmeister, 3.7 Billionen DM Jahresbruttosozialprodukt mit einer rasch abnehmenden Anzahl von Arbeitskräften. Aber da kommen andere und sagen, Hochleistungen sind nichts anderes als Symptome eines krankhaften Zustandes. Ein Zustand kurz vor dem letzten Schritt über die Grenze, wo alle Stabilität aus den Fugen gerät, der Kollaps eintritt. Was soll zu alldem ein Heilpraktiker sagen? Da müssen wir durch, sagen die Politiker. Nämlich, wenn wir mit 36,4 Millionen Erwerbstätige (Stat. Bundesamt Wiesbaden 1994), davon im Winter 1996/97 4,7 Mio Arbeitslose und weitere 2 Mio zwangsweise Nichtbeschäftigte, bei einem Output von 3,7 Billionen DM Sozialprodukt an die Stabilitätsgrenze unseres System gekommen sind, dann werden wir mit 30 Millionen Beschäftigten (lean production!) und 7,4 Billionen Bruttosozialprodukt alle diese Systemschwächen hinter uns lassen und voll gesund sein. Da sagen die Heilpraktiker mit einer Stimme: Wer an seine eigene Kraft glaubt, der wird alles erreichen. Nichts ist unmöglich, ergänzt ein prominenter Politiker. Wir werden die Zahl der Arbeitslosen, eh drei Jahre ins blühende Land gegangen sind, halbieren, fügt ein anderer Prominenter hinzu.

#### Politiker und Sozialwissenschaftler, wie sie agieren

So kommt dem Politiker eine Doppelfunktion zu: Kämpfer und Anwalt zu sein an der Front konkurrierender Interessen und gelegentlich Heilpraktiker, wenn schon nicht wissenschaftlich ausgebildeter Kliniker im Ringen mit den gefährlichen Gebrechen der modernen Gesellschaft. Immer lauter werden von den Politikern heilpraktische Fähigkeiten verlangt, die er immer öfter zu erbringen verspricht. Das ist kein Problem für ihn, die disponible Masse an Ideologie ist unerschöpflich. Wenn's nicht klappt, wird man in Politikerkreisen herausfinden, man hätte halt ein anderes Volk haben müssen. Denn die politisch-anwaltliche Interessendurchsetzung führt nicht geradewegs zu einer gesellschaftlichen Anomalie, die, rückwirkend, den Klienten erreicht und diesen verstimmt und krank macht. Nicht geradewegs. Sondern auf Umwegen, wer sieht da schon durch.

Der Sozialwissenschaftler warnt daher vor der Tücke der Systemzusammenhänge: Überall nichtintendierte Folgen! Eine kraftvolle gesellschaftliche Bewegung z.B., eine Milliardeninvestition in Hochtechnologiebereichen (unterstützt durch Steuernachlässe für die Unternehmen, Ergebnis langen Politikerstreits), erhöht trotz Einrichtung neuer, moderner Arbeitsplätze, das Angebot an Arbeit insgesamt nicht, sondern mindert es weiter.

Die Haushaltseinsparungen der öffentlichen Hand entlasten das politische System und belasten es zugleich durch die Folgen der damit ausgelösten Verengung von Märkten. Für die Politik nichts als eine konfuse Realität - die heilpraktisch umgedeutet werden muß: Wenn die gegebene Profitrate zum Verlust von Millionen Arbeitsplätzen geführt hat, dann wird eine um den Koeffizienten p(x) gesteigerte Profitrate mehr und mehr Arbeitsplätze bringen.

Man könnte, nach us-amerikanischem Vorbild, durch Begrenzung der Fahrgeschwindigkeiten auf den Straßen die Anzahl der Verkehrstoten und Schwergeschädigten bedeutend herabmindern. Aber das wäre nicht ohne Konfrontation mit den vielgesichtigen Interessenten an der "freien Fahrt für freie Bürger" (vom Autotouristen bis zur Autoindustrie) zu machen. Man könnte auch die Unternehmen mit Umweltsteuern drastisch belasten - aber die Preise würden steigen und die Märkte sich noch mehr verengen.

Solche fatalen Gegenläufigkeiten gibt es noch und noch: Ein Prozeß mit langfristiger Wirkung wird ingang gesetzt - die Folge kann sein, daß sich sehr negative kurzfristige Wirkungen ergeben - und umgekehrt. Wenn man hier weitere Beispiele braucht:

- Der gesteigerte marktwirtschaftliche Zugriff auf den Wohnungsmarkt wird zur Vergrößerung des Angebotes führen – und zu einer qualitativen Aufbesserung der Wohnkultur. Zwischenzeitlich aber macht man für Hunderttausende die Wohnungen unbezahlbar und organisiert eine soziale Katastrophe.
- Man beschleunigt in den ostdeutschen Städten die Privatisierung von Grundstücken und Gebäuden – zugleich aber setzt man dadurch die Spekulation mit solchen Objekten ingang, die neuen Eigentümer sanieren nicht, Mieter, Geschäfte und Handwerker werden vertrieben, ganze Straßenzüge veröden. Man kann diese Strategie umdrehen – die Folge wird sein, daß die Baumassen weiter verfallen.

Man kann nun verallgemeinern: der Politiker ist der mit den zwei Seelen in einer Brust. Seine heilpraktische Einsicht in das gesellschaftliche Leben belehrt ihn, die Interessen seiner Klientel zurückzuschneiden - seine Rolle als ihr Anwalt veranlaßt ihn, sich über die Folgen hinwegzusetzen. Es gibt einen heimtückischen Systemmechanismus: Jeder Schritt, zu dem man gezwungen ist, verschlechtert die Situation für den nächsten Schritt. Man nennt das dann die Abwärtsspirale. Manche Sozialwissenschaftler sagen, da sind wir schon drin.

Auch der Mediziner kennt solche Doppelwirkung: Um den Patienten von Krebszellen oder gefährlichen Viren zu befreien, muß er mit Strahlen oder Chemikalien (chemische Keule!) einwirken, die seine Lebenskraft aufs Äußerste gefährden. Antibiotika sind wahre Wundermittel, den menschlichen Organismus von Infekten zu befreien – aber regelmäßig eingesetzt, bewirken sie die Resistenz der Erreger und schädigen die körpereigene Abwehr. Die Medizin geht solchen ungewollten Wirkungen und Nebenwirkungen mit feinsten wissenschaftlichen Verfahren nach. Manchmal kommt es dabei zur Heilung, manchmal auch zur Abwärtsspirale, die dann zwei Meter tief unter die Erde führt. Der Mediziner sagt: Wir können nicht alles wissen, aber die Erfolgsquote ist, sagen wir, 80%. Unsicher ist bloß, ob Sie, der Einzelne, Betroffene, bei den 20 oder bei den 80% sind.

In der Politik geht es da scheinbar genau so zu. Wir blickten schon in das Chaos der nichtintendierten Folgen. Nicht wenige, von besorgten Politikern bestellt, werden von einer vorausschauenden Begleitforschung untersucht. Aber was davon die Politik rückwirkend erreicht, erzeugt Resignation. Der desolate Zustand der meisten Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-Wissenschafts- und Kulturzustände in den ostdeutschen Ländern ist ein riesiger vernetzter Komplex von nichtintendierten Folgen: Die berühmten Selbstheilungskräfte des Marktes haben die Tätigkeit von etwa sechs Millionen Menschen entwertet, teils, weil sie keinen Markt (keinen zahlungsfähigen Bedarf) mehr fanden, teils, weil neue staatliche, kommunale, wissenschaftliche usw. Institutionen die vorhandenen verdrängt haben, teils weil Technologien mit größerer Effizienz erbarmungslos Arbeitskräfte freisetzen.

Der Autor dieser Betrachtungen hatte während einer gut besuchten Konferenz (1990) einen Wortwechsel mit einem Beamten des ehem. BMFT. Es ging darum, daß die ostdeutschen Sozialwissenschaftler auf die weitreichenden Folgen von Institutionencrash und Abwicklung hinwiesen. Der Beamte sagte: Was soll man tun? Wo man bei Euch die Türen aufmacht, stehen Bataillone dahinter. Wer soll die beschäftigen, wer soll die bezahlen? Nun gut, 9,3 Millionen Beschäftigte, die es Anfang 1990 gab, sind eben 9,3 Millionen, hätte man ein kleineres Land angeschlossen, oder eines mit geringerer Erwerbsquote, wären es vielleicht nur 3,9 Millionen. Aber die DDR war eben nicht kleiner. Oder, hätte sie doppelt soviel Institutionen haben sollen, damit hinter den Türen nur einhalb soviel Leute stünden?

Die Differenz zwischen Sozialwissenschaftlern und Politikern ist nicht schwer feststellbar: Der Sozialwissenschaftler führt ein ganzes Spinnennetz von Nah- und Fernwirkungen vor, die man im Auge haben muß. Soweit er Akteur ist, setzt er sich für den einen oder anderen Wirkzusammenhang vehement ein. Aber als Akteur ist er bloß Meinungsbildner und Propagandist. Was, sagte Bertold Brecht, ist schon ein Pfund Meinung.

Die Sozialwissenschaftler in Ost und West haben in Dutzenden von Studien geraten: Sorgt dafür, daß die Potentiale für Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern nicht zerstört, aufgelöst, ausgetrocknet werden. Sie werden beim Neuaufbau, für den wirtschaftlichen Aufschwung fehlen. Ihre Wiederherstellung wird doppelt so teuer sein und endlos lange dauern. Sie haben auch fundierte Berechnungen angestellt, was die Länder im Osten an Wissenschaft und Forschung benötigen. Wie man diese Bereiche strukturieren muß. Wieviel Geld man braucht. Wie das hochqualifizierte Personal zu beschaffen ist.

Aber die Politik, soweit sie solche Analysen überhaupt zur Kenntnis nimmt, folgt anderen Überlegungen, solchen, die sich aus ganz praktischen Zwängen ergeben: Auch in den alten Bundesländern meint die Industrie etwas zuviel Wissenschaft und Forschung zu betreiben und speckt sie ab. Ihre Potentiale können leicht für die nun integrierten ostdeutschen Betriebe die Forschung und Entwicklung miterledigen. Ähnliches gilt für die nichtindustrielle Forschung. Und was die Hochschulen anlangt, da sorgen wir erst einmal für das Abschneiden von strukturellen Altlasten, danach für einen ausreichenden Studienbetrieb. Die Forschung wird sich dann schon entwickeln. Inzwischen bleibt von den Potentialen Ost ein Rest zwischen 20 und 40 Prozent. Das ist doch gar nicht so schlecht, heißt es, da kann man doch drauf aufbauen. Was die negativen Nebenwirkungen anlangt: da muß man durch.

Wir können im Verhältnis von Sozialwissenschaften und Politik leicht eine Situation erkennen, die man als Dilemma bezeichnet. Der Sozialwissenschaftler hat sich, themengerecht, einen mehr oder weniger komplexen Zusammenhang herausgeschnitten und diesen sehr gründlich analysiert. Er rät zu einleuchtenden Maßnahmen. Der Politiker aber ist mit anderen komplexen Zusammenhängen konfrontiert, er sagt: Ihr probates Heilmittel hat Nebenwirkungen, die wir nicht wollen. Da bleiben wir doch lieber beim Bewährten und fangen damit an, die ganze Analyse ideologisch in Frage zu stellen. Am Ende heißt die Lösung: Da müssen wir durch, das ist der Preis... für dieses und jenes der Preis, immer aber für die Freiheit.

Den Sozialwissenschaftler bringt das nicht aus der Fassung, er hat inzwischen einen weiteren Zusammenhang hergestellt und ist dabei eine Systemebene höher gestiegen. Zum Beispiel, wenn kein Geld da ist, dann muß man die Mittel umverteilen. Wenn es dabei prinzipielle Schwierigkeiten gibt, muß man an gesellschaftliche Reformen denken. Wieso kann man von den 7 Billionen DM Vermögen in den Händen von deutschen Unternehmen, Banken und diversen Privatleuten nicht eine Summe von 70 Milliarden, gleich 1 Prozent, umverteilen, um die Haushalte der öffentlichen Hand beweglicher zu machen?

Man muß diese Summe ja nicht enteignen, sondern veranlassen, daß sie als Staatsanleihe langfristig zur Verfügung steht.

Natürlich, wird jeder Sozialwissenschaftler urteilen: umverteilen! Das muß man ben ganz nüchtern wissenschaftlichen sehen. Welche Bereiche der Gesellschaft liegen im Argen? Die, von denen die Zukunft abhängt: Wissenschaft, Bildung, Jugend, Kinder, Gesundheit, Umwelt, Wohnen. Wo häuft sich der Reichtum, das Geld, die Ressourcen, die Immobilien? Wo eine Klientel von Interessenten ihre Anrechte gegen eine andere Klientel von Interessenten verteidigt, d.h. nicht einfach verteidigt, sondern nach den Prinzipien des Verdrängungswettbewerbs,

wertekonservativ, nach den Regeln des vorigen Jahrhunderts, obenauf zu sein versucht. Also, nach neuen, funktionalen Prinzipien umverteilen, das rät die Wissenschaft.

Also, meine Damen und Herren Politiker, kann man Interessenabgleichungen nicht mehr und mehr auf höherer Ebene vornehmen, wo es auf Umverteilungen, auf Budgetaustausche hinausläuft? Würde man den Hochschulen an Ressourcen zukommenlassen, was z.Zt. die Bundeswehr benötigt, wären sie aus vielen Schwierigkeiten heraus. Über einen gewaltigen Innovationsschub in der Breite der Wirtschaft wären Erträge da, die diese Aufwendungen weitgehend refinanzieren würden. Was man von der Bundeswehr, die nun mit den derzeitigen Mitteln der Hochschulen auskommen muß (und auskäme), nicht erwarten könnte. Es ist gut vorstellbar, daß maßgebliche Politiker, denen solche Überlegungen ganz fern sind, es für absurd halten müßten, danach für Hochschulbildung und Hochschulforschung das Doppelte von dem auszugeben, was für die Sicherheit aufzuwenden ist. Wo wir doch von feindlichen Aliens und potentiellen Terroristen aus aller Welt, vorzüglich aus der Dritten, tagtäglich bedroht sind. Vielleicht erkennt der eine oder andere Politiker solch akuten Sicherheitsfall als eine Absurdität, aber er ist mit dem eigenen System konfrontiert: Dem Gesamtzusammenhang aller politischen Akteure. Da ist solch eine Umsteigen auf höhere Systemebenen nicht der Brauch, da herrscht die simple Interessenabgleichung auf der Ebene des status quo vor. Könnte man nicht viel verändern, wenn man Herrn Gaucks Behörde zumuten würde, mit den Mitteln auszukommen, die heute für den Schutz der Kinder vor sexuellem und pornographischem Mißbrauch aufgewandt werden - und diesem Sektor deutscher Kriminologie und Sozialarbeit Herrn Gaucks Mittel offerieren würde? Könnte man in dessen Mammutbehörde nicht dabei lernen, die Verwaltung der Stasiakten innovativer und sparsamer auszuführen?

Als der Autor dieser Betrachtungen im ehem. Bundesministerium für Forschung und Technologie mit einem Verantwortlichen für die Forschungsmittel sprach, wurde auch die Frage erörtert, warum das BMFT im gegebenen Haushaltsjahr 7,4 Mrd. DM Mittel erhielt, warum nicht z.B. 9,2 Mrd.? Ja, sagte der hochrangige Beamte, das ist das Ergebnis all der Abgleichungen, die als allgemeines Tauziehen beim Finanzminister und in den Bundestagsfraktionen herausgekommen sind. Mehr war nicht drin. Und damit kann man leben. Wissenschaft und Forschung müssen entsprechend strukturiert werden. Knappe Mittel sind ja nicht einfach ein Handicap, sondern auch ein starker Anreiz für innovatives Denken, dagegen führen reichliche Mittel zu geistiger Trägheit.

Und so ist es überall: Politik, ist das ist das Ergebnis all der Abgleichungen. Inzwischen ist - aus gleichen Gründen - ein exzessives Kürzen bei den Länderhaushalten ingang. Es geht um die Tugend des Sparens. Dagegen kann man nichts sagen außer: es ist nun offensichtlich, daß bei der gegenwärtigen Regelung die Hochschulen böse zurückgeschnitten werden, daß vieles an kostbarem Potential und wichtigster Qualität verlorengeht. Abschmelzung innovativen Kapitals im Standort. Ja, sagt die Politik, da muß man durch.

Und das ist der entscheidende Unterschied. Der Sozialwissenschaftler, in eine Analyse verbissen, dringt immer bis zu Einsichten vor, wo
man auf eine höhere Ebene der Systemzusammenhänge umsteigen kann
und muß. Das ist nicht eine besondere, seinem Gehirn zugekommene
Gnade, sondern der normale Typus wissenschaftlichen Denkens. Die
Mediziner machen es auch so. Das ist eben der komplexe Zustand der
Welt. Hinter gegebenen Ursachen liegen wieder weitere Ursachen. Und
so immer höher hinauf in die Systemvernetzungen – ad infinitum.

Obgleich, wie sich dabei zeigt, alle heilenden Maßnahmen ohne einen utopischen Umbau der Gesellschaft durchgeführt werden könnten, wird sich herausstellen, daß die Politiker als Akteure nicht die Kräfte sind, die solch gestaltende Wirkungen ingang setzen. Im Gestrüpp der endlosen Abgleichungen all der endlosen Sonderinteressen bleiben all ihre bescheidenen heilpraktischen Mittel hängen. Sie bleiben daher Kämpfer an der Front der Interessen – und sind nur ganz vereinzelt erfolgreiche Heilpraktiker an den Gebrechen der überstreßten Gesellschaft, der sie sich und ihr Gewissen verschrieben haben. Nämlich, was sie heute heilen, ist morgen noch ärger krank.

Wir wollen hier nicht verschweigen, daß der Horizont unserer Analogie subjektiv verkürzt ist. Den Politiker im Oppositionszustand hatten wir schon beiseite gestellt. Die Politiker, wenn sie regieren, können auch auf eine ganz andere Akteursebene umsteigen, nämlich im Umgang mit den Sozialwissenschaftlern: Sie suchen sich solche aus deren Profession, die ihre Analysen mit den Ergebnissen liefern, die bestellt worden sind. Das auszuleuchten, würde eine jedoch neue Betrachtung erfordern, literatur-notorisch: Auch Wissenschaft kann man kaufen: Erfahrungen mit der Widerspenstigen Zähmung.

Hansgünter Meyer, Prof. em. Dr. habil.,Soziologe, war früher am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig und ist Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. (WISOS) Berlin-Adlershof

II.

Zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik

### Arbeitslosigkeit und Zeiterleben

Ingeborg Siggelkow Berlin

Als das Phänomen Massenarbeitslosigkeit zum ersten Mal Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse wurde, nämlich in der 1933 veröffentlichten und "klassisch" zu nennenden Marienthal-Studie von Jahoda, Lazarsfeld und

Zeisel, fand bereits ein Aspekt Beachtung, der in seiner Bedeutung für Individuum und Gesellschaft nicht unterschätzt werden darf; das Zeiterleben. Bei eingetretener Arbeitslosigkeit führt der Verlust der Arbeitszeit nicht zu einem Gewinn an Freizeit. Stattdessen erweist sich, wie die Marienthal-Forscher feststellten, "diese Freizeit als tragisches Geschenk. Losgelöst von ihrer Arbeit und ohne Kontakt mit der Außenwelt, haben die Arbeiter die materiellen und moralischen Möglichkeiten eingebüßt, die Zeit zu verwenden. Sie, die sich nicht mehr beeilen müssen, beginnen auch nichts mehr und gleiten allmählich ab aus einer geregelten Existenz ins Ungebundene und Leere. Wenn sie Rückschau halten über einen Abschnitt dieser freien Zeit, dann willl ihnen nichts einfallen, was der Mühe wert wäre, erzählt zu werden."

Seit dieser Studie sind zu der Thematik "Arbeitslosigkeit und Zeiterleben" etliche Untersuchungen durchgeführt worden, die, wie die zwischen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre erschienenen Arbeiten von Heinemann, zu weiteren Differenzierungen geführt haben.<sup>2</sup> Heinemann befaßte sich empirisch mit dem sich durch Arbeitslosigkeit ändernden Zeitbewußtsein einzelner Gruppen wie arbeitslosen Frauen oder arbeitslosen Jugendlichen, wobei er einen differenzierten Zeitbegriff zugrundelegte, indem er beispielsweise die sich infolge der Arbeitslosigkeit verändernde "Zeitrationalität" und den "Zeithorizont" eines von Arbeitslosigkeit betroffenden Menschen untersuchte.<sup>3</sup>

Charakteristikum der Zeitordnung in modernen Gesellschaften ist ein ereignisunabhängiger, abstrakter Zeitbegriff. "Zeit wird nicht mehr als Folge von Ereignissen, als Veränderungen in der Natur bewußt, sondern als lineare Abfolge von Zeitpunkten konstruiert (...). Sie wird zunehmend als 'Uhrzeit' verstanden und Grundlage für die zeitliche Rationalisierung von Lebensvorgängen. Zeit wird neutral gegenüber Ereignissen; Zeitbewußtsein, das Erleben von Veränderungen und Bestand, von Rhythmus und Konstanz sind nicht mehr an eine aus einem konkreten Geschehen entwickelte Zeitstruktur gebunden.<sup>44</sup>

Diese Zeitstruktur hat Auswirkungen auf individuelle Entscheidungs- und Handlungsprozesse insofern, als die Ereignisunabhängigkeit des abstrakten Zeitbegriffs das Individuum dazu zwingt, die eigene Zeit zu verwalten und eigenständig Entscheidungen über ihre Verwendung zu treffen. Wird Zeit, wie bei einem Berufstätigen, als knapp erfahren, so wird sie eingeteilt und aufgrund alternativer Verwendungsmöglichkeiten "rationalisiert": eine Hierarchie von Dringlichkeiten bestimmt die Reihenfolge der Handlungen. Wie stark die Berufsarbeit bzw. der Wechsel zwischen Arbeitszeit und Freizeit die Zeiteinteilung eines Menschen beeinflußt, wird deutlich am Zeitverhalten von Rentnern und Pensionären. Obwohl diesem Personenkreis quantitativ mehr Zeit als früher zur eigenen Gestaltung zur Verfügung steht, wird diese Bereicherung nicht immer als "Segen" erlebt. Nicht selten muß eine zeitliche Strukturierung des Alltags neu erarbeitet werden.<sup>5</sup>

Bedeutung für den "Zeithorizont" des Menschen besitzt die Zeitachse Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, deren Linearität dem abstrakten Zeitbegriff zugrundeliegt. Aufschluß über den jeweiligen "Zeithorizont" eines Menschen gibt die Differenziertheit der Zeitperspektiven bzw. die Tiefenschärfe für vergangene und zukünftige Handlungen. Eine ausgeprägte Zeitperspektive hinsichtlich der Dimension Zukunft korreliert mit der Kompetenz, planerisch zu denken und Folgen gegenwärtigen Handelns vorwegzunehmen. Nicht nur dem Planen ist eine Erfüllungsgewißheit eigen, sondern auch dem Hoffen, wobei ein wesentlicher Unterschied im Grad der Rationalität besteht. In der Arbeitslosigkeit wird sowohl der rationale als auch der perspektivische Umgang mit Zeit erschwert. Ähnlich wie Gefangenschaft führt Arbeitslosigkeit zu Störungen des Zeiterlebens, wie Salzwedel herausgearbeitet hat.

Es lassen sich zwei Merkmale benennen, die sowohl das Zeiterleben des Gefangenen als auch des Arbeitslosen bestimmen. Das erste Merkmal ist ein "Mangel an Zeitknappheit", das in Verbindung mit einem bestimmten Persönlichkeitstypus das Handlungspotential beeinträchtigt. Das zweite Merkmal besteht in einer "Entwertung der Gegenwart". Sowohl der Gefangene als auch der Arbeitslose tendieren dazu, der Gegenwart auszuweichen, Zuflucht in eine irreale Zukunft oder Vergangenheit zu suchen. Durch die Flucht in andere Zeiträume tritt ein Realitätsverlust ein, der – ebenso wie der "Mangel an Zeitknappheit" – Handlungsrelevanz besitzt. Die sowohl vom Arbeitslosen als auch vom

Gefangenen gemachte Erfahrung einer Handlungsohnmacht kann Irrationalismen begünstigen. In harmlosen Fällen äußern sich derartige Irrationalismen etwa darin, daß anstelle eines Berufsberaters ein Orakel befragt oder daß eine Wunschvorstellung für die Wirklichkeit gehalten wird.

Hinsichtlich der Zukunftserwartung werden nicht nur das Abstraktionsvermögen eines Arbeitslosen, sondern auch seine emotionalen Fähigkeiten beeinträchtigt. "Verlust des Arbeitsplatzes und Arbeitslosigkeit bedeuten zunächst, daß Erwartungen, Wünsche und Pläne vereitelt werden, Bedürfnisse unbefriedigt bleiben und, da Erwartungen, Wünsche und Pläne stets auf die Zukunft gerichtet und in eine Zeitperspektive eingelagert sind, bleiben mit den Erwartungsenttäuschungen nicht nur Bedürfnisse unbefriedigt, Pläne und Wünsche unerfüllt, es wird vielmehr dem einzelnen insgesamt ein Stück Zukunft versagt."

Unstrittig hat die Langzeitarbeitslosigkeit Auswirkungen auf das Zeiterleben und das Handlungspotential eines Menschen. So gelten In der aktuellen Arbeitslosenforschung z.B. das Zeiterleben und das Gefühl der Nützlichkeit zu den Hauptindikatoren für die subjektive Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit, denn diese Indikatoren zeigen an, ob und wie weit die Arbeitslosen ihr Handeln in der Arbeitslosigkeit als sinnvoll erleben. "Mit seiner Zeit etwas anfangen zu können, sich nützlich zu machen und nützlich zu fühlen, kurz: das eigene Handeln im Alltag als sinnvoll zu erleben, bedeutet etwas anderes für denjenigen, der seine Arbeitslosigkeit in die eigene Erwerbsbiographie integrieren zu können glaubt, wie für den Arbeitslosen, der sich bereits der Gefahr ausgesetzt sieht, in seinen Lebensplänen zurückstecken und seine soziale Laufbahn korrigieren zu müssen."

Anzumerken ist, daß auch neuere Forschungen bei einer Thematisierung von Zeiterleben und Arbeitslosigkeit der traditionellen Einteilung in Arbeitszeit und Freizeit verhaftet bleiben.

Um die Veränderungen, die auf dem Arbeitsmarkt vor sich gehen, analysieren zu können, bedarf es nicht nur eines differenzierten Zeitbegriffs. Zur Disposition steht ein neuer Arbeitsbegriff, denn die bisherige Dichotomie "Arbeitszeit - Freizeit" wird der Komplexität der gesellschaftlichen Vorgänge nicht mehr gerecht. Dies beginnt bereits bei zentralen Begriffen der Arbeitsverwaltung wie dem Begriff der Langzeitarbeitslosigkeit. Abhängig vom jeweiligen Kontext wird darunter folgendes verstanden: wer mindestens seit vier Monaten (aktueller Stand) als Arbeitssuchender beim Arbeitsamt geführt wird, gilt als Langzeitarbeitsloser; bei einer Arbeitslosigkeit von bis zu vier Monaten handelt es

sich um Kurzzeitarbeitslosigkeit. Dieser Viermonatsschnitt besitzt Relevanz hinsichtlich der Zumutbarkeit, da nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Langzeitarbeitslose damit rechnen müssen, vom Arbeitsamt eine Tätigkeit unterhalb ihres bisherigen Qualifikationsniveaus vermittelt zu bekommen, wobei auch eine Verringerung des Einkommens oder längere Wegezeiten zumutbar sind. <sup>10</sup> Im allgemeinen jedoch gelten Arbeitslose als langzeitarbeitslos, wenn sie ein Jahr und länger als arbeitssuchend registriert sind. <sup>11</sup> Für Ende der 80er Jahre weist die Statistik in den alten Bundesländern bei den Langzeitarbeitslosen einen Anteil von etwa 30 % aller Arbeitslosen aus. <sup>12</sup>

Die begriffliche Unschärfe hinsichtlich des Arbeitsbegriffs erschwerte bislang eine adäquate Reaktion auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, der bereits vor der Vereinigung Deutschlands eingesetzt hatte. Gemeint ist ein Transformationsprozeß, der alle hochentwickelten Industrieländer erfaßt hat und dessen Charakteristikum eine Verschiebung der Wertschöpfung und der Zahl der Erwerbstätigen innerhalb der wirtschaftlichen Sektoren bedeutet. Aufgrund der Einführung neuer Technologien vollzieht sich gegenwärtig ein Prozeß, der ähnlich wie im 19. Jahrhundert die Qualität und Anzahl von Arbeitsplätzen verändert.

Nach wie vor lassen sich die wirtschaftlichen Sektoren in drei Bereiche gliedern: primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischereiwesen), sekundärer Sektor (industrielle Arbeitsplätze) und tertiärer Sektor (Dienstleistungen). Innerhalb des primären Sektors ist seit dem 19. Jahrhundert, korrelierend mit der Zunahme von Industriearbeitsplätzen, eine Abnahme von Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Für den Zeitpunkt 1989/1990 wird für den primären Sektor in der Bundesrepublik ein Anteil an der Wertschöpfung von 1,7% ausgewiesen; der Anteil der Erwerbstätigen beträgt 3,7% (Zum Vergleich: Um 1850 trugen ca. 55% der Erwerbstätigen etwa 47% zur Wertschöpfung bei.). Seit ca. 1970 liegt sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch der Anteil an der Wertschöpfung im tertiären Sektor vor dem sekundären Sektor.<sup>13</sup>

Arbeitsbegriffe, welche die Industriekulturen maßgeblich bewirkt und geprägt haben, stehen jetzt durch den Wandel dieser Industriekulturen zur Disposition. Unter Arbeit ist mehr zu verstehen als es die Gleichung "Arbeit = Erwerbsarbeit" suggeriert. "Mit der Annahme einer Dualität von Arbeit und Freizeit kann unser Alltag jedoch nur unzureichend erfaßt werden. So zeigt sich in der Forderung nach einer Umverteilung der Arbeit auf beide Geschlechter, daß Arbeit und Nicht-Arbeit in ihren Zusammenhängen neu zu überdenken sind. Denn gefordert ist

neben der Umverteilung der Erwerbsarbeit auch eine neue Arbeitsteilung in der Hausarbeit, der Freiwilligenarbeit und der politischen Arbeit - von Aufgaben also, die wir meist nicht in die Analyse der Arbeit einbezogen haben, sondern, wenn auch mit definitorischen Schwierigkeiten, der Freizeit zugeordnet haben.

Die Konzeption einer zusätzlichen Sozialzeit geht zurück auf Spescha, der bereits 1981 versuchte, die Polarisierung von Arbeitszeit und Freizeit aufzubrechen. Leitend ist der Gedanke einer solidarischen Identitätserfahrung als Sinnerfahrung in dem dritten Arbeitsbereich, in dem wie in den erstgenannten Bereichen soziales Handeln stattfindet.<sup>15</sup>

Durch die seit Jahren anhaltend hohe Arbeitslosigkeit vollzieht sich in der Bundesrepublik gegenwärtig ein Spaltungsprozess, der für viele Menschen nicht nur eine Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt bedeutet, sondern eine Einschränkung der gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten mit einschließt. "Zur sozialen Schicht der Dauerarbeitslosen zu gehören bedeutet (...) dreierlei: in den eigenen objektiven Lebenschancen dadurch begrenzt zu sein, daß der Zugang zu (formeller) Erwerbsarbeit versperrt ist; keine Möglichkeit mehr zu sehen, diesen Zustand durch eigenes Handeln am Arbeitsmarkt zu verändern; und schließlich in dem Bewußtsein zu leben, nicht mehr zur Gesellschaft zu gehören, die eine Gesellschaft der und für die Erwerbstätigen ist."

Bedeutet Arbeit immer auch ein Stück an sozialer Realität, so könnte "das Konzept der Sozialzeit (...) uns darin unterstützen, Arbeit nicht nur im Kontext der Erwerbsarbeit zu sehen, sondern Arbeit als die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Aufgaben und deren Bewältigung in einem kollektiven Prozeß zu verstehen und sich damit auch einer anderen, angemesseneren Einordnung von politischer und kultureller Arbeit zu nähern - denn soziales, politisches und kulturelles Handeln wird schwerlich weiterhin dem gängigen Freizeitverständnis zuzuordnen sein."

Daß Erkenntnis und Erlebnis zweierlei sind, das werden in den neuen Bundesländern diejenigen bestätigen können, die durch Einführung der neuen Wirtschaftsstruktur ihren Arbeitsplatz verloren haben. Der unvorbereitete Arbeitsplatzverlust, der viele Menschen in den neuen Bundesländern durch die Vereinigung Deutschlands betroffen hat, wurde thematisiert auf dem Symposium "Auseinandersetzungen mit Verlusterfahrungen", das das "Zentrum für Gerechtigkeitsforschung" an der Universität Potsdam vom 26.-28, Januar 1995 durchführte. Welchen Stellenwert Arbeit für den Menschen besitzt, wird an den Verarbeitungsformen sichtbar, mit denen Arbeitslose auf ihre neue Lebens-

situation reagieren. Der Verlust des Arbeitsplatzes wird vom Betroffenen als Ungerechtigkeit erlebt, und die Erfahrung einer damit verbundenen Handlungsohnmacht führt in eine Opferrolle. Hinsichtlich der Verlaufsformen von Arbeitslosigkeit unterschied Kieselbach auf dem Symposium zwischen drei Phasen der Viktimisierung: die primäre ist gekennzeichnet durch Schlaflosigkeit und Unruhe. In der zweiten Phase verschärft sich die Krisenerfahrung. Der Arbeitslose hat den Eindruck, sozial ausgegrenzt zu werden. In der dritten Phase schließlich sind bereits psycho-soziale Schäden (analog dem Phänomen "Opfer durch Nähe") feststellbar. Es kommt zu nichtangemessenen Bewältigungsformen, die, wie zum Beispiel in Bewerbungssituationen, das Risiko erhöhen, nicht eingestellt zu werden. Diese Verlaufseinteilung läßt den Schluß zu, daß bei Langzeitarbeitslosen die Gefahr einer Selbstschädigung besteht und sich diese Entwicklung im Kern als irreversibel erweist.

Nicht nur der Zeit, sondern auch der Arbeit scheint eine Mehrdimensionalität eigen zu sein. Daß sich Menschen immer auch über Arbeit "verwirklicht" haben und sich selbst ein "Leben" nach dem Tode nicht ohne Arbeit vorstellen konnten, beweisen die zahlreichen Himmelsvorstellungen, die auch jeweilig vorherrschende Arbeitsauffassungen widerspiegeln: "Die Geistlichen des 19. Jahrhunderts hatten keine Schwierigkeit mit der Vorstellung des Himmels als Ort sowohl der Arbeit als auch der Ruhe. Sie sprachen aber nicht von einem Wechsel zwischen beiden; vielmehr galt die Arbeit selbst als Ruhe – als Tätigkeit ohne Anstrengung, Ermüdung oder Überdruß. Die Arbeit wurde als Gottesdienst aufgefaßt und ewiger Fortschritt als Gottes Gabe."<sup>18</sup>

Das Phänomen Massenarbeitslosenkeit stellt keine Naturkatastrophe dar, die sich als "Strafe Gottes" interpretieren ließe. Vielmehr ist ein Arbeitsbegriff zu entwickeln, der die Dichotomie Arbeitszeit - Freizeit überwindet und eine gerechtere Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit bewirkt.

Ingeborg Siggelkow, Dr. phil., ist Soziologin und Lehrbeauftragte an der Universität Potsdam, der Humboldt-Universität und der TU Berlin

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Jahoda / Lazarsfeld / Zeisel 1975 (1933), S. 83
- <sup>2</sup> VgI. Heinemann 1978; vgl. Heinemann 1982
- <sup>3</sup> Vgl. Heinemann 1982, S. 89
- 4 Heinemann 1982, S. 88

- <sup>5</sup> Vgl. Plattner 1993, S. 78 ff.
- 6 Vgl. Salzwedel 1988, S. 140 ff.
- 7 Vgl. Salzwedel 1988, S. 62 ff.
- 8 Heinemann 1982, S. 92
- 9 Kronauer / Vogel 1993, S. 4
- <sup>10</sup> Vgl. Grehn 1994, S. 218, S. 256 f.; Vgl. Hummel-Liljegren 1981
- 11 Vgl. Friedrich / Wiedemeyer 1994, S. 28
- 12 Vgl. Friedrich / Wiedemeyer 1994, S. 27
- 13 Vgl. Geißler 1992, S. 20, S. 22
- 14 Orendi 1990, S. 329
- 15 Vgl. Spescha 1981
- 16 Kronauer / Vogel 1993, S. 10
- 17 Orendi 1990, S. 329/330
- 18 Lang / McDannell 1990, S. 382

#### Literatur:

Burkhardt, Manfred W., 1992; Soziale Zeit. Anmerkungen zur Diskussion. In: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer. Berlin: Akademie-Verlag, S. 577-582

Clausen, Lars, 1988: Produktive Arbeit, destruktive Arbeit. Soziologische Grundlagen. Berlin u.a.: de Gruyter

Deutschmann, Christoph, 1992: Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland. In: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer. Berlin: Akademie-Verlag, S. 583-589

Friedrich, Horst/Wiedemeyer, Michael, 1994: Arbeitslosigkeit - ein Dauerproblem im vereinten Deutschland? Dimensionen, Ursachen, Strategien. Ein problemorientierter Lehrtext. Opladen: Leske + Budrich, 2. aktualisierte Aufl.

Geißler, Rainer, 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag

Grehn, Klaus, 1994: Arbeitslos in Deutschland. Hilfe für Betroffene - Konzepte für eine andere Politik. München: Knaur

Heinemann, Klaus, 1978: Arbeitslose Jugendliche. Ursachen und individuelle Bewältigung eines sozialen Problems. Eine empirische Untersuchung. Darmstadt u.a.: Luchterhand

Heinemann, Klaus, 1982: Arbeitslosigkeit und Zeitbewußtsein. In: Soziale Welt, Jg. 33, H. 1, S. 87-101

Hummel-Liljegren, Hermann, 1981: Zumutbare Arbeit. Das Grundrecht des Arbeitslosen. Berlin: Duncker & Humblot

Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans, 1975 (1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Kieselbach, Thomas/Wacker, Ali (Hg.), 1991: Bewältigung von Arbeitslosigkeit im sozialen Kontext. Programme, Initiativen, Evaluationen. Weinheim: Deutscher Studien Verlag

Kieselbach, Thomas/Voigt, Peter (Hg.), 1992: Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim: Deutscher Studien Verlag

Lang, Bernhard/McDannell, Colleen, 1990: Der Himmel. Eine Kulturgeschichte des ewigen Lebens. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Maurer, Andrea, 1992: Stand und Perspektiven der zeitsoziologischen Forschung. In: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer. Berlin: Akademie-Verlag, S. 590-60

Orendi, Bennina, 1990: Sozialzeit statt Arbeitszeit und Freizeit? In: Frei, Felix / Udris, Ivars (Hg.): Das Bild der Arbeit. Bern u.a.: Huber, S. 329-340

Plattner, Ilse E., 1993: Zeitstreß. Für einen anderen Umgang mit der Zeit. München: Kösel

Posch, Jutta, 1988: Arbeitslosigkeit und Lebenschancen. Bremen: Universität Bremen

Salzwedel, Hartmut, 1988: Zeit als Zeiterleben, Zeitorientierung und Zeitperspektive. Berlin: Technische Universität, Soziologische Forschungen, Band 15 (zugl. Freie Universität Berlin, Diss.)

Spescha, Plasch, 1981; Arbeit - Freizeit - Sozialzeit, Die Zeitstruktur des Alltags als Problem ethischer Verantwortung, Bern u.a.: Lang

Wacker, Ali, 1976: Arbeitslosigkeit. Soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen. Frankfurt am Main u.a.: Europäische Verlagsanstalt

## Wettbewerbsfähigkeit — Wachstum — Beschäftigung Teufelskreis oder Lebenszyklus?!

Peter Beyer Elke Schreiber Dietrich Unangst Jena

Die Kernfrage des Weißbuches der EU aus dem Jahr 1993, verbunden mit dem Aufruf zum Handeln, bis zum Jahr 2000 in der EU ist es, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Haben wir uns diesem Ziel genähert, oder ist es in noch weitere Ferne gerückt? Die Arbeitslosenquote hätte

jährlich bei uns um 2% abnehmen müssen; sie hat jedoch im letzten Jahr fast um diesen Betrag zugenommen!

Eines ist sicher, auch wenn dieses Ziel noch erreicht werden sollte, würde bei den derzeitigen Arbeitslosenquoten in den "Neuen Bundesländern" nach dem Jahr 2000 eine Arbeitslosigkeit herrschen, wie derzeitig in den "Alten Bundesländern"! Ein Zustand, wie er dort sehr beklagt wird. Soll das die Zukunft der "Neuen Bundesländer" im nächsten Jahrtausend sein? Wettbewerbsfähigkeit - Wachstum - Beschäftigung: Teufelskreis oder Lebenszyklus - das ist hier die Frage.

Hierzu drei Beiträge. Keine Antworten, aber doch mehr als Feststellungen. Nur Ungereimtheiten beim Vergleich mit der aktuellen Politik des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes? Urteilen Sie selbst.

#### 1. glossiert Ein Erlebnis

Es war einmal. - So fangen nicht nur Märchen an, sondern auch Geschichten, die das Leben schreibt.

Am Samstag schlug ich wie jeden Tag die Zeitung auf und durchsuchte diese intensiv nach seriösen Stellenangeboten. Dieses Mal hatte ich Glück. Also setzte ich mich an meine Schreibmaschine, brachte meinen Lebenslauf auf den aktuellen Stand und formulierte entsprechende Bewerbungen. Nach zwei Wochen kam von einem Unternehmen die Nachricht, mich am 13.11. um 13 Uhr vorzustellen. Ich nahm den Termin als gutes Omen und stürzte mich in die Vorbereitungen.

Pünktlich 5 Minuten vor der Zeit war ich im Unternehmen, ein gutaussehender Herr mit ostfriesischem Dialekt begrüßte mich. Sofort begann das Gespräch zu meiner Ausbildung, den zusätzlichen Fortbildungen bzw. beruflichen Erfahrungen. Voller Stolz konnte ich mitteilen, daß ich acht Semester studiert und anschließend im Rahmen einer dreijährigen Industrieaspirantur promoviert hatte. Danach war ich zehn Jahre im Außenhandel tätig, und meine Englischkenntnisse waren nicht nur umgangssprachlich perfekt, sondern auch bestens geeignet zum Führen von Verhandlungen. Nach meiner Entlassung hatte ich mich auf dem Gebiet des Marketing ein Jahr weitergebildet und zusätzlich Grundkenntnisse in Französisch erworben. Nebenbei hatte ich zwei Kinder geboren und großgezogen. Zusätzlich hatte ich ein viertel Jahr Auslandspraktikum in Großbritannien absolviert.

Bis dahin war das Gespräch sehr unterhaltsam, und ich hatte den Eindruck, auch mein Gegenüber war angenehm von meiner Person angetan, denn die Anforderungen: Universitätsstudium, Promotion, langjährige Berufserfahrung, gute Fremdsprachenkenntnisse in Englisch und ausbaufähige in Französisch sowie Auslandspraktikum konnte ich für mich als positiv verbuchen.

Dann kam - fast nebenbei - die Frage: "Wie alt sind Sie?" Ich mußte eingestehen, daß ich gerade in mein siebenunddreißigstes Lebensjahr getreten war. Sofort wurden die eben noch so freundlichen Blicke des Ostfriesen düster, und das Gespräch war schnell zu Ende gebracht mit solchen allgemeinen Floskeln wie "Man werde sich innerhalb der nächsten 14 Tage bei mir melden". Die Ablehnung kam schon nach fünf Tagen. Man teilte mir kurz und knapp mit, daß sie nichts mit meiner Person zu tun habe, aber eine Einstellung nur bis maximal 30 Jahre möglich wäre.

Rechnet man zurück, welche Anforderungen an die einzustellende Person gestellt wurden, so kommt man nach Adam Riese zu der Feststellung, daß ich mit 12 Jahren mein Studium hätte beginnen müssen, um diesem Herren und seinen Bedingungen gerecht zu werden. Welche Frau kann das bzw. welcher Mann kann sich melden, der dies bereits geschafft hat?!

#### 2. popularisiert

Projekt "Teilzeitarbeit"

Mit der Studie zur Popularisierung von Teilzeitarbeit wollen wir einen Beitrag leisten, um der hohen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ziel sollte es sein, mehr Beschäftigung an Stelle von Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die Teilzeitarbeit ist eine Möglichkeit, die Beschäftigtenzahl zu erhöhen. Jedoch besteht noch immer ein Defizit an Kenntnissen über die Vielfalt und Variationsbreite flexibler Teilzeitmodelle. Zu oft wird Teilzeitarbeit mit starrer Halbtagsarbeit gleichgesetzt. Die vorhandenen Hemmnisse und Vorurteile gegenüber flexibler Teilzeitarbeit, besonders für qualifizierte Beschäftigte, sollten abgebaut werden.

Daraus resultierend konnten wir während unserer bisherigen Untersuchungen folgende Widersprüche und Ungereimtheiten feststellen:

Die Akzeptanz der Teilzeitarbeit bei Arbeitnehmern ist wesentlich größer als die Statistik des Arbeitsamtes aussagt.

Die Statistik der Teilzeit-Arbeitsuchenden des Arbeitsamtbezirkes Jena weist eine rückläufige Tendenz auf. Der prozentuale Anteil ging von 6,9% im Jahr 1991 trotz ausgeprägter Popularisierung kontinuierlich auf einen Wert von 3,6% im Jahr 1995 zurück.

Das Interesse an einer Teilzeitbeschäftigung wäre sicher wesentlich höher, wenn nicht leistungsrechtliche Nachteile entstehen würden. Ein auf dem Arbeitsamt registrierter Arbeitsloser, der eine Teilzeit-Arbeitsstelle sucht, erhält nur ein anteiliges Arbeitslosengeld trotz vorangegangener Vollzeitbeschäftigung. Um volles Arbeitslosengeld zu beziehen, muß der Arbeitslose dem Arbeitsamt für eine Vollzeitarbeit zur Verfügung stehen. Demgegenüber besteht nach eigener Umfrage bei 33 % der befragten Arbeitslosen der Wunsch nach Teilzeitarbeit.

Angebot und Nachfrage an Teilzeitarbeitsplätzen stimmen nicht überein.

Betrachtet man die Beschäftigten im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt als potentielle Arbeitslose, so ergab sich, daß von den insgesamt 764 zur Akzeptanz von Teilzeitarbeit befragten Arbeitnehmern 56,7% Arbeitsuchende sind. Hiervon sind insgesamt 36,9% bereit, eine Teilzeitarbeit aufzunehmen. Dies ist ein Potential, welches bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beachten ist und das in keinem Verhältnis zur Anzahl der offenen Teilzeitstellen im Arbeitsamtsbezirk Jena (13,1% der insgesamt offenen Stellen) steht.

Hier sind die Unternehmen gefragt, besser auf die Arbeitnehmerwünsche zu reagieren und mehr qualifizierte flexible Teilzeitarbeit anzubieten. Seit 1985 ist im Beschäftigungsförderungsgesetz geregelt, daß arbeitsrechtlich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte gleich zu behandeln sind. Hier besteht noch ein großer Nachholbedarf. Eine Aufwertung der Teilzeitarbeit ist unbedingt notwendig; für die erbrachte Arbeit muß auch ein leistungsgerechter Lohn gezahlt werden.

Die ausdrückliche Orientierung der Arbeitsmarktpolitik zur verstärkten Integration der Teilzeitarbeit in den Arbeitsprozeß steht im Widerspruch zu den unzureichenden Rahmenbedingungen für die Teilzeitarbeit.

Die Befragung von 764 Arbeitnehmern ergab, daß das Interesse und die Akzeptanz von Teilzeitarbeit bei günstigeren Rahmenbedingungen noch wesentlich höher wäre (ca. 70%); 68% der Befragten gaben an, finanzielle Probleme bei verkürzter Arbeitszeit zu haben.

In diesem Zusammenhang muß man unterscheiden: Teilzeitarbeit als Zuverdienst oder Teilzeitarbeit als Existenzgrundlage.

Zur Zeit werden viele Arbeitnehmer, besonders Alleinerziehende oder solche mit arbeitslosen Partnern, aus finanziellen Gründen daran gehindert, ihrem Teilzeitwunsch nachzugehen. Die Wahrscheinlichkeit, während einer Teilzeitbeschäftigung entlassen zu werden, ist größer als die Möglichkeit zur Rückkehr auf einen Vollzeitarbeitsplatz. In diesem Zusammenhang müssen auch die Einbußen bezüglich des späteren Rentenanspruches genannt werden. Geringere Beitragszahlungen in die Rentenkasse, bedingt durch die kürzere Arbeitszeit, verursachen einen geringeren Anspruch.

Überstundenabbau durch Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze.

Ein eklatanter Widerspruch ist, daß 1995 in Deutschland nachweislich ca. 2,6 Mrd. Überstunden (geschätzt: 4 Mrd.) geleistet wurden, während ca. 4 Mio. Menschen ohne Arbeit waren (mit 2. Arbeitsmarkt/ Umschulung/Fortbildung: ca. 6 Mio. Personen); Tendenz beider Positionen: *steigend*. Rein rechnerisch könnten allein durch den Abbau von Überstunden 1,5 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden; realistisch wäre immerhin noch eine Größenordnung von etwa einer Million Arbeitsplätzen. Ein Großteil der Überstunden wird unentgeltlich geleistet; eine hohe Dunkelziffer aber wird schwarz geleistet und steuerfrei abgegolten. Einerseits sind viele Arbeitnehmer an Mehreinnahmen aus Überstunden interessiert bzw. darauf angewiesen, andererseits ist für

Arbeitgeber die Anordnung von Überstundenarbeit kurzfristig noch immer die kostengünstigste Variante, um auf Auftragsspitzen zu reagieren. Trotzdem wirken Dauerüberlastung und Frustration der Mitarbeiter langfristig kostensteigernd. Wo das Stundenguthaben der Arbeitnehmer einen Umfang annimmt, der nicht mehr abgebaut werden kann, ist die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte unumgänglich, um Arbeitsvolumen und Arbeitskräftekapazität in Übereinstimmung zu bringen.

Gute Ansätze konnten wir in unseren Befragungen sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite feststellen: Von den 1996 befragten Arbeitgebern sehen 55,9% den Abbau von Überstunden als Grund für die Schaffung neuer Teilzeitarbeitsplätze an. 32,5% der 1995 befragten Vollzeit-Arbeitnehmer wünschen sich eine kürzere Arbeitszeit, darunter alle, die mehr als 6 Überstunden pro Monat leisten müssen. Das bedeutet vorrangig den Wunsch nach Abbau der Überstunden.

#### 3. reintegriert

Projekt "Beschäftigungsschaffende Wirkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen"

Bei der Untersuchung der Wiedereingliederung von Teilnehmern an Fördermaßnahmen im Arbeitsbeschaffungs- bzw. im Bildungssektor in den regulären Arbeitsmarkt haben sich eine Reihe interessanter Zusammenhänge gezeigt:

#### Allgemeine Gesichtspunkte

In den Jahren 1991 und 1992 konnten deutlich günstigere Quoten für die Reintegration in den regulären Arbeitsmarkt festgestellt werden als in den Jahren 1995 und 1996. Dies hängt sicher damit zusammen, daß der gesonderte *Umstrukturierungsprozeβ* der Wirtschaft in den "Neuen Bundesländern" im wesentlichen *abgeschlossen* ist. In den letzten Jahren näherten sich die Werte den Zahlen an, wie sie für die Quote von Langzeitarbeitslosen in den "Alten Bundesländern" typisch sind. Die positiven Effekte des aktiven Strukturwandels schwächen sich deutlich ab.

Das in den letzten Jahren, insbesondere ab 1995 beobachtete deutliche Ansteigen einer saisonunabhängigen Sockel- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit muß als Folgerung der ständig fortschreitenden Rationalisierung von Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten angesehen werden und fordert daher zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Problem der gerechteren Verteilung der verbleibenden Arbeit auf.

Ein möglicher Lösungsansatz ist die Stabilisierung der Trägergesellschaften für Projekte des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, die auch zukünftig eine wichtige Rolle als eine soziale Komponente der Marktwirtschaft spielen werden.

Es hat sich gezeigt, daß die Zeitdauer einer Arbeitslosigkeit vor Beginn einer ABM-Tätigkeit für die Vermittlungsrate eine wesentliche Rolle spielt. Eine längere Arbeitslosigkeit verringert den Erfolg der Wiedereingliederungsversuche deutlich. Offenbar spielt die Erhaltung des Wissens und des Sozialverhaltens durch sinnvolle ABM-Tätigkeit eine wesentliche Rolle.

Das neue AFRG bewirkt mit seiner zu ausschließlichen Orientierung auf Langzeitarbeitslose in der Zuweisungspraxis für ABM leider genau das Gegenteil.

Momente und Gesichtspunkte im Reintegrationsgeschehen

#### Personenbezogene Momente:

- Grundsätzlich gilt, daß mit Arbeit, auch in den befristeten Projekten der Arbeitsförderung, immer *Leistung* erbracht werden muß.
- Die vielfach in der Literatur angegebene Vorstellung, daß eine Bereitschaft zum Berufswechsel aus eigenem Entschluß bzw. durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in einen neuen Beruf die Reintegrationschancen steigere, galt in den "Neuen Bundesländern" in dieser Absolutheit nur im Zeitraum der massiven Umstrukturierung, d.h. in den Jahren 1991 bis 1994. Zur Zeit gibt es in kaum einer Branche eine größere Anzahl freier Stellen, so daß Umgeschulte aufgrund ihrer naturgemäß geringen Zeiten praktischer Tätigkeit im neuen Beruf gegenüber Bewerbern, die direkt aus dem betreffenden Beruf kommen, nur recht geringe Aussichten haben.
- In gleicher Weise ist die stärkere Orientierung auf dienstleistende Berufe zwar insgesamt ein Trend der wirtschaftlichen Entwicklung. Die ausgesprochen starken arbeitsmarktpolitischen Erfolge einer solchen Hinwendung sind jedoch ebenfalls als eine Besonderheit der Umstrukturierung zu sehen und lassen sich nicht dauerhaft reproduzieren.
- Uneingeschränkt gilt dagegen, daß die Bereitschaft zum Ortswechsel bzw. zu längeren Anfahrtswegen oder die Bereitschaft zur Akzeptanz unkonventioneller Arbeitszeiten die Chancen, in reguläre Arbeit zu kommen, deutlich fördern. Die bewußte Ausnutzung dieser Sachverhal-

te ist bei vielen Arbeitsuchenden in Thüringen noch recht unvollkommen ausgeprägt.

- Gleichfalls bestätigt wurde, daß die Vermittlungsaussichten mit zunehmender Wartezeit vor einer geförderten Maβnahme sinken. Diese Aussage findet sich auch in Bewertungen der Arbeitsvermittlung. Im Widerspruch dazu werden von einigen Arbeitsämtern Vermittlungen in geförderte Tätigkeit fast nur nach Absolvierung einer gewissen Wartezeit vorgenommen. In diesem Punkt ist insbesondere die Initiative des Betroffenen gefordert.
- Eine Verlängerung der Maßnahmedauer ist ambivalent zu sehen. Geförderte Tätigkeit bringt i.a. psychologische Vorteile durch Stärkung des Selbstbewußtseins und Erzeugen eines sichereren Auftretens. Bei Tätigkeit im oder nahe dem bisherigen Beruf steigen durch Sammeln verwertbarer Berufserfahrungen auch die Vermittlungschancen. Im Gegensatz dazu erzeugt allerdings eine weniger berufsbezogene Beschäftigung in manchen Fällen eine Versorgungsmentalität.
- Für Arbeitslose mit höheren Qualifikationen stellen geförderte Tätigkeiten das ausschließliche arbeitsmarktpolitische Förderinstrument dar. Es sollte weitestgehend genutzt werden, da beispielsweise in vielen Trägergesellschaften ein Mangel an geeigneten Projektleitern zu beobachten ist.
- Die genannten weichen Faktoren werden vielfach von dem harten Faktor "Alter" deutlich überlagert.

#### Sachbezogene Zusammenhänge:

- Unbestritten ist die erstrangige Bedeutung einer tragenden *innovativen Idee* nicht nur für den Erfolg einer ABM an sich, sondern auch für die Verbesserung der Vermittlungschancen der Teilnehmer.
- Obwohl Ausgründungen eher selten erfolgen, sollte dieses Ziel immer im Auge behalten werden, da sich in den meisten dieser Fälle eine stabile Dauerlösung für die Beteiligten ergibt.
- Aus ähnlichen Gründen gilt bezüglich des *Inhalts der Maßnahmen*, daß die Vermittlungsaussichten aus Maßnahmen technisch-technologischen Charakters günstiger sind als aus sozialen oder karitativen Maßnahmen. Der Bedarf an einer großen Zahl sozialer Dienste ist zwar vorhanden, kann aber von den potentiellen Trägern in Zeiten knapper Kassen kaum finanziert werden. Der Stellenwert solcher Tätigkeiten in der gesamtgesellschaftlichen Bewertung müßte zunächst deutlich erhöht werden.

- Zusätzlich erschwerend ist, daß für sozialfürsorgerische Maßnahmen im Rahmen von geförderten Tätigkeiten meist die notwendigen Ausbildungsabschlüsse nicht erworben werden können.
- Die pädagogisch-didaktische Qualität bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ist vorhanden, so daß dieser Faktor zwar als notwendige Bedingung anzusehen ist, jedoch keine Differenzierung in der Vermittlungsrate mehr ergibt.

#### Offene Probleme

- Das Erreichen einer Vermittelungsrate >50% für Beschäftigte in Fördermaßnahmen (FuU, ABM u.a.) wird immer schwieriger, da oft bereits in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen für solche Projekte bzw. Bildungsmaßnahmen die fachbezogenen Auswahlkriterien nicht ausschließlich wirken.
- Manche Teilnehmer an Förderprojekten erhalten de facto eine *verdeckte Sozialleistung* dadurch, daß eine Überbrückung bis zum Altersübergangsgeld erreicht oder ein neuer Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben wird. Offenbar wird dieser Nebeneffekt in einigen Projekten des geförderten Arbeitsmarktes gegenwärtig billigend in Kauf genommen. Im Interesse einer Steigerung der Vermittlungsquote wäre eine stärkere Trennung zwischen Projekten der Arbeitsförderung und Maßnahmen der sozialen Fürsorge erforderlich.
- Gelegentlich ist von einer Konkurrenzsituation zwischen ABM-Projekten und vor allem kleineren Gewerbebetrieben die Rede. Diese Situation ist jedoch deutlich ambivalent: Einerseits wird in manchen Fällen vermutet, daß Betriebe vor allem im Bereich der Landschaftspflege u.ä. Schaden durch Wettbewerbsverzerrung erleiden. Andererseits ziehen manchmal Betriebe Nutzen aus geförderten Projekten durch Zulieferung von speziellen Leistungen oder Geräten für ABM-Projekte oder durch Einstellung von Praktikanten aus FuU-Projekten zu günstigen Konditionen.

Resümee: Wettbewerbsfähigkeit - Wachstum - Beschäftigung: Teufelskreis oder Lebenszyklus? Noch ein weiter Weg!

Peter Beyer, Dr. rer. nat., ist Projektleiter im ReFIT e. V. und z.Z. arbeitslos. Elke Schreiber, Dipl. Ing.oec., ist Bereichsleiterin für Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit im ReFIT e. V. Dietrich Unangst, Prof. Dr. rer. nat. habil., ist 1. Vorsitzender des ReFIT e. V. und Rentner

#### Mit sozialwissenschaftlicher Begleitung zu erfolgreicher Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Erika Grimm Klaus Jacob Brigitte Stieler-Lorenz Berlin

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist die Situation ähnlich prekär wie in anderen Regionen der Bundesrepublik, 263 000 Menschen waren im Februar 1997 ohne Arbeit, die Arbeitslosenquote betrug im Berichtszeitraum 15,4%.

Mehr und mehr hat sich in der Wissenschaft und in zunehmendem Maße auch in der Politik die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sich dabei nicht um vorübergehende Erscheinungen handelt, sondern daß die Arbeitslosigkeit ein langfristiges Problem bleiben wird. Es bündeln sich hier Folgen der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft mit Wirkungen der tiefgreifenden Umstrukturierungen der Berliner Wirtschaft seit der Wende. Demzufolge müssen auch die Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit längerfristig angelegt sein und mehr als nur kurzfristige Wirkungen haben – sie sollen den Betroffenen Perspektiven auftun und sie nicht nur vorübergehend auffangen. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß es nicht ausreicht, sich auf die Entwicklung des regulären Arbeitsmarktes zu verlasssen. Seit über 20 Jahren werden in Deutschland auch die arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten genutzt, insbesondere auch, um Menschen in eine Beschäftigung zu bringen, deren Vermittlungschancen eingeschränkt sind.

In den letzten Jahren wurde vor allem im Ostteil Berlins deutlich, daß in zunehmendem Maße Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die über gute Qualifikationen verfügen, hoch motiviert und auch leistungsstark sind, aber z.B. wegen ihres Alters, ihrer Behinderung oder ganz einfach, weil sie alleinstehende Mütter sind, nur selten einen der immer weniger werdenden Arbeitsplätze finden können. Darunter sind auch engagierte Menschen mit Interesse an Existenzgründungen und an der Führung von Unternehmen.

In dieser sich eher verschärfenden Situation auf dem Berliner Arbeitsmarkt entschloß sich die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen für eine unorthodoxe Lösung - die Gründung von inzwischen über 40 Arbeitsförderbetrieben. Diese, einem Modell aus Niedersachsen angelehnte wirtschaftsnahe Unternehmenskonstruktion, ermöglicht einerseits die Erschließung unternehmerischer Potentiale aus dem Transformationsprozeß und zugleich - wie sonst kein anderes Modell - den Erhalt und die Weiterentwicklung der Leistungspotentiale der in diesen Arbeitsförderbetrieben integrierten und ohnedies meist langzeitarbeitslosen Menschen .

Die Notwendigkeit des Erhalts und der Weiterentwicklung des Leistungspotentials von qualifizierten Langzeitarbeitslosen ist wissenschaftlich längst nachgewiesen. Es zeigt sich, daß mit dem Verlust der Möglichkeiten, Qualifikation zu nutzen und weiter zu entwickeln, sehr schnell Verlust an Kompetenz ebenso folgt wie Erscheinungen von Desozialisation und damit nachlassenden Möglichkeiten und Potenzen, sich selbst aktiv in den Arbeitsmarkt und das Leben überhaupt einzubringen.<sup>2</sup>

Arbeitsförderbetriebe beschäftigen und qualifizieren in ihren Vermittlungschancen eingeschränkte Arbeitslose und führen auf ausgewählten Tätigkeitsfeldern gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten durch. Arbeitsförderbetriebe tragen somit dazu bei, wichtige regionale Aufgaben zu erfüllen.<sup>3</sup>

Das Finanzierungsprinzip dieser Arbeitsförderbetriebe zielt darauf ab, die Unternehmen zu stimulieren, möglichst rasch durch marktwirtschaftliches Agieren Eigenmittel zu erwirtschaften, die systematisch zu einer immer größeren Selbstständigkeit der Existenz dieser Betriebe auf dem freien Markt führen. Deshalb erfahren sie eine degressive Form der Personalkostenförderung. Die AFB nehmen so eine wichtige Brückenfunktion zwischen geförderter Beschäftigung und Tätigkeiten auf dem regulären Arbeitsmarkt ein. Zur Unterstützung des Managements der Arbeitsförderbetriebe auf betriebswirtschaftlichem Gebiet hat die zuständige Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen von Beginn an eine betriebswirtschaftliche Betreuung, verbunden mit einem entsprechendem Controlling, eingerichtet.

Sehr bald wurde jedoch deutlich, daß betriebswirtschaftliches korrektes Agieren allein das Überleben eines Unternehmens nicht sichern kann. Die Arbeitsförderbetriebe benötigen, wie viele Unternehmen auch, die bereits frei am Markt agieren, vor allem Kompetenzen dafür, die vorhandenen Mitarbeiterpotentiale für die Entwicklung der Betriebe zu nutzen und weiter zu entwickeln und dafür eine entsprechende Organisationsentwicklung in Gang zu setzen. In erster Linie aber müs-

sen sie über Kenntnisse und Instrumentarien zur ständigen Weiterentwicklung ihrer Unternehmensstrategien verfügen und das Unternehmen mit seinen Mitarbeitern befähigen, sich der Dynamik der marktwirtschaftlichen Turbulenzen immer wieder aufs neue anzupassen.

Es ist das Verdienst der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, die sich diesem neuen Instrument moderner arbeitsmarktpolitischer Förderung verbunden sah, zu erkennen, daß bei dieser Form der wirtschaftsnahen Arbeitsmarktpolitik auch wirtschaftsnahe Methoden der Kompetenzentwicklung in diesen Arbeitsförderbetrieben zum Einsatz kommen müssen. Ebenso wie moderne dynamische Unternehmen am Markt, die auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession erfolgreich weiter agieren, sich dazu moderner, auf die Erschließung und Entwicklung ihrer Mitarbeiter orientierten Managementkonzeptionen bedienen und sich dafür weiterbilden und beraten lassen, sollten nun auch die Arbeitsförderbetriebe in die Lage versetzt werden, diese überlebenswichtigen Potentiale zu erkennen, zu erschließen und weiter zu entwickeln.

Die Senatsverwaltung beauftragte deshalb ein Institut für arbeitspsychologische und organisationswissenschaftliche Forschung in Berlin, das in der Gestaltung moderner Personalentwicklungs- und Organisationsentwicklungskonzepte in frei am Markt agierenden Unternehmen bereits gute Erfahrungen sammeln konnte, diese Erfahrungen nunmehr an die Arbeitsförderbetriebe (AFB) weiter zu vermitteln.

Gemeinsam mit Vertretern der Senatsverwaltung wurde durch die Wissenschaftler ein Konzept für die Initiierung der Personal- und Organisationsentwicklung des Instituts in den ausgewählten AFB erarbeitet. Im Kern geht es darum, den Betrieben Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, um sich auf die harten Marktbedingungen einzustellen. Es sollen Wege und Methoden entwickelt und angewendet werden, die helfen, die eigenen Stärken zu erschließen, Schwächen abzubauen und die inneren Potenzen, die vor allem in dem überwiegend gut qualifizierten Personal liegen, zu nutzen. Gleichzeitig können durch die ständige Rückkoppelung zwischen Institut, Betrieben und Senatsabteilung kontinuierlich Informationen über zu verändernde Förderschwerpunkte übermittelt werden, die in die laufende Arbeit einfließen bzw. politische Entscheidungen vorbereiten helfen.

Bei der Arbeit an diesem Projekt bauten die Wissenschaftler auf Erkenntnissen zur entscheidenden Rolle von Personal und Organisation auf, die sie aus der umfangreichen Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen gewonnen haben. Diese Erfahrungen waren auf die spezifischen Bedingungen der AFB anzuwenden. Die Wissenschaftler gingen von folgenden Überlegungen, die sie mit den politisch Verantwortlichen abstimmten, aus:

- Der Übergang vom Arbeitsförderbetrieb zum marktwirtschaftlich agierenden Unternehmen erfordert ein modernes Personalmanagement.
- Die vorhandenen fachlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen der Mitarbeiter müssen in diesem Prozeß der Unternehmensentwicklung weiter entwickelt und weitestgehend genutzt werden.
- Von den Mitarbeitern und vom Management wird ein neues, unternehmerisches Verhalten erwartet; eine hohe Identifikation mit den Unternehmenszielen muß erreicht werden.
- Dafür werden Motivations- und Führungskonzepte benötigt, die das vorhandene Mitarbeiterpotential so erschließen, daß der Betrieb innovativ werden und sich derart seine Überlebenschanchen sichern kann.
- Effiziente Organisationsstrukturen müssen geschaffen werden, die die rasche Anpassung an neue Markterfordernisse ermöglichen und den Mitarbeitern auch breiten Handlungs- und Entwicklungsspielraum gewähren.

Aus all diesen Bedingungen und Aufgabenstellungen wird deutlich, daß besonders an das Management der AFB überdurchschnittliche Anforderungen gestellt werden. Auf die Zusammenarbeit mit dem Management wird daher im Projektverlauf besonderes Schwergewicht gelegt. Hier sind u.a. Anstöße zu eigener Strategiearbeit notwendig. Den Führungskräften werden durch die Projektarbeit überzeugend auch die positiven Effekte einer Arbeitsweise, die durchweg auf Mitarbeiterbeteiligung beruht, demonstriert. Das mit der Senatsabteilung abgestimmte Vorgehen sieht folgende Schritte vor:

Erstens: Analyse der vorhandenen Potentiale in den AFB im Hinblick auf Organisationsstrukturen, Stärken und Schwächen des Betriebes, Führung und Motivation, Mitarbeiter. Die Erarbeitung dieser verschiedenen Analysen erfolgte auf der Basis von Workshops mit den Mitarbeitern und dem Management sowie unter Nutzung von Statistiken und Erhebungen.

Zweitens: Entwicklung von Handlungskonzepten - wiederum gemeinsam mit dem Management und den Mitarbeitern. Hier geht es um strategische Entwicklungslinien für den Übergang zur marktwirtschaftlichen Arbeitsweise, um innere Organisationsentwicklung und Weiterbildungskonzepte u.dgl.

Drittens: Die Bildung von gemeinsamen Gestaltungsgruppen (Mitar-

beiter, Management, betreuendes Institut) auf freiwilliger Basis schließt sich an. Die Gruppen werden entsprechend den betriebsspezifischen Gestaltungsschwerpunkten gebildet, z. B. um die Anforderungen an die Mitarbeiter aus der Erschließung neuer Handlungsfelder zu bestimmen und eine Weiterbildungsplanung vorzunehmen.

Der abschließende Gesamtbericht an die Senatsabteilung beinhaltet auch Einschätzungen über die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen, Probleme der Finanzausstattung, Ableitungen für die Förderung einzelner Zielgruppen und weitere Vorschläge zu ordnungspolitischen Maßnahmen. Grundlegende Ergebnisse und Erfahrungen sollen dazu im folgenden kurz skizziert werden.

In Arbeitsförderbetrieben haben sich durch deren arbeitsmarktpolitische Zielausrichtung Personalstrukturen etabliert, in denen zwar - entsprechend der Zielgruppenförderung - deutlich mehr Frauen und Ältere (über 50 Jahre alt) tätig sind. Hinsichtlich der Qualifikationsstrukturen in den AFB zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Sie lassen folgende Typisierung der Arbeitsförderbetriebe nach dem Qualifikationsniveau zu:

#### · Facharbeiterbetrieb

Dieser Typ entspricht marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen mit vorwiegend gewerblichen Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten. Etwa 60% der Beschäftigten haben in den dazu vorgefundenen zwei Arbeitsförderbetrieben Facharbeiterabschlüsse, fast 20% sind Unund Angelernte.

#### · Akademikerbetrieb

Dieser Typ ist vergleichbar mit marktwirtschaftlich arbeitenden Ingenieurbetrieben mit qualifizierten Entwicklungs- und Beratungsleistungen. Etwa 80% der Beschäftigten haben Hoch- oder Fachschulen absolviert.

#### · Betrieb mit Mischqualifikationen

Dieser Typ entspricht eher qualifizierten Dienstleistungsunternehmen der Marktwirtschaft. Etwa die Hälfte der Beschäftigten in diesen Arbeitsförderbetrieben haben Facharbeiterabschlüsse, die andere Hälfte Fach- oder Hochschulabschlüsse erworben.

Somit ist festzustellen, daß die Personalpotentiale der Arbeitsförderbetriebe hinsichtlich des Qualifikationsniveaus - trotz Zielgruppenorientierung - mit marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen durchaus vergleichbar sind.

Die Analysen zeigten, daß in allen Unternehmen Reserven in der Or-

ganisation der Arbeit noch nicht voll erschlossen sind. So ergaben die sowohl mit dem Management als auch mit den Mitarbeitern durchgeführten Analysen und der gemeinsame Feedbackworkshop eine ausgeprägte Bereitschaft der Mitarbeiter, anspruchsvollere Arbeitsinhalte wahrzunehmen und ihr Leistungsvermögen stärker in die Entwicklung der jeweiligen Arbeitsförderbetriebe einzubringen.

Aus der Analyse der Mitarbeiterpotentiale ist hervorzuheben, daß die Mitarbeiter über ausgeprägte Motivationen zur Arbeit in den Arbeitsförderbetrieben verfügen. Die Identifikation mit den Unternehmen ist hoch, und es besteht ausgeprägte Bereitschaft zur Fortbildung, zum Einsatz auf anderen Arbeitsgebieten und zur Mitwirkung an der Weiterentwicklung der Unternehmen. Trotzdem gelingt es noch nicht in ausreichendem Maße, diese Potentiale für die Leistungsentwicklung der Arbeitsförderbetriebe zu erschließen und weiterzuentwickeln.

In den ausführlichen Diskussionen mit den Führungskräften und Mitarbeitern auf den Feedbackworkshops wurde deutlich, daß die Erwartungen des Managements an die Mitarbeiter noch nicht deren Anspruchsniveau gerecht wurde. So war es für das Management teilweise überraschend zu erkennen, daß ihre Mitarbeiter sehr wohl über das Aufwand-Nutzen-Verhältnis ihrer Arbeit nachdachten und großes Interesse an der Mitwirkung zur Lösung der vielfältigen Probleme des Unternehmens zeigten. Die Mitarbeiter demonstrierten während der Feedbackworkshops ein ausgeprägtes Problembewußtsein und äußerten Verbesserungsvorschläge. Gemeinsam wurde erkannt, daß viele der aufgezeigten Probleme nur durch Veränderungen in der Organisation der Unternehmen und in enger Verbindung mit einer gezielten individuellen Weiterentwicklung des Managements wie der Mitarbeiter erreicht werden kann. Vor solchen und anderen Herausforderungen stehen heute auch viele der bereits lange am Markt agierenden Unternehmen.

Der Veränderungsprozeß in den Arbeitsförderbetrieben wurde mit der Arbeit in Projektgruppen zielgerichtet fortgesetzt. Dabei reichen die Inhalte, die sich den Arbeitsförderbetrieben im Ergebnis der Analysen zur Personal- und Organisationsentwicklung als Aufgabe gestellt haben, von der gemeinsamen Erarbeitung bzw. Weiterentwicklung der Unternehmensstrategien (einschließlich Arbeit am Image der Unternehmen) über die Reorganisation von betrieblichen Abläufen bis hin zu einer gezielten Gestaltung von Prozessen des Lernens in der Arbeit.

Die bisherigen Analyseergebnisse zur Personal- und Organisationsentwicklung in Arbeitsförderbetrieben haben sowohl Stärken als auch Schwächen dieser Unternehmen aufgezeigt. Die wesentliche Stärke der Arbeitsförderbetriebe ist ihr qualifiziertes, mit dem Unternehmen identifiziertes und motiviertes Personal, einschließlich der Vertreter des Managements. Die vorgefundenen Bereitschaften zur Veränderung lassen auf die Möglichkeit schließen, das Überleben dieser Unternehmen am Markt zu sichern.

Umfang und Höhe der existierenden Lohnkostenfördermittel für die Beschäftigten der Arbeitsförderbetriebe im Land Berlin werden von den Geschäftsführern der Arbeitsförderbetriebe prinzipiell als angemessen bewertet.

Eine grundlegende Voraussetzung für das Überleben der Arbeitsförderbetriebe bei degressiver Förderung ist die Entwicklung unternehmerischen Verhaltens sowohl beim Management als auch bei den Mitarbeitern dieser Unternehmen. Bedingungen dafür sind flankierende ordnungs- und finanzpolitische Maßnahmen, auf deren Grundlage eine gezielte marktwirtschaftlich orientierte Personal- und Organisationsentwicklung, die vom Management und Mitarbeitern getragen wird, initiiert und realisiert werden kann.

Dies konnte in unterschiedlichem Maße durch die hier geschilderte Initiierung von Personal- und Organisationsentwicklung erreicht werden, da diese auf Impulse während einiger Monate beschränkt bleiben mußte (begrenzte finanzielle Mittel). Es galt, ein gemeinsames Verständnis (in einem sehr kurzen Zeitraum) zu entwickeln, wie betriebliche Flexibilität in den Arbeitsförderbetrieben gefördert und gleichzeitig den dort Beschäftigten Qualifizierungschancen eröffnet werden konnten. Eine längere begleitende externe Unterstützung wäre hier sicher sinnvoll und notwendig gewesen, da die zu vollziehenden Anpassungsprozesse an die Marktwirtschaft mit individuellen und organisationalen Lernprozessen verbunden waren.

Die hier vorgestellte Initiative zur Befähigung der Arbeitsförderbetriebe, den Herausforderungen einer marktwirtschaftlichen Arbeitsweise gerecht zu werden, ist Ausdruck eines erfolgreichen Zusammenwirkens von politischem Engagement und wissenschaftlicher Unterstützung und dafür, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Bereits nach dem zweiten Förderjahr zeigte es sich, daß die meisten Arbeitsförderbetriebe in der Lage sind, ca. 50% der Mittel selbst zu erwirtschaften bzw. erfolgreiche marktwirtschaftliche Existenzgründungen vorzunehmen. Der Weg der Arbeitsförderbetriebe von der Subventionierung zur wirtschaftlichen Selbständigkeit wird aufgrund der Tatsache, daß diese Betriebe genau jene Mitarbeitergruppen beschäftigen, die andere Un-

ternehmen aus wirtschaftlichen Gründen aus ihrer unternehmerischen Tätigkeit ausschließen, sicher über einen bestimmten Zeitraum weiter für bestimmte Zielgruppen einer Förderung bedürfen. Darüber werden von politischer Seite, von den Geschäftsleitungen der Arbeitsförderbetriebe sowie der sozialwissenschaftlichen Begleitung Entscheidungen vorbereitet. In den meisten Fällen hat sich das Modell der Arbeitsförderbetriebe als ein auf die Erweiterung von Humanpotentialen orientiertes Herangehen bei der Gestaltung wirtschaftsnaher arbeitsmarktpolitischer Instrumentarien bewährt und sichert den darin einbezogenen Menschen sinnvolle Arbeit bei Erhalt und Weiterentwicklung von Leistungsfähigkeit und Fähigkeit zur aktiven Bewältigung der Herausforderung des Lebens unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und erhöht nachweislich deren Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Erika Grimm, Dipl.-Soziologin, ist Projektleiterin bei der a&o research GmbH in Berlin. Klaus Jacob, Prof. Dr. oec., ist wissenschaftlicher Projektleiter ebendort. Brigitte Stieler-Lorenz, Prof. Dr. sc. oec., Wirtschaftswissenschaftlerin, ist Geschäftsführerin und Direktorin der a&o research GmbH, Institut für arbeitspsychologische und organisationswissenschaftliche Forschung

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Statistische Mitteilungen des Landearbeitsamtes Berlin-Brandenburg. Der Arbeitsmarkt im Landesarbeitsamtsbezirk, Februar 1997.
- <sup>2</sup> Vgl. Denisow, K./Grimm, E./Stieler-Lorenz, B.: Selbstkonzepte und Qualifikationsentwicklung, In: Zeitschriftfür Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 14. Jg., Heft 4, 1994. Grimm, E./Stieler-Lorenz, B.: Qualifikation und Langzeitarbeitslosigkeit. QUEM-report. Heft 32. Berlin 1995.
- <sup>3</sup> Referat der Senatorin für Arbeit und Frauen, Dr. Chrstine Bergmann auf der Fachtagung"Arbeitsförderbetrieb - Bilanz und Perspektiven unternehmensnaher Arbeitsmarktpolitik" am 6.10.1995

III.

Trotz Arbeitslosigkeit als Wissenschaftler kreativ

#### Wir arbeiten trotzdem

#### Frank-Lothar Herbert Berlin

#### A. Die Frage der Einheit

Die staatliche Einheit ist in Deutschland vollzogen. Wie vorsichtig doch dieser Satz formuliert ist! Man kann ja leider nicht einfach sagen: "Die deutsche Einheit ist vollzogen." Wa-

rum denn nicht? — Was fehlt denn noch? — Es fehlt die Einheit im geistigen Leben und im Gefühlsleben. Das betrifft keineswegs nur die politische und wirtschaftliche Ebene, wie jeder weiß, der aufmerksam die verschiedenartigsten Umfrageergebnisse in Ost- und Westdeutschland liest und vergleicht.

Wenn sich Ostdeutsche begegnen, die sich längere Zeit nicht gesehen haben, so ist die erste Frage: Hast du Arbeit? - Und gleich die zweite: Geht es dir besser oder schlechter als früher? Auf die zweite Frage hört man nicht selten die Antwort: "schlechter", auch dann, wenn es dem Betreffenden, rein ökonomisch gesehen, besser geht und ihm dies wohl bewußt ist. Leider wird dieses Phänomen in der öffentlichen Diskussion (und anscheinend auch im praktischen politischen Handeln) sehr oft leichtfertig als eine Art ostalgisches Nörgeln mißdeutet und abgetan. Der wahre Grund ist aber, daß sehr viele Menschen - vielleicht gar eine Mehrheit, wer untersucht das schon? - eine für sie schwer erträgliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Gesellschaft erleben, für die sie sich vor wenigen Jahren entschieden hatten, des real existierenden Kapitalismus. Welch gewaltige politische Auswirkungen aber ein solches Diskrepanzerleben politisch gebildeter und erfahrener Menschen haben kann, auch wenn sie in relativ gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, das hat die jüngste deutsche Geschichte am Beispiel der DDR gezeigt. Es war ja nicht die Idee des Sozialismus, die eine Mehrheit ablehnte, sondern die unerträgliche Diskrepanz zwischen dem mit der Idee verbundenen Anspruch und der erlebten, vor allem innenpolitischen, Wirklichkeit, zu der auch krasses ökonomisches Mißmanagement gehörte. Es kann hier nicht darum gehen, diese Situation endgültig zu bewerten; ich will nur zeigen,

welch unerwartete Kräfte unter der Decke des politischen Alltags verborgen sein können, und daß man sie ernst nehmen muß. Es ist hier ein Bündel von sozialwissenschaftlichen Kardinalfragen angedeutet, und das mag genügen, um die Bedeutung zu charakterisieren, die dieser Wissenschaftszweig gerade jetzt und hier haben sollte.

#### B. Fast eine ganze Wisssenschaftlergeneration ...

Für jeden historisch Belesenen ist es eine Binsenweisheit , daß nach politischen Umbrüchen die neuen Inhaber der Macht sich dauerhaft gegen restaurative Bestrebungen abgelöster Eliten sichern. Es gibt dazu zwei Möglichkeiten: Entweder man nimmt ihnen auf irgendeine Art die Wirkungsmöglichkeiten oder man macht sie zu Verbündeten. Welcher Weg in einer Gesellschaft mit humanistischem Anspruch den Vorzug verdient, bedarf keiner Erörterung. Was aber ist geschehen? Mit der politischen Wende wurde in Ostdeutschland fast eine ganze Wissenschaftlergeneration nach Hause geschickt und nicht mehr in Anspruch genommen, und — mehr oder weniger großzügig — mit einer Art Gnadenbrot ausgestattet, das aber die Möglichkeiten weiterer wissenschaftlicher Arbeit sehr weitgehend beschneidet. Damit meine ich in erster Linie den vorzeitigen Ruhestand mit an der "Beitragsbemessungsgrenze" gekürzten Bezügen. Diese Leute haben eben dem falschen Staat gedient.

Die folgende Überlegung macht mir und meinesgleichen noch viel ernstere Sorgen, uns, die wir erlebt haben, wie weitreichende Folgen politische Unvernunft und Kurzatmigkeit haben kannn: Von wem reden wir denn hier eigentlich? Ist denn die verbreitete Meinung überhaupt richtig, die Wissenschaftler der DDR seien eine Elite jenes "Unrechtsstaates" gewesen und müßten deshalb folgerichtig mit ihm von der Bühne abtreten? In welchen politischen Standpunkt man sich auch immer hineinzudenken versucht: die Betroffenen sind in ihrer weit überwiegenden Zahl keineswegs zu den auszutauschenden Eliten zu rechnen, von denen ich oben so leichtsinnig gesprochen habe. Für mich gibt es keinen Zweifel, daß auch unter ihnen seinerzeit eine klare Mehrheit sich für einen Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland "ohne Wenn und Aber" entschieden hatte und gegen Versuche mit einer erneuerten, vorerst weiter selbständigen DDR. Nun erleben sie, daß das Staatswesen ihrer Wahl sie offenbar gar nicht haben will. Unter ihnen sind zahlreiche international bekannte Naturwissenschaftler, Techniker, Mediziner, Philologen... Ich will nicht weiter aufzählen und verzichte hier auch auf Beispiele - jeder könnte mehrere nennen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich hier etwas geleistet, was meines Wissens einmalig ist: den Verzicht auf einen beträchtlichen Teil des wissenschaftlichen Potentials der Nation. Dafür, daß Forschungsstätten abgewickelt wurden, darunter solche mit weltweitem Ansehen, hörte und hört man vor allen zwei Gründe: Erstens soll die Intelligenz als privilegierte Schicht ihren ehemaligen Staat gestützt haben, so als wäre dies nicht in allen Staaten der Fall, als wären nicht in der Bundesrepublik die Professoren sogar Beamte und als wären nicht Privilegien, nämlich die großzügige Freistellung von allen materiellen Sorgen, geradezu eine Voraussetzung für die Entfaltung von Wissenschaft. Zweitens paßten viele außeruniversitäre Institute, vor allem solche, die zuvor der zentralen Staatsebene unterstanden, wie etwa das Zentralinstitut für Hochschulbildung, in dem der Autor dieser Zeilen arbeitete, wegen der Länderhoheit in Sachen Kultur nicht mehr in die Organisationsstruktur der Wissenschaft. Das ist richtig - aber kann man es als Grund für einen solchen Verzicht auf geistig-kulturelle Potenzen der Nation gelten lassen? - Über die personelle Erneuerung der Instituionen, die erhalten geblieben sind oder für die neue Organisationsformen gefunden wurden, insbesondere auch der Universitäten, will ich hier gar nicht sprechen. Jeder kann sehen, wieviele ostdeutsche Wissenschaftler dort noch tätig sind und in welchen Dienststellungen.

Wer aber wollte behaupten, daß wir in Deutschland, in der Welt von heute, auf Wissenschaftspotential verzichten könnten - ein Potential, dessen Ausbildung bereits (teuer) bezahlt ist? Es sind ja gleich zwei lebenswichtige Fragen, bei deren Lösung man in Wahrheit auf niemanden verzichten kann, der mitwirken will: unser Platz in der Weltwirtschaft und -kultur und die vieldiskutierte "innere Einheit", die natürlich nicht uniformiertes Denken und Fühlen, wohl aber ein Kontinuum des geistigen Austausches meint, in das alle Werte und Erfahrungen eingehen müssen, die wir Deutsche besitzen. Die Frage, inwiefern ostdeutsche Sozialwissenschaftler zur inneren Einheit beitragen können - und wenn sie gelingen soll, beitragen müssen -, beantwortet sich für mich an dieser Stelle fast von selbst, kennen doch Sie als Insider die besonderen Gegebenheiten, Werte und Unwerte, die sich in mehr als 40 Jahren deutscher Geschichte hier im Osten entwickelt haben, sind Träger der entsprechenden geschichtlichen Erfahrung und sogar solche, die darüber wissenschaftlich reflektieren gelernt haben.

#### C. Ergebnisse einer kleinen Studie

Vier Betroffene haben unter Leitung des Autors dieser Zeilen vor zwei Jahren eine kleine Studie vorgelegt, die erkunden wollte, wie Akademiker unterschiedlicher Berufsrichtungen die durch ihre "Abwicklung" unfreiwillig frei gewordene Zeit jetzt nutzen, in welchem Maße und in welcher Art sie noch kreativ tätig sein wollen und können, was sie dazu motiviert und was sie hindert. Die Studie trägt den Titel "Trotzdem kreativ" und ist mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) und der Arbeitsgemeinschaft QUEM (Qualifikation-Entwicklungs-Management), Storkower Str. 158, 10402 Berlin entstanden, Interessenten können sie noch beim Projektleiter kostenlos beziehen. Hier werden nur einige Kernaussagen in wenigen Sätzen wiedergegeben. Der Titel ist eher programmatisch aufzufassen, denn, trotz sehr großer individueller Unterschiede muß man feststellen, daß im Schnitt nur etwa 30% der früher für anspruchsvolle Aufgaben im Beruf verwendeten Zeit heute, im vorzeitigen Ruhestand oder in der Arbeitslosigkeit, für ungefähr vergleichbare kreative Tätigkeiten zur Verfügung stehen, auch bei ungebrochener Motivation. Ein großer Teil davon ist notwendigerweise dem Aufrechterhalten der Qualifikation, dem Verfolgen der aktuellen Entwicklungen des Fachgebiets etc. gewidmet. Tätigkeiten, die eine institutionelle Basis voraussetzen (z.B. ein Labor), scheiden von vorn herein aus, wenn sich nicht eine Gelegenheit dazu findet, manchmal bei nachgeordneten Arbeiten an dem Institut, das man verlassen mußte, manchmal in gemeinnützigen Vereinen, wo so mancher großen öffentlichen Nutzen stiftet, ohne daß ihm dieser von der öffentlichen Hand vergütet wird. Selbst die Spesen finanziert nicht selten die Familienkasse. Was Arbeitsmöglichkeiten mit ungemindertem fachlichen Anspruch betrifft, so haben Sozialwissenschaftler gegenüber anderen einen gewissen Vorteil, da ihr Fach weniger "hardware"-abhängig ist.

#### D. Was ist zu tun?

Es ist wohl müßig, den eingetretenen Schaden statistisch immer beweiskräftiger auszuweisen. Ebensowenig wird in absehbarer Perspektive mit einem Absinken der Arbeitslosenquote zu rechnen sein. Gerade deshalb müßten der politische Wille und entsprechende ordnungspolitische Instrumentarien entwickelt werden, um bei Wissenschaftlern ohne Arbeitsplatz jede Eigeninitiative zu wissenschaftlicher Arbeit unbürokratisch, auch finanziell, zu fördern. Auch hier spreche ich von allen Fächern, nicht nur von den Sozialwissenschaften. Sollte es z. B. nicht einen Versuch wert sein, Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, daß Akademiker, veranlaßt durch Arbeitsämter, fragwürdige Umschulungskurse besuchen oder in ABM unter ihrer Qualifikation zeitweilig tätig sind, stattdessen Fachverbänden und eingetragenen Vereinen, die ernsthafte Arbeit nachweisen können, zur Verfügung gestellt werden, so daß sich Wissenschaftler mit Projekten, die sie selbst entwickeln, direkt darum bewerben können? Fachverbände und andere, wirtschaftlich kontrollierbare Organisationen wie eingetragene Vereine und ähnliche Körperschaften könnten dann auch Wissenschaftlern, die außer knappen Arbeitslosen- oder Ruhestandsbezügen keine Einkünfte haben, die Spesen für Weiterbildung, Kongreßbesuche u.a.m. tragen helfen. Wir wissen aus unserer Untersuchung: Manch einer und manch einem würde schon das genügen!

Wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, sollte es nicht schwer sein, kleine Arbeitsgruppen zu bilden, die reifere Vorschläge ausarbeiten können. Sie müßten einen klaren Auftrag und die Gewißheit haben, daß ihr Arbeitsergebnis verwendet wird.

Frank-Lothar Herbert, Dr. paed., ist Dozent für Hochschulpädagogik im Vorruhestand und ehrenamtlich in der Bildungsarbeit, u.a. im SUPPORT e.V. Berlin, tätig

#### WISOC

Das Institut für Wirtschaftsund Sozialforschung Chemnitz e.V.

### Ralph-Elmar Lungwitz Chemnitz

 Das große Ziel:
 Wissenschaftler bleiben auch nach der Abwicklung

Während es in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland üblich war, zumindest denjeni-

gen Mitarbeitern, die politisch nicht über Gebühr belastet waren und als fachlich einigermaßen kompetent galten, eine weitere berufliche Chance einzuräumen, traf in den meisten sozial- und geisteswissenschaftlichen Hochschulbereichen das Schwert der Abwicklung gleichermaßen die Gerechten und die Ungerechten.

Während der Warteschleife im ersten Halbjahr 1991 formierte sich eine Gruppe von acht Wissenschaftlern (-innen) aus sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereichen der Technischen Universität Chemnitz (ehemals Karl-Marx-Stadt). Sie wollten weder arbeitslos werden, noch mochten sie sich mit dem Gedanken anfreunden, ihren künftigen beruflichen Lebensweg in der Welt der Finanzdienstleistungen (Versicherungsvertreter) oder als Kleinunternehmer im gastronomischen Bereich (Frittenbuden-Besitzer) zu gestalten. Im Vertrauen auf die alte Weisheit, wonach Krisenzeiten gute Zeiten für die Sozialwissenschaften seien, gründeten sie im Januar 1991 einen eingetragenen und gemeinnützigen Verein, das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz e.V. (WISOC).

Die zum damaligen Zeitpunkt noch äußerst großzügig fließenden ABM-Gelder erlaubten einen raschen Beginn der wissenschaftlichen Tätigkeit, erste Kontakte zu vergleichbaren Einrichtungen in den alten Bundesländern lieferten das Know How zum Betreiben eines Instituts und führten zur raschen Einbindung in gemeinsame Projekte, die sich mit dem Wandel in Ostdeutschland befaßten. Vor dem Hintergrund des damals noch breiten Interesses am Schicksal der Landsleute zwischen Elbe und Oder gelang es, Mittel zur Projektförderung von Einrichtun-

gen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Hans-Böckler-Stiftung und dem Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, um nur einige zu nennen, anzuzapfen. Fast wähnte man sich in den vielzitierten "blühenden Landschaften".

Bei WISOC kristallisierten sich vier Felder der Forschung heraus:
- Probleme des regionalen Arbeitsmarktes bzw. der Arbeitsmarktpolitik,

- Strukturwandel und Modernisierung in der ostdeutschen Industrie und im Handwerk,
- Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen in der ostdeutschen Industrie,
- Privatisierung, Strukturwandel, Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen in Ländern Ost- und Mitteleuropas.

WISOC erhält keinerlei öffentliche Mittel im Sinne einer Grundfinanzierung und lebt ausschließlich von eingeworbenen Forschungsprojekten. Diese Regelung weist den nicht zu unterschätzenden Vorteil auf, daß der Staat auch in Zeiten leerer Kassen kein Geld streichen kann. Sie verhindert die Entstehung von subventionierten Speckgürteln und hält uns lean und fit - dennoch würden wir uns wahrscheinlich zur Annahme einer Grundfinanzierung überreden lassen, wenn uns denn jemand eine solche anbieten würde.

Die Mitarbeiterzahl von WISOC unterliegt, in Abhängigkeit von der Zahl der Forschungsprojekte, starken Schwankungen. Der Durchschnittswert liegt bei ca. 7-8 Wissenschaftlern/-innen. Jeder von uns war bereits kürzer oder länger arbeitslos. WISOC konnte nur dadurch überleben, daß auch die arbeitslosen Kollegen/-innen unentgeldlich für das Institut tätig waren, in der Hoffnung, daß sich, früher oder später, auch für sie wieder ein Arbeitsplatz schaffen läßt. Die etwa in der Industrie häufig geforderte und als Defizit beklagte Mitverantwortung eines jeden für die Belange des Gesamtunternehmens ist die Existenzgrundlage des Instituts. Niemand kann sich allein auf "sein Forschungsprojekt" zurückziehen, auch wenn dieses einen "Full-Time-Job" darstellt.

#### 2. "Wer interessiert sich eigentlich für unsere Ergebnisse?"

Ob es uns nun gefiel oder nicht, mit unserem Institut hatten wir de facto ein Unternehmen gegründet. Als solches konnte es nur existieren, wenn es gelang, auf dem Wissenschaftsmarkt bedarfsgerechte Leistungen anzubieten. Zunächst konzentrierten wir uns auf das, was uns aufgrund

unserer Ausbildung und bisherigen Tätigkeit am nächsten lag, auf die akademische Sozialwissenschaft. Doch bald beschlichen uns gewisse Zweifel, ob dies wirklich das Marktsegment war, auf dem man sich als außeruniversitäre Einrichtung eine längerfristige Perspektive erarbeiten konnte. Das wohlwollende Echo einiger Fachkollegen aus den alten Bundesländern tat uns zwar sehr gut, konnte aber diese Zeifel letzten Endes nicht ausräumen. Konnte man die mehr oder minder zufällige Lektüre unserer Berichte und Artikel durch eine Handvoll Spezialisten, die sich mit dem gleichen Gebiet befaßten wie wir, als eine tragfähige Nachfragebasis interpretieren? Wie lange würde der Staat bereit sein, Geld für Leistungen auszugeben, die vor allem in Archiven und Bibliotheken vor sich hindämmerten? Also doch lieber Finanzdienstleistungen oder gastronomischer Kleinunternehmer? Wenn wir dies nicht wollten, mußten wir uns vom Leitbild traditioneller akademischer Forschung lösen und versuchen, uns als Dienstleister zur Befriedigung konkreter Wissensbedürfnisse regionaler Entscheidungsträger zu profilieren. Diesen Weg versuchen wir seit ca. zwei Jahren verstärkt zu gehen, ohne allerdings das Anliegen der akademischen Sozialwissenschaft gänzlich aufzugeben. Die hierfür einzusetzenden Tätigkeiten reichen vom Erheben und Auswerten von Daten mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung bis hin zur theoretischen Modellierung eines abgegrenzten Problembereichs. Wie viele andere ostdeutsche Unternehmen mußten auch wir lernen, daß das Angebot einer guten Leistung allein keineswegs ausreicht, um sich erfolgreich in einem Markt zu plazieren, sondern daß "weiche" Faktoren wie Bekanntheit, Image, Kontakte, Vertrauen, die Kenntnis von Problemen, mit denen sich potentielle Partner herumschlagen und der Zugang zu Informationen über Ausschreibungen, Förderprogramme u.a.m. von nicht geringerer Bedeutung sind. Deshalb gründeten wir 1996 einen regionalen Beirat, dem Vertreter örtlicher Unternehmen, Verbände und Verwaltungen angehören.

Diese regionale Aktivitäte bedeutet aber keineswegs einen Verzicht auf die internationale Wissenschaftskooperation. Schon sehr früh (1992) begannen wir mit dem Aufbau eines Netzwerkes von Sozialwissenschaftlern aus einer Reihe ost- und mitteleuropäischer Länder. Wir führten gemeinsame Konferenzen durch, publizierten gemeinsam, und bearbeiteten gemeinsam kleine Forschungsprojekte. Ein größeres Projekt zu "Managern in Ostdeutschland, Polen und der Tschechischen Republik" ist bewilligt und wird demnächst begonnen.

Wichtige Partner von WISOC in der Region sind das Arbeitsamt Chemnitz, das Landesarbeitsamt Sachsen und das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit.

1994 führten wir eine Untersuchung zum Verbleib von Teilnehmer (inne)n an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (FuU) im Arbeitsamtsbezirk Chemnitz durch. Das Arbeitsamt Chemnitz unterstützte dieses Projekt durch Bereitstellung einiger ABM-Stellen und von Sachmitteln, wenn auch zu weit weniger kulanten Konditionen als in der Gründungsphase von WISOC. Kernstück der Untersuchung war eine schriftliche Befragung von Personen, die an FuU-Maßnahmen teilgenommen hatten. Im Ergebnis konnte nachgewiesen werden, daß die Teilnahme an diesen Maßnahmen die Vermittlungschancen der Teilnehmer auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht hatte. Die mancherorts getroffene Vermutung, daß es sich lediglich um eine weitere "Hängematte" für Arbeitslose handeln könnte, wurde somit, zumindest für den Arbeitsamtsbezirk Chemnitz, widerlegt. Zwar können wir die politische Auswirkung dieser Studie nicht genau einschätzen, wir wissen aber, daß sie in politischen Diskussionen zwischen Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Landesregierung eine Rolle spielte.

Wir hängen nicht der Illusion nach, daß sozialwissenschaftliche Analyseergebnisse politische Entscheidungen auf direkte Weise beeinflussen könnten. Eine solche Annahme wäre utopisch, da sie den unterschiedlichen Charakter von Wissenschaft und Politik verkennt. Wenn aber derartige Ergebnisse in den demokratischen Diskurs eingehen, indem sie Themen und Fragestellungen beeinflussen, zur Relativierung überzogener Standpunkte beitragen oder zu Stellungnahmen nötigen, hat sozialwissenschaftliche Forschung viel erreicht.

Um einem Problem gerecht werden zu können, muß man es genau kennen. An diese alte Weisheit mag sich die sächsische Staatsregierung erinnert haben, als sie beschloß, im Rahmen ihrer Lehrstellenoffensive eine "grüne Ausbildungskarte" einzuführen. Diese Karte bekommen alle Schüler/-innen, die sich in diesem Jahr um eine Lehrstelle bewerben. Erfaßt werden damit in erster Linie die Tatsache eines abgeschlossenen Lehrvertrages, die Richtung der begonnenen Lehre und die jeweilige Ausbildungseinrichtung. Zwar ist die Misere auf dem Ausbildungsstellenmarkt in allgemeinen Zügen bekannt, doch sobald es um genaue Zahlen geht, blieb man bisher weitgehend auf Schätzungen und Vermutun-

gen angewiesen. Im Umlauf befindliche Zahlen sind denn auch mehr Ausdruck bestimmter Interessenlagen als Ergebnis einer objektiven Analyse. WISOC, unterstützt von der sächsischen Arbeitsverwaltung, ist der organisatorische Träger und wissenschaftliche Betreuer dieser Maßnahme, die zunächst eine Laufzeit von einem Jahr hatte. Nachdem diese Aufgabe erfolgreich bewältigt wurde, können wir mit einer Verlängerung des Projektes um ein weiteres Jahr rechnen.

#### 4. Probleme mit der öffentlichen Wissenschaftsförderung

Abgesehen vom traumatischen Erlebnis der Abwicklung sind unsere Erfahrungen mit der Politik durchaus positiv, was sicherlich auch damit zusammenhängt, daß wir keine großen Erwartungen in dieser Hinsicht hegten. Dennoch bewegen wir uns als außeruniversitäres Forschungsinstitut in einem Umfeld, das in vielfältiger Weise durch die Politik geprägt ist, die uns aus diesem Grunde nicht gleichgültig sein kann. Dies betrifft insbesondere die Funktionsweise der öffentlichen Wissenschaftsförderung. Deshalb möchten wir abschließend drei Probleme umreißen, die uns in besonderer Weise auf den Nägeln brennen.

Ein großes Problem besteht aus unserer Sicht in der sehr starken, ja zum Teil einseitigen Orientierung der öffentlichen Wissenschaftsförderung auf die Universitäten. Häufig erreichen uns relevante Informationen über Ausschreibungen oder Förderprogramme nicht oder nur zufällig. Sicherlich haben wir Verständnis dafür, daß die Universitäten versuchen, durch die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln einen Teil ihrer Haushaltsprobleme zu lösen, dennoch stellt sich die Frage, ob damit nicht wissenschaftspolitisch problematischen Entwicklungen Vorschub geleistet wird. Auch sozialwissenschaftliche Forschung muß sich unserer Auffassung nach verstärkt dem Kriterium gesellschaftlicher Nützlichkeit stellen, wobei wir von dieser Nützlichkeit durchaus eine breite Vorstellung haben. Nach unserer Erfahrung führt die starke grundlagentheoretische Orientierung der Universitäten auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften häufig dazu, daß mit öffentlichen Mitteln Forschungsprojekte bearbeitet werden, die letztlich nur für einen kleinen Kreis von Spezialisten von akademischem Interesse sind. Dagegen ist ein Institut wie WISOC im Interesse seines Überlebens geradezu dazu verurteilt. Fragestellungen aufzugreifen, die den Nerv potentieller Geldgeber auch außerhalb des unmittelbar akademischen Bereiches treffen. Zukunftsträchtig erscheinen uns problembezogene öffentliche Förderprogramme, in denen neben Naturwissenschaftlern, Technikern, Wirtschaftswissenschaftlern usw. auch Sozialwissenschaftler, sowohl aus dem universitären, als auch dem außeruniversitären Bereich, eine Chance der Beteiligung erhalten. Auch Landesprogramme zur Wirtschaftsförderung oder zur Förderung von Forschung und Entwicklung sollten verstärkt Mittel für eine anwendungsbezogene sozialwissenschaftliche Forschung bereitstellen.

Desweiteren müßte unseres Erachtens der Vorlaufcharakter problembezogener öffentlicher Forschungsprogramme stärker ausgeprägt werden. Häufig werden Forschungsmittel erst dann bereitgestellt, wenn die Probleme schon akut geworden sind (z.B. Lehrstellenproblematik). Andere Probleme, die erst längerfristig akut werden, werden dagegen eher stiefmütterlich behandelt. (Beispielsweise die Einrichtung eines flächendeckenden und wirtschaftlich tragfähigen Systems zur Erfassung und Aufarbeitung alter PKW.)

Ein drittes Problem ergibt sich daraus, daß viele forschungsfördernde Einrichtungen (z.B. EU) nur einen Teil der Projektkosten übernehmen. Gleiches gilt häufig auch für die Gewährung von ABM-Stellen durch die Arbeitsverwaltung. Eine solche Regelung zielt auf Einrichtungen, die entweder über öffentliche Haushaltsmittel oder über erwirtschaftete Gewinne verfügen, aus denen sie die restlichen Kosten finanzieren können. Beides ist bei WISOC nicht der Fall, auch deshalb, weil wir als gemeinnütziger Verein keine Gewinne erwirtschaften dürfen. Wir können also derartige Projekte nur akquirieren und bearbeiten, wenn es uns gelingt, die fehlenden Mittel aufzutreiben. In dieser Hinsicht wäre eine größere Bereitschaft staatlicher Stellen, uns durch Fördermittel zu unterstützen sowie eine größere Transparenz hinsichtlich der vorhandenen Möglichkeiten, wünschenswert.

Ralph-Elmar Lungwitz, Dr. phil., ist Institutsleiter des WISOC e.v. und arbeitet auf den Gebieten Management und Modernisierung in der Industrie Ostdeutschland, Polens und der Tschechischen Republik; Qualitätsmanagement; Industrielle Beziehungen

IV. Beispiel Industriesoziologie

# Industriesoziologie im Transformationsprozeß

Robert Hinke & Michael Behr Jena

Alle Träume eines schnellen Aufholens der ostdeutschen Wirtschaft sind geplatzt. Der Transformationsprozeß der ostdeutschen Industrie gilt mit der von der Treuhandanstalt vorangetriebenen und nunmehr abgeschlossenen Privati-

sierungspolitik für viele Beobachter und Akteure als beendet. Doch statt Wachstum ist vielerorts Abbau zu verzeichnen und ein anhaltender Substanzverlust im industriellen Sektor könnte die Entwicklungsoption eines stabilen sich selbst tragenden Aufschwungs in den neuen Bundesländern endgültig bis zum 'Sankt-Nimmerleinstag' verschieben. Zudem zeigen wirtschafts-, industrie- und beschäftigungspolitische Analysen zur Situation in Ostdeutschland ebenso wie öffentlich ausgetragene haushalts- und steuerpolitische Debatten, daß das Transformationsgeschehen - entgegen verschiedener Prognosen - weithin unabgeschlossen geblieben ist, daß es sich nach wie vor um einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß handelt, der beständig Handlungsbedarf einfordert.

Auch für die Industriesoziologie, die den wirtschaftlichen (industriellen) Umbruch und seine Folgen aus der Perspektive ihres Fachgebiets von Beginn an wissenschaftlich begleitete, stellt sich dieser noch immer als fortdauernder Veränderungsprozeß mit widersprüchlichen Entwicklungstendenzen dar. Industriesoziologie als empirische Wissenschaft sieht sich im Transformationsprozeß zweifach gefordert: Einmal als Gesellschaftswissenschaft, die die Umbrüche in Ostdeutschland in ihrer komplexen Dynamik methodisch-reflektiert beobachtet und theoretisch-analytisch einzufangen versucht. Zum anderen sieht sie sich mit dem Umstand konfrontiert, daß sie zunehmend mehr als eine beratendanwendungsorientierte sozialwissenschaftliche Disziplin in Anspruch genommen und insbesondere von den untersuchten Unternehmen um Anworten auf ihre Probleme gebeten wird.

Dem Spannungsverhältnis zwischen 'stiller Beobachter' und 'Akteur im Problemfeld' können und wollen sich SozialwissenschaftlerInnen vor allem in turbulenten Zeiten - nicht entziehen. Nur Beobachter zu

sein, würde einen Rückzug in den berühmten Elfenbeinturm der Wissenschaften bedeuten, dem jeglicher Gesellschafts- wie Praxisbezug abhanden käme. Lediglich als 'Akteur im Problemfeld' zu agieren, würde in einem orientierungslosen Pragmatismus enden, der den Verhaltensmustern betrieblicher Akteure keine eigene konstruktive Perspektive gegenüberstellen könnte. Daher fühlt sich die Industriesoziologie beiden Aspekten in einer 'produktiven' Balance verpflichtet.

Die Sensibilisierung für die eigenständige Bedeutung sozialer Bezüge in der betrieblichen Praxis, scheint um so bedeutsamer, als wichtige Weichenstellungen für die Modernisierung ostdeutscher Betriebe vor dem Hintergrund ganz bestimmter Handlungsmuster und Interpretationsweisen des Managements und der gewerblichen Unternehmensberatung getroffen werden. Immer wieder mußten wir am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena feststellen, daß die prekäre wirtschaftliche Lage mit der produkt-, fertigungs- und informationstechnischen Rückständigkeit ostdeutscher Betriebe allein nicht zu erklären ist. Nicht selten sehen sich auch gut ausgestattete Unternehmen mit dem Phänomen konfrontiert, daß sie zwar über technisch 'gute' Produkte, moderne Maschinen sowie über qualifizierte Beschäftigte mit hoher Betriebsbindung verfügen, gleichwohl aber - trotz immer noch deutlich geringerer Löhne und Gehälter wie längerer Arbeitszeiten als im Westen - auf dem Markt keine kostendekkenden oder gar gewinnbringenden Preise für ihre Produkte erzielen können.

Auf Konferenzen, in denen wir Zwischenergebnisse unserer Forschung mit betrieblichen Praktikern diskutierten, wurden oft genug Aha-Erlebnisse provoziert: einmal auf unserer Seite und im Hinblick auf unsere Forschungsarbeit, aber mehr noch auf Seiten ostdeutscher Manager. Daß zur Unternehmensführung weit mehr als Buchhaltung und ein gutes Erzeugnis gehören, gerät vor allem den ingenieurwissenschaftlich ausgebildeten ostdeutschen Führungskräften bisweilen aus den Blick. Umgekehrt scheint deren technizistisches Weltbild sowie die damit verknüpfte Unternehmensphilosophie selbst ein Handicap erfolgreicher Marktplazierung darzustellen. "Das Bessere setzt sich in der Marktwirtschaft durch, haben wir immer gedacht." Diese Äußerung eines mittelständischen Unternehmens steht repräsentativ für viele.

Demgemäße technizistisch-deterministische Leitbilder werden nicht nur auf die Beziehung zwischen Betrieb und Umwelt angelegt, sondern häufig auch auf die innerbetrieblichen Sozialbeziehungen selbst. Daß der Betrieb mehr als eine Input-Output-Maschine darstellt, ist den Ak-

teuren zwar bewußt, dennoch wird die soziale Dimension des Betriebes weder als Hemmnis noch als 'Kapital' der Modernisierung systematisch berücksichtigt. Betriebe sind keine normfreien Sozietäten. Diese Erkenntnis ist um so wichtiger, da die 'volkseigenen Betriebe' der DDR neben ökonomischen auch politische, soziale und kulturelle Aufgaben bündelten. Diese Aufladung der DDR-eigenen Erfahrungen mit lebensweltlichen Aspekten erzeugte spezifische Orientierungs- und Verhaltensmuster ebenso wie besondere Erwartungen an die betrieblichen Sozialbeziehungen, die mit der Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen weder automatisch 'abgestriffen' noch 'abgewickelt' werden können. Folglich können sie weder einfach negiert noch ignoriert werden. Als endogenes Modernisierungspotential sind sie als unternehmensstrategische Ressource 'einzukalkulieren'.

Die komplexen Reorganisationserfordernisse privatisierter Betriebe - zumal diese im Zeitraffer-Tempo erbracht werden mußten - sind kaum mit einem konzeptionellen 'Wurf' vorab und ohne das 'Mitspielen' sämtlicher Betroffener zu bewältigen. Dies wird nicht nur auf Seiten ostdeutscher Akteure vernachlässigt. Unserer Erfahrung nach haben gerade auch westdeutsche Führungskräfte die Komplexität des Transformationsprozesses unterschätzt. Denken erstere im Rahmen einer 'nachholenden Modernisierung', die insbesondere technizistischen Parametern folgt, sind letztere an einer 'Modernisierung' durch Übertragung westdeutscher Erfolgsrezepte auf ostdeutsche Verhältnisse orientiert. Beide Entwicklungsmodelle sehen von den spezifischen Bedingungen in den neuen Bundesländern und dort angesiedelter Betriebe ab. Daher werden vorhandene Potentiale nur suboptimal genutzt oder sind sogar kontraproduktiv wirksam.

Dies kann anhand eines Beispieles illustriert werden. Ein ehemaliger Zeiss-Betrieb, von westdeutschen Unternehmern erworben, zerfällt aufgrund verletzter Basisregeln des Miteinander in zwei Welten: die der Geschäftsführung und die der Werkstatt. Ist die Legitimität des westdeutschen Managements angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation des Betriebes ohnehin angeschlagen, so wird sie aufgrund der Verletzung eingeübter Verhaltensweisen wie enttäuschter Erwartungen auf Belegschaftsseite prinzipiell in Frage gestellt. Mangelnde Transparenz über unternehmenspolitische Zielsetzungen, die fehlende Einbeziehung der Beschäftigten bei der betrieblichen Umstrukturierung und 'Sanierungsschrumpfung' geben darüber hinaus Anlaß zu vielerlei Spekulationen und 'wildesten Gerüchten'. So zog selbst die rettende Idee der Geschäftsleitung, Ieerstehende Flächen zu vermieten, um Verluste im operativen Geschäft zu kompensieren, katastrophale Konsequenzen für das Betriebsklima, die Motivation und die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten nach sich und stellte die Autorität der Inhaber in Frage. Es gehe der Geschäftsleitung, so die Meinung der Beschäftigten, nur um die Immobilien, am Kerngeschäft bestehe kein Interesse, man wolle den Betrieb zu Tode schrumpfen usw.

Im genannten Unternehmen scheint die 'Vereinigung' im Betriebsalltag gescheitert zu sein. Geschäftsleitung und Belegschaft fühlen sich
um die 'Versprechungen' der Wende betrogen. Die anfängliche Euphorie der Belegschaft ist einer resignativen und instrumentellen Grundhaltung, einem massiven Mißtrauen gegenüber der Geschäftsleitung und
einer damit einhergehenden negativen Abgrenzung von den neuen
Inhabern gewichen. Die Geschäftsleitung, die an einer schnellen Anpassung wichtiger betriebswirtschaftlicher Kennziffern an das sogenannte
'Westniveau' interessiert war, zeigt sich enttäuscht. Kritik von Seiten
der Belegschaft, wenn überhaupt, dann allenfalls zurückhaltend formuliert, wird als ungerechtfertigt und ausbleibende Honorierung redlichen
Bemühens betrachtet.

Hier zeigen sich die Grenzen einer strikt an den 'hard facts' - etwa an die Erreichung ökonomischer Umsatzgrößen - orientierten Unternehmensführung. Trotz der Bemühungen der Geschäftsleitung um formale Einbettung der Firma in den neuen Wirtschaftskontext gefährdet die nicht geglückte Sozialintegration das ganze Unternehmen. Der 'Ausweg' aus der (inner)betrieblichen Misere in Richtung einer sozial unbedachten Bereinigung organisatorischer Dysfunktionalitäten, dem Ausbau bürokratischer und technischer Kontrollmechanismen würde, zumal in einer sich der tayloristischen 'Perfektionierung' sperrenden Werkstatt, zum 'klinischen' Tod der Unternehmung führen. Ebensowenig kann es selbstredend um eine 'Ausssetzung' finanzieller, organisatorischer und ökonomischer Fragestellungen zugunsten der 'Binnenkultur' des Unternehmens gehen. System- wie Sozialintegration sind weder unabhängig voneinander zu denken, noch zu haben.

Im Rahmen unserer Untersuchungen konnten wir im obigen wie in vergleichbaren Betrieben auf entsprechende Probleme der wechselseitigen Kommunikation und Wahrnehmung, das Manko technizistischer Leitbilder, der defizitären Informationspolitik, auf kontraproduktive Formen der Konfliktaustragung, der instrumentellen Arbeitshaltung, der mangelhaften Abstimmung zwischen den einzelnen Abteilungen etc. hinweisen und Hilfestellung bei deren Bewältigung leisten. Auf Basis unserer, den Betriebsparteien gegenüber neutralen Rolle, konnten

wir auf ein besseres Verständnis zwischen den Betriebsparteien sowie ein konstruktiveres und sachlicheres Klima im Unternehmen hinwirken. In Zusammenarbeit mit Geschäftsführern, Betriebsleitern und Betriebsrat konnten wir schließlich auf Seminaren und auf Abteilungsund Betriebsversammlungen die auf der Ebene des betrieblichen Sozialsystems liegenden 'Modernisierungsblockaden' benennen und erste organisatorische Lernprozesse zu ihrer Überwindung einleiten. Kurzum: Wir konnten der sozialen Dimension in den Modernisierungsprozessen zu ihrem Recht verhelfen. Eine übrigens auch von der staatlichen Förderpolitik vernachlässigte Größe im wirtschaftlichen Transformationsprozeß.

Ist man erst einmal aus dem Traum einer schnellen Aufholjagd Ostdeutschlands erwacht und bereit, die Ursachen für Rationalisierungsrückstände auch in den gewiß singulären Transformationsproblemen der betrieblichen Sozialsysteme zu sehen, so lassen sich den bisherigen Praktiken, sicher auch progressive Entwürfe und Konzepte entgegenstellen. Dabei wird Wissenschaft stets auf betriebliche Erfahrung angewiesen sein, insofern wir gelungene Lösungsstrategien nur in der Praxis selbst aufspüren können. Solche Betriebe liefern uns die Beispiele, die es uns ermöglichen, anderen Betrieben exemplarische Problemlösungsmuster zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten anzubieten. Die Industriesoziologie kann ihren Beitrag hierzu leisten, eingeschlagene Wege zu überdenken und frischen Wind in den betrieblichen Alltag hineinzutragen. Ohne materielle und organisationale Stützung seitens der Politik kommt aber auch sie nicht aus.

Michael Behr, Dr., ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller Universität Jena. Robert Hinke, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter ebendort

# Vom Dilemma mit den Ost-Managern

Peter Glotz Freiberg Ostdeutsche Führungskräfte haben in der Öffentlichkeit keinen guten Ruf. Sie gelten in der Marktwirtschaft als unerfahren und durch die Planwirtschaft, verbogen". Die Liste der ihnen nachgesagten Defizite ist lang und bezieht sich

besonders auf: Marketingfähigkeiten, betriebswirtschaftliches Wissen, Mitarbeiterführung, Selbständigkeit, juristische Kenntnisse, Risikobereitschaft, Sprachen, Gewinnorientierung, Beherrschung moderner Technologien... In den in Mode gekommenen Vergleichen mit West-Managern haben sie stets das Nachsehen. So erscheinen sie im allgemeinen als "Mängelwesen"

Damit nicht genug: frühere Tätigkeit als sozialistischer Leiter in DDR-Betrieben erweckt heute noch Mißtrauen. Häufig gelten sie wegen damaliger Staatsnähe, Parteizugehörigkeit und tatsächlicher oder vermeintlicher Privilegien als "belastet". Vorwürfe wie "Werkzeug der SED-Herrschaft", "diktatorisches Verhalten" oder "alte Seilschaften" machen die Runde.

Solche Meinungen hört und liest man von Politikern und in den Massenmedien; man begegnet ihnen auch auf der Straße und an Stammtischen. Mag sich in letzter Zeit die Entrüstung etwas gelegt haben, die vorwiegend negative Sicht auf den ostdeutschen Manager ist geblieben. Er paßt nicht ins heutige Bild. In den führenden Wirtschafts- und Managementjournalen sucht man oft vergebens nach Erfahrungsberichten oder Porträts von ostdeutschen Managern, und das ebwohl sie derzeit meist bedeutend schwierigere Probleme zu meistern haben als ihre Kollegen im Westen Deutschlands. Eigentlich müßten ihre Erfahrungen und Erlebnisse im Transformationsprozeß für die Öffentlichkeit wichtig und von Interesse sein.

Die anhaltende wirtschaftliche Talfahrt im Osten nährt die Negativmeinungen. Frühere "Leitungskader" werden häufig für die Wirtschaftsmisere sowie für Schwierigkeiten im Privatisierungsverlauf verantwortlich gemacht. Systemdefekte (z.B. Kapitalschwäche, Marktzugänge, fehlende Lobby) werden auf diese Weise personifiziert. Hinzu kommen auch schlechte Erfahrungen mit "West-Importen" und Abzockern.

Angesichts dieser verbreiteten Negativsicht des ostdeutschen Managements fragt man sich, wer eigentlich den vorausgesagten und dringend notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung steuern und realisieren soll. Ohne befähigte und engagierte Manager dürfte das kaum zu machen sein. Die negative bis skeptische Beurteilung eines großen Teils der heutigen ostdeutschen Führungskräfte untergräbt jedoch die Positionen des Managements und schwächt letztlich die Unternehmen.

Eine realistischere Sicht tut not. Die tatsächlichen Vorgänge im ostdeutschen Management bedürfen einer gründlichen sozialwissenschaftlichen Analyse. Gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Ladensack (Halle) habe ich von 1993 - 1995 das von der KSPW geförderte Forschungsprojekt "Reorganisation des Managements in den neuen Bundesländern" bearbeitet.<sup>1</sup>

Zu Beginn unserer empirischen Erhebungen "vor Ort" gab es ein aufschlußreiches Erlebnis. Die Geschäftsleitung eines erfolgreichen sächsischen Chemieunternehmens, das inzwischen zu einem internationalen Konzern gehört, erhob Bedenken gegen die Untersuchung. Ihr Haupteinwand war, daß es im Unternehmen fast ausschließlich Führungskräfte gibt, die auch früher im VEB schon eine Leitungsfunktion hatten. Offenbar war man der Meinung, nichts neues vorweisen zu können. Auch eine Art "schlechtes Gewissen" über etwaige Unterlassungen spielte eine Rolle. Auf die sogenannten Erfahrungsträger konnte und wollte man aber bei der Privatisierung nicht verzichten. Alle kompetenten und von der Belegschaft anerkannten Leiter übernahmen auch weiterhin verantwortungsvolle Positionen. Die Konzernleitung gab zeitweilig personelle Unterstützung (hauptsächlich in den Geschäftsbereichen Kaufmännisches und Marketing). Politische Betätigung und Parteizugehörigkeit vor der Wende interessierte sie nicht. Andere Bewerber gab es entweder gar nicht oder sie erwiesen sich als ungeeignet. Entscheidend war die Frage, wer bereit und in der Lage ist, das Unternehmen erfolgreich in die Marktwirtschaft zu führen. Das interessierte die Belegschaft primär. Auch von "Zweckehe" war die Rede.

Solche paradoxen Erscheinungen und Unsicherheiten sind keine Seltenheit. Unsere bisherigen Forschungsergebnisse zum ostdeutschen Management widersprechen in wichtigen Aussagen der verbreiteten öffentlichen Meinung. Sie können helfen, Vorurteile auszuräumen. Dafür sprechen viele Fakten. Eine Analyse von etwa 1000 Führungspositionen in 70 Unternehmen ergibt folgendes Bild:

Der größte Teil der ostdeutschen Führungskräfte (ca. 75 Prozent) sind ehemalige Leiter. Im Prozeß der Umgestaltung haben sie zwar häu-

fig ihre Position gewechselt, aber insgesamt verringert sich ihr Anteil bisher kaum. Für die meisten ist die Leitungsstufe gleich geblieben (41 Prozent laut durchgeführter Unternehmensumfrage bzw. 57 Prozent in den Fallstudien); ein kleinerer Teil hatte früher eine höhere oder niedrigere Position inne. Der Einsatz von Nachwuchskräften spielt mit 6 bzw. 3 Prozent eine geringe Rolle. Etwas häufiger sind aus dem Mitarbeiterkreis der Unternehmen geeignete Kräfte aufgerückt, meistens 1991 im Ergebnis von Stellenausschreibungen (ca. 9 Prozent). Etwa ein Drittel dieser Neubesetzungen mußte aus fachlichen Gründen später wieder rückgängig gemacht werden. Der Anteil von Führungskräften aus den alten Bundesländern beträgt lediglich 12 bzw. 7 Prozent.

Viele ostdeutsche Manager sind heute überwiegend erfolgreich. Ihre Akzeptanz in den Belegschaften bzw. Arbeitnehmervertretungen nimmt zu. Allgemeiner Stellenabbau und gezielte Evaluation bewirkten auch eine Auslese unter den Leitern. Die heutigen Führungskräfte sind meist hoch motiviert und bewerten ihre Tätigkeit im Verhältnis zu früher als positiver und attraktiver. 75 Prozent der befragten Führungskräfte äußern sich in diesem Sinne. Lediglich 3 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Als Gründe für die erlebte Attraktivitätszunahme nennen sie vor allem: mehr Handlungsspielraum, Selbständigkeit und Verantwortung, interessantere und komplexere Aufgaben, gerechtere Leistungsbewertung und Vergütung, Konzentration auf fachliche Probleme bzw. keine politische Arbeit, bessere Realisierungsmöglichkeiten für Aufgaben und Ideen. Solche Bedingungen und Managereigenschaften spielen heute nicht nur eine größere Rolle, sie motivieren auch viel stärker.

Die Führungskräfte sind außerdem qualifiziert, erfahren und erweisen sich als lernfähig. 91 Prozent verfügen über einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Vor ihrer jetzigen Funktion übten sie im Durchschnitt bereits 1,4 Mitarbeiter- und 2,4 Führungstätigkeiten aus. Zweifellos gibt es noch Defizite, aber sie verringern sich. Die erforderlichen marktwirtschaftlichen Kenntnisse eignen sie sich (laut Interviews, Mehrfachnennungen) hauptsächlich durch Lernen im Arbeitsprozeß (81 Prozent), Selbststudium (75) und Erfahrungsaustausch (69) an. Selstorganisiertes Lernen spielt bei ostdeutschen Führungskräften eine dominierende Rolle. Ihre eigenen, teils schmerzlichen Erfahrungen im Transformationsprozeß erweisen sich als bedeutsamer Wissensquell. Ein Geschäftsführer drückte das im Expertengespräch folgendermaßen aus:

"Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren ein wichtiger Trainingsprozeß. So haben wir die Spielregeln der Marktwirtschaft am besten kennengelernt... Das Lernen mußte schnell gehen. Für Lehrgangs-

besuche war nicht viel Gelegenheit. Den größten Teil haben wir uns autodidaktisch angeeignet. Viel haben wir an 'Fällen' gelernt. Die Führungskraft muß selbsterkennen, was ihr fehlt, um erfolgreich zu sein und wie sie bestimmte Lücken schließen kann. Wenn sie das nicht vermag, kann sie nicht Führungskraft sein."

Es ist an der Zeit, die überwiegend negative, skeptische und voreingenommene Beurteilung ostdeutscher Führungskräfte zu überwinden. Das ist nicht nur wirklichkeitsfremd und ungerecht, sondern richtet auch erheblichen Schaden an. "Nieten in Nadelstreifen" gibt es ohnehin auch anderswo.

Was wir brauchen, sind Strategien zur Erneuerung des Managements im Osten, aber auch im Westen. Unsere Untersuchungen liefern dafür brauchbare Ansätze. Ostdeutsche Führungskräfte bringen aus der Planwirtschaft nicht nur Mängel mit, sondern auch mancherlei Bewahrenswertes. Zu ihren Positiva gehören unter anderem: starkes Engagement für das Unternehmen, Krisenbewußtsein, hohe Qualifikation, Lernbereitschaft, kooperative und soziale Orientierung, Betriebs- und Leitungserfahrungen, Sparsamkeit, geringes Anspruchs- und Statusdenken, zunehmendes Selbstbewußtsein. Sie benötigen heute nicht nur modernes marktwirtschaftliches Wissen, sondern auch viel Mut, eine neue Legitimation gegenüber der Belegschaft und ein neues Selbstverständnis. Wir sollten sie in ihrem verantwortungsvollen Tun unterstützen, ihnen helfen. Das gilt für Politiker wie Sozialwissenschaftler. Dafür bedarf es auch noch weiterer Forschungen. Umso bedauerlicher ist es, daß neuerdings Forschungsmittel für solche wichtigen Themen kaum noch zur Verfügung stehen, zumindest nicht für ostdeutsche Wissenschaftler... Womit sich der Kreis schließt.

Peter Glotz, Prof. Dr. sc. phil., ist freiberuflicher Soziologe und Vorstandsvorsitzender des Weiterbildungsinstitutes Freiberg e.V.

#### Anmerkung:

Vgl. P. Glotz, K. Ladensack: Ostdeutsches Management im Wandel, Graue Reihe der KSPW 96-06, Berlin GSFP 1996

the state of the s

per torono, restriction and a service of the servic

orders are a requirementally of the control of the

Anhang -

# Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort Öffentliche Erklärung

Am 15./16. März 1996 kamen auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Edelbert Richter (SPD) in Weimar 110 Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen aus Ostdeutschland zusammen.

Der aktuelle Anlaß der Tagung war die Tatsache, daß in diesem Jahr sowohl die Arbeit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) als auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) als auch andere Forschungsprogramme auslaufen und viele kleine Institute, die nach der Wende entstanden sind, akut gefährdet sind.

Der tiefere *Grund* des Treffens war das Bedürfnis, sich angesichts der anhaltenden sozialen Dynamik seit 1989 neu auf die Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften zu besinnen und eine intensivere Zusammenarbeit mit der Politik anzubahnen. Die Sozialwissenschaften wollen sich wieder stärker in die Politik einmischen, und umgekehrt müssen ihre Erkenntnisse stärker bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Nur so können schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit vermieden werden. Die Sozialwissenschaften werden dann attraktiver für die Politik, wenn sie ihr mehr als eine Legitimation ihrer selbst entwickelten Optionen anzubieten haben.

Es ist keineswegs nur Selbsterhaltungsinteresse, wenn die Teilnehmer der Tagung erklären, daß das sozialwissenschaftliche Potential in Ostdeutschland gesichert und sogar ausgebaut werden muß. Dafür sprechen vielmehr eine Reihe gewichtiger Gründe:

Sozialwissenschaftliche Erkenntnis ist in modernen Gesellschaften grundsätzlich notwendig für die politische Entscheidungsfindung. Das ist angesichts bestimmter Tendenzen in der öffentlichen Diskussion zunächst festzuhalten (vgl. Die Zeit, 5.1.96).

Darüber hinaus bringt der Transformationsprozeß in Ostdeutschland neue wirtschaftliche und soziale Probleme und außergewöhnliche Steuerungsaufgaben für die Politik mit sich. Der Transformationsprozeß hat schon bisher eine Dynamik entfaltet, der die wissenschaftliche Einsicht wie die politische Einflußnahme kaum folgen konnten; es besteht immer noch Nachholbedarf für beide.

Zudem wirft er ganz neue und spezifische Fragestellungen auf, die einerseits die Forschung weiterführen können, andererseits die Zukunft ganz Deutschlands betreffen. Manche Probleme der deutschen Gesellschaft stellen sich im Osten deutlicher! Politische Leitbilder wie wissenschaftliche Hypothesen stehen gleichermaßen auf dem Prüfstand.

Die neuen Fragestellungen sollten aber vor Ort bearbeitet werden, weil der unmittelbare Erfahrungshintergrund bekanntlich den besseren Erkenntniszugang schafft. Der unbefangene Blick des ostdeutschen Sozialwissenschaftlers als Neuankömmling kann vorhandene Routinen und Verkrustungen aufbrechen helfen.

Schließlich genügt wegen der Langfristigkeit und Tragweite der Prozesse oft eine marktnahe empirische Forschung nicht, sondern ist auch kontinuierliche theoretische Arbeit notwendig, die öffentlich unterstützt werden muß.

An fünf konkreten Beispielen soll der wissenschaftliche Untersuchungsbedarf und der gleichzeitige politische Handlungsbedarf deutlich gemacht werden.

### 1. Produktionsmodernisierung ohne "weiche" Ressourcen?

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung, einem unvergleichlichen Deindustrialisierungs- und Selektionsprozeß und gewaltigen Modernisierungsanstrengungen in den verbliebenen Betrieben hat zwar eine kleine Gruppe von Unternehmen internationale Wettbewerbsfähigkeiterreicht, die große Mehrheit leidet aber immer noch unter einer hohen *Produktivitätsschwäche*.

Diese verbreitete Produktivitätsschwäche wird in der öffentlichen Diskussion meist aus fortbestehenden produkt-, fertigungs- und informationstechnischer Rückständigkeit erklärt. Sie ist jedoch auch und besonders auf die sogenannten "weichen Variablen" betrieblicher Systeme zurückzuführen, d. h. auf deren Organisation, die Personalwirtschaft, die Macht- und Interessenskonstellationen, die betrieblichen Sozialbeziehungen und kulturellen Traditionen.

So finden sich häufig trotz der dramatischen Umbrüche immer noch planwirtschaftlich-bürokratische Strukturen, die weder mit marktwirtschaftlich-tayloristischen noch mit den neuen, auf Modularisierung und Funktionsintegration zielenden Strukturen konkurrieren können. Zugleich machen sich die Spezifika der DDR-Tradition und des überstürzten Transformationsprozesses in Lern- und Modernisierungs-blockaden geltend.

Sowohl die Forschung als auch die Politik haben diese Problematik sträflich vernachlässigt. Während die Politik dreistellige Milliardensummen in die technische Modernisierung oder die bloße Subventionierung von Unternehmen gesteckt hat, wurde den "weichen" Produktivitätssperren und Modernisierungsblockaden kaum Beachtung geschenkt. Ebenso blieb in den von der KSPW finanzierten Untersuchungen die Frage der "weichen Strategieressourcen" ein Stiefkind.

Der Forschungs- und Handlungsbedarf auf diesem Gebiet ist unabweislich, denn von seiner Erfüllung hängt das Überleben eines Großteils der ostdeutschen Industrie in den nächsten Jahren ab.

# 2. Auflösung der Sozialpartnerschaft?

Im Zuge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurden die Institutionen des bundesdeutschen Systems industrieller Beziehungen (Tarifautonomie durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsrecht) auf Ostdeutschland übertragen. Damit ergaben sich allerdings zwei zentrale Probleme: Zum einen fehlten in Ostdeutschland Akteure, die über ausreichende Erfahrung im Umgang mit den neuen Regulationsformen verfügen; zum anderen zeigte sich, daß die verschiedenen Institutionen nicht auf die ostdeutsche Situation einer zusammenbrechenden Industriegesellschaft zugeschnitten sind. Unter diesen Bedingungen zeichnen sich zunehmend "ostspezifische" Entwicklungstrends ab, die die traditionellen und bewährten Muster der Arbeitsbeziehungen aus den Fugen geraten lassen: Durch den Schrumpfungsprozeß der ostdeutschen Betriebe gibt es kaum noch freigestellte Betriebsräte; in vielen ausgegründeten Betrieben existiert überhaupt keine betriebliche Interessenvertretung; unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen kommt es in vielen Betrieben zu "Überlebens- und Notgemeinschaftspakten" zwischen Management, Betriebsrat und Belegschaft, mit denen Standards der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen unterlaufen werden. So stellt sich die Frage, inwieweit in den neuen Bundesländern überhaupt noch eine flächendeckende, adäquate Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten existiert.

Auch das Institutionengefüge der Tarifautonomie befindet sich gegenwärtig in einer prekären Situation. Das distanzierte Verhältnis

zwischen den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern wie das instrumentelle Verhältnis vieler Betriebsräte zu den Gewerkschaften bedrohen die Funktionsweise des dualen Systems. Die Arbeitgeberverbände andererseits haben zunehmend mit Mitgliederschwund und Austrittsdrohungen der Betriebe zu kämpfen. In Ostdeutschland steht daher das herkömmliche Prinzip kollektivvertraglicher Regelung zur Disposition; der Flächentarifvertrag verliert an betrieblicher Geltungskraft; Arbeitsund Entlohnungsbedingungen werden zunehmend zum Gegenstand (teils informeller) betrieblicher Vereinbarungen von Management und Betriebsrat. Damit besteht die Gefahr einer zunehmenden sozialen Ungleichheit – sowohl zwischen verschiedenen ostdeutschen Betrieben und Beschäftigten als auch zwischen Ost- und Westdeutschland.

Der Forschungsstand zum Thema ist insofern relativ gut, als einschlägige Untersuchungen weitgehend übereinstimmend auf die geschilderten Problemlagen verweisen. Allerdings ergibt sich gerade aus den diagnostizierten Tendenzen eine erhöhte Notwendigkeit zu begleitender sozialwissenschaftlicher Forschung, nicht zuletzt um die Politik auf die damit verknüpften massiven sozialen Risiken (über die neuen Bundesländer hinaus) aufmerksam zu machen!

#### 3. KMU ohne berufsfachliche Arbeitsmärkte?

Der größte Teil der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland, der überlebt hat und überlebensfähig scheint, besteht aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Solche Klein- und Mittelbetriebe können auf Dauer nicht bestehen ohne eine gewisse *Flexibilität ihres Personaleinsatzes*: Bei einem Rückgang der Konjunktur oder des Absatzes eines bestimmten Produktes müssen sie Teile ihres Personals ohne große Kosten und Verzögerungen abbauen können. Und sie müssen ihr Personal schnell und ohne große Such- und Anlernkosten wieder aufstocken können, wenn ein neues Produkt läuft oder der Markt wieder anzieht.

Das setzt aber leistungsfähige berufsfachliche Arbeitsmärkte voraus, wie sie aus den alten Bundesländern bekannt sind! Sie sichern den freigesetzten Arbeitskräften die Chance, ohne Verlust von beruflichem Wert und Status einen neuen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb zu finden.

Solche berufsfachlichen Arbeitsmärkte gab es nun zum Ende der DDR-Zeit nur noch rudimentär, und der Transformationsprozeß hat eher zu ihrem weiteren Zerfall beigetragen. Es ist nicht gelungen, die Voraussetzungen ihrer Neuentstehung zu schaffen, denn das duale System der Berufsbildung hat nur in wenigen Branchen Fuß fassen können, und die Verbindlichkeit von Tarifnormen ist - wie schon gesagt aufgrund der Schwäche der Gewerkschaften und Verbände nicht sichergestellt.

Wieder ist die Herausforderung für die Forschung *und* für die Politik deutlich: Wie sollen die KMU ohne dieses Arbeitsmarktumfeld morgen noch überleben?

# 4. Jugend ohne Perspektive - Beschäftigung ohne Nachwuchs?

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Abiturientenquote und die Übertrittsquote in die zum Abitur führende Sekundarstufe II in Ostdeutschland im gleichen Umfang erhöht wie in den alten Bundesländern innerhalb von zwanzig Jahren! Handelt es sich dabei um eine erfreulich schnelle Angleichung an die Verhältnisse im Westen? Oder nicht vielmehr um eine Folge der Verunsicherung darüber, was man denn eigentlich machen und wie man mit den neuen Chancen, aber eben auch Risiken umgehen solle? Viele Abiturienten werden wahrscheinlich gar nicht studieren, sondern zunächst einmal reisen und dann doch eine Lehrstelle suchen. Der Grund der Verunsicherung liegt auf der Hand: das knappe und auch künftig ungewisse Angebot auf dem Lehrstellenund Arbeitsmarkt.

Da nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungsbereich das Personal abgebaut wird bzw. stagniert, kommt es auf der anderen Seite zu einer Abschottung der Beschäftigten gegenüber dem Arbeitsmarkt: Nachwuchskräfte werden immer weniger rekrutiert, die Masse der Beschäftigten verengt sich auf bestimmte Jahrgänge, und es tritt eine Verkrustung und Überalterung der Personalstrukturen ein.

Nimmt man beides - das Berufswahlverhalten der Jugendlichen und die Abschottung der Beschäftigungsstrukturen gegenüber dem Arbeitsmarkt - zusammen, so ergibt sich ein dramatischer Widerspruch, der nur durch die Schaffung einer enormen Zahl von Arbeitsplätzen gelöst werden könnte. Dafür aber stehen - jedenfalls ohne ein Eingreifen von Wissenschaft und Politik - die Chancen bekanntlich schlecht.

# 5. depressed aereas

Eine Möglichkeit für Jugendliche, die keine (angemessene) Lehrstelle bekommen, oder für qualifizierte Arbeitskräfte, die keinen Arbeitsplatz finden, ist die des Pendelns oder der Abwanderung. Sie wird seit der Wende schon in großem Umfang wahrgenommen.

Die Abwanderung beschleunigt sich und führt zur Verödung ganzer Regionen, wenn deren traditionelle Industrien zusammenbrechen und es sich um Gebiete handelt, die nicht einmal mehr über eine funktionierende Landwirtschaft oder ein am örtlichen Bedarf orientiertes Kleingewerbe verfügen. (Beispiel: Mansfelder Land)

Der Vergleich mit dem italienischen *Mezzogiorno* erweist sich dann als noch zu optimistisch, denn dort bestehen immernoch lebensfähige Reste traditioneller Ökonomie, auf die wenigstens Teile der Bevölkerung zurückgreifen können.

Die Sozialwissenschaft hat die Politik rechtzeitig auf solche möglichen Entwicklungen aufmerksam gemacht und muß dies weiter tun können, auch wenn sie bei den Politikern auf taube Ohren oder mangelnde Tatkraft stößt.

Die Beispiele ließen sich vermehren.

So führt die besorgniserregende demographische Entwicklung in bestimmten ländlichen Räumen Ostdeutschlands zu Fragen, die in den alten Bundesländern bisher kaum behandelt wurden, und ruft nach einer marktunabhängigen kontinuierlichen Forschung.

Die außerordentlich große Zahl dauerhaft aus der Erwerbsarbeit Ausgeschlossener und damit gesellschaftlich Marginalisierter (man denke an die Alleinerziehenden!) verlangt nach politischen Lösungen, die über die Sozialhilfe wirksam hinausgehen.

Es gibt bisher kein umfassendes Bild über die regionale Differenzierung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den neuen Bundesländern!

Ebenso fehlt bisher eine verläßliche und rasch anwendbare Methodik der Wirkungsanalyse arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen!

Schließlich sei noch auf die immer wieder angemahnte Verkoppelung von Industrie- und Strukturpolitik mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verwiesen. Auch in bezug auf dieses Schlüsselproblem gibt es nur Ansätze einer Lösung, die in einer intensiven Kooperation von Wissenschaft und Politik erst entfaltet werden müssen.

Die Sozialwisschenschaftler sind bereit, selber Netzwerke zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung und unter Einbeziehung auch von arbeitslosen Wissenschaftlern zu organisieren, um die komplexen Forschungsaufgaben bewältigen zu können.

Andererseits darf die Politik sich nicht aus ihrer besonderen Verantwortung für die Entwicklung in Ostdeutschland verabschieden. Daher und aus all den genannten konkreten Gründen richten die Sozialwissenschaftler folgende *Forderungen an die Politik* des Bundes und der Länder:

Die im Wissenschaftler-Integrationsprogramm noch Beschäftigten müssen eine neue Perspektive erhalten, ebenso diejenigen, die im Zusammenhang der KSPW und anderer Sonderforschungsprogramme gefördert wurden. Darum sollte die Gründung von An-Instituten betrieben werden und sollten andere Einrichtungen eine Grundförderung erhalten. Auch die Forschungskooperation, die die KSPW hergestellt hat, muß in geeigneter Form weitergeführt werden.

Angesichts des Scheiterns des Wissenschaftler-Integrationsprogramms sollten endlich Regelungen gefunden werden, die eine weitere Ausgrenzung ostdeutscher Sozialwissenschaftler aus den Universitäten verhindern.

Zur Unterstützung der in außeruniversitären Instituten entstandenen spezifisch ostdeutschen Forschungskultur sollten Finanzierungsmodelle und Förderprogramme entwickelt werden.

Dies betrifft mehr grundlagenorientierte, meist interdisziplinär arbeitende Institute, die "eine Pionierrolle in der Transformationsforschung" (D. Simon) eingenommen haben, sich von der disziplinbezogenen Forschung an den Universitäten unterscheiden und wichtige Serviceleistungen erbringen.

Das betrifft ebenso stärker empirisch orientierte Institute, die sich an angelsächsische Vorbilder halten. Ihre spezifisch regionale Ausrichtung macht sie zu attraktiven Partnern in der Politikberatung.

Ganz unzulänglich werden bisher die besonderen Kenntnisse genutzt, die ostdeutsche Sozialwissenschaftler in bezug auf Osteuropa haben: die Kenntnis der Sprache, der Kultur, des Wissenschaftsbetriebs, der Akteure und die ähnlichen historischen Erfahrungen. Diese andersartige Qualifikation eröffnet vielfältige Einsatzmöglichkeiten für und in Osteuropa und prädestiniert sie geradezu, als "soziale Dolmetscher" wirksam zu werden.

In bezug auf die *arbeitslosen Sozialwissenschaftler* (und zwar der gesamten Bundesrepublik) sollte der lange schon erhobenen Forderung Rechnung getragen werden, das brachliegende Potential, das sie darstellen, zunächst einmal in einer empirischen Studie oder einem Informationssystem zu erfassen. Das würde manche im Augenblick noch gar nicht vorstellbaren Projekte erst möglich machen.

Zur dringlichen Erhaltung dieser personellen Kapazitäten in Ostdeutschland muß zumindest eine stärkere Nutzung von ABM angestrebt werden, die im Forschungsbereich leider immer noch die Ausnahme bilden. Eine flexiblere Auslegung von § 249 h des AFG und eine differenzierende Behandlung dieser Berufsgruppe durch die Arbeitsämter wären hier erste Schritte.

Angesichts der Gefahren für den sozialen Frieden in Deutschland, die die Entwicklung in den neuen Bundesländern in sich birgt, schlagen die Teilnehmer der Tagung in Analogie zur bewährten Technikfolgenabschätzung die Einrichtung einer ständigen Sozialfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag vor. Sie sollte mit Analysen über die sozialen Folgen von technischen und ökonomischen Entwicklungen oder von politischen Entscheidungen die Legislative beratend unterstützen.

Um des regionalen Bezugs willen appellieren die Versammelten an die neuen Bundesländer, endlich *Sozialforschungsstellen* einzurichten, wie sie in den alten Bundesländern schon bestehen. Damit könnten die Mittel für die oft teuren und wenig aussagekräftigen Gutachten eingespart werden.

Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode

#### Entwurf

#### Antrag

der Abgeordneten Dr. Edelbert Richter, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Peter Glotz, Tilo Braune, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Peter Enders, Lothar Fischer, Stephan Hilsberg, Horst Kubatschka, Doris Odendahl, Günter Rixe, Dieter Schanz, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Berg), Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Reinhard Weis, ..., Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

# Einrichtung einer regelmäßigen umfassenden Sozialberichterstattung

# 1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Sozialwissenschaften ist in Deutschland mangelhaft. Während Politikberatung in den USA selbstverständlich ist, gilt sie hierzulande als Luxus. Es gibt eine verbreitete Scheu der Politik, ihre Entscheidungen der konzeptionellen bzw. empirischen Vorbereitung oder Überprüfung zu unterziehen, und ebenso gibt es seitens der Wissenschaft Vorbehalte, ihre Analysen mit einer praktischen Problemstellung zu beginnen und mit einer Politik-Empfehlung enden zu lassen.

Während bei den Wirtschaftswissenschaften (Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) und in Teilgebieten der Sozialwissenschaften (in bezug auf die Jugendpolitik) regelmäßige Berichterstattungen seit langem etabliert sind, gibt es eine solche Form für die Sozialwissenschaften insgesamt und ihren Gegenstand, Probleme und Entwicklungstrends der Gesellschaft als ganzer, nicht. Dies ist einerseits angesichts des Problemstaus in diesem Bereich und andererseits angesichts der hohen wissenschaftlichen Kompetenzen, die - allerdings verstreut - vorhanden sind, völlig unverständlich.

# 2. Der Deutsche Bundestag möge daher beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine jährliche, umfassende Sozialberichterstattung einzurichten. Die Berichte werden dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

Sie werden erstellt von bestehenden sozialwissenschaftlichen Einrichtungen, die zu diesem Zweck ein eigenes Netzwerk bilden. Bis auf eine kleine zentrale Organisationseinheit, die vom Bund finanziert werden muß, erfolgt die Finanzierung aus bereits vorhandenen Projektmitteln und Fonds.

### Die Sozialberichterstattung soll

- auf interdisziplinärer Forschung beruhen (Sozial-, Wirtschafts-, Rechts- und Umweltwissenschaften ),
- die zunehmende Bedeutung der europäischen und globalen Integration berücksichtigen,
- Unterschiede zwischen den Regionen deutlich machen,
- zu einer einheitlichen Daten- und Aussagenbasis zumindest im europäischen Rahmen beitragen,
- die Daten nicht nur zusammenstellen, sondern auch kommentieren,
- nicht nur den status quo beschreiben, sondern auch alternative Szenarien entwerfen,
- die sozialen Folgen von ökonomischen und technischen Entwicklungen abschätzen,
- die sozialen Folgen von politischen Entscheidungen untersuchen,
- eine kritische Begleitung der Politik sein.

Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode

#### Entwurf

### Antrag

der Abgeordneten Dr. Edelbert Richter, Tilo Braune, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Lothar Fischer (Homburg), Stephan Hilsberg, Horst Kubatschka, Doris Odendahl, Günter Rixe, Heinz Schmitt (Berg), Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Reinhard Weis, ..., Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

# Fortführung der Transformationsforschung

Der Bundestag wolle beschließen:

# 1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es ist besorgniserregend, daß in diesem Jahr sowohl die Arbeit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) als auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) als auch andere Forschungsprogramme auslaufen und viele kleine Institute, die nach der Wende enstanden sind, akut gefährdet sind. Denn damit verringern sich die Chancen rapide, daß der bedeutsame Wandel, den die neuen Bundesländer erleben, in ausreichender Weise sozialwissenschaftlich reflektiert wird. Dies ist unter anderem auch deshalb zu vermeiden, da die Transformationsforschung eine besondere Bedeutung für die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas hat.

Sozialwissenschaftliche Erkenntnis ist aber in modernen Gesellschaften grundsätzlich notwendig für die politische Entscheidungsfindung. Darüber hinaus bringt der Transformationsprozeß in Ostdeutschland weiter wirtschaftliche und soziale Probleme und außergewöhnliche Steuerungsaufgaben für die Politik mit sich. Der Transformationsprozeß hat schon bisher eine Dynamik entfaltet, der die wissenschaftliche Einsicht wie die politische Einflußnahme kaum folgen konnten; es besteht immer noch Nachholbedarf für beide. Zudem wirft er ganz neue und spezifische Fragestellungen auf, die einerseits die Forschung weiterführen können, andererseits die Zukunft ganz Deutschlands betreffen. Die neuen Fragestellungen sollten vor Ort bearbeitet werden, weil der unmittelbare Erfahrungshintergrund den besseren Erkenntniszugang schafft. Schließlich genügt wegen der Langfristigkeit und der Tragweite der Prozesse oft eine marktnahe empirische Forschung nicht, sondern ist auch kontinuierliche theoretische Arbeit notwendig, die öffentlich unterstützt werden muß.

# 2. Der Deutsche Bundestag wolle deshalb beschließen:

Das sozialwissenschaftliche Potential in Ostdeutschland muß gesichert und für die politische Entscheidungsfindung stärker genutzt werden. Die im WIP beschäftigten Sozialwissenschaftler müssen eine neue Perspektive erhalten, ebenso diejenigen, die im Zusammenhang der KSPW und anderer Sonderforschungsprogramme gefördert wurden. Auch die Forschungskooperation, die die KSPW hergestellt hat, muß in geeigneter Form weitergeführt werden. Außerdem eröffnen die besonderen Kenntnisse, die ostdeutsche Sozialwissenschaftler in bezug auf Osteuropa haben, vielfältige Einsatzmöglichkeiten und prädestinierten sie geradezu, als "soziale Dolmetscher" wirksam zu werden.

Der Bund setzt deshalb die Förderung einer Forschungszusammenarbeit fort, deren Gegenstand die anhaltenden Veränderungen in Ostdeutschland seit 1989 im Vergleich mit den osteuropäischen Ländern sind. Das Zentrum dieses Forschungsnetzwerkes könnte an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder angesiedelt werden, die mit einem hohen Anteil polnischer Studenten bereits stark auf Osteuropa hin orientiert ist, oder aber an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die bereits eine Arbeitsgruppe zur Osteuropaforschung gegründet hat.

Es wird eine Bibliothek und ein Datenarchiv aufgebaut, das alle bereits gesammelten Daten zum Forschungsbereich verfügbar macht. Die Forschungsarbeit ist interdisziplinär angelegt (Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Politologie, Umweltforschung). Die Forschergruppe kooperiert mit anderen Instituten und organisiert ein Netzwerk für ihr jeweiliges Projekt, auch unter Einbeziehung von Vereinen und arbeitslosen Wissenschaftlern. Sie erstellt sog. aerea studies und kommt damit dem hohen Beratungsbedarf auch in anderen postsozialistischen Ländern entgegen. Die Forschung finanziert sich haupsächlich aus

Drittmitteln und Honoraren für Gutachten und Beratungsleistungen und bedarf nur einer Grundfinanzierung durch den Bund.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern Pläne auszuarbeiten, wie im Rahmen der bestehenden Förderstrukturen und durch die Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente die Transformationsforschung weiter gefördert und die Forschungsförderung auf diesem Gebiet verstetigt werden kann. Die Bundesregierung wird dem Ausschuß für Bildung und Forschung bis zum Jahresende einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit und die geplanten Maßnahmen für eine Fortführung der Transformationsforschung vorlegen.

#### hochschule ost, politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

#### 1. Jahrgang 1991/92

<u>Themenschwerpunkter</u>: Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* Hochschulstruktur in Sachsen \* Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Jürgen Teller Honorarprofessor \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Die Studierenden 1989/90

#### 2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* Frauen in der Ostwissenschaft \* Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS \* Methodologische Wende? \* Verbände(-Schicksale) im Osten \* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung \* Zum Sächsischen Hochschulgesetz \* Personalstruktur-Neugestaltung \* Die ostdeutschen Archive \* Forschung und Technologie in Osteuropa \* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus \* Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

#### 3. Jahrgang 1993/94

<u>Themenschwerpunkte</u>: Erneuerungsgruppen bilanzieren \* Institution Hochschule und Landeshochschulrecht \* Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte \* Gleichstellungsmanagement Ost \* Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern \* Habilitiertentagung in Leipzig \* Streitfall Multiple Choice \* Studierende 1994 \* Berufungsverfahren West und Ost \* Singularitäten

### 4. Jahrgang 1994/95

<u>Themenschwerpunkte:</u> Forschung über Wissenschaft Ost \* Dissertationen in der DDR \* Singularitäten \* Fern studieren in Ostdeutschland \* Archive in Ostdeutschland II \* Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit \* Sozialistische Intelligenz \* Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I \* Synopse Hochschulrecht Ost

### 5. Jahrgang 1995/96

<u>Themenschwerpunkte:</u> Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost \* Singularitäten \* Er-ziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost \* Kirche & Hoch-schule, Theologie & Politik II \* Dialektik der Einpassung \* Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem \* Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns \* Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West \* kunsthochschule ost

Insgesamt 43 Hefte, 4.505 Seiten, Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Ko	piervor	900	
NO	DICIVOI	age	

1	Bestellung		
	Ich/wir bestelle/n: 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen		DM 0,
	2. Nachbestellung Jahrgang 19/	zzgl. Versa	DM 100,-
	3. Nachbestellung 1 5. Jahrgang	DM 450,- zzgl. Versandkosten	
	4mal hochschule ost im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à	DM 98,-
	5mal hochschule ost im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	à	DM 42,-
	<ol> <li>mal hochschule ost im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -</li> </ol>	à	DM 31,-
	Sonstiges:)		
	Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem e Habe ich mich für 4., 5. oder 6. entschieden, so erkläre ich daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlänger Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündig	mich damit o t, wenn ich e	
	Name	***************************************	
	Adresse		
	Datum Unterschrift		
	Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam w über dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Post		
1		2. U	nterschrift

Einzusenden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig, PSF 920, 04009 Leipzig